



Abschlussarbeiten am Institut für Europäische Studien (AIES-online)

Nr. 16

**Das europa-politische Profil der
Nationaldemokratischen Partei Deutschlands**

-

Auf dem Weg in die Vergangenheit?

von

Madlen Bader

September 2014



Madlen Bader ist Absolventin des Studienganges Europa-Studien mit kulturwissenschaftlicher Ausrichtung. Der hier vorliegende Text stellt die überarbeitete Fassung seiner Bachelorarbeit dar, die an Professur für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas erarbeitet und von Prof. Dr. Stefan Garsztecki und Marcus Hornung M.E.S. betreut wurde.

Impressum

Herausgeber: Institut für Europäische Studien

Anschrift: TU Chemnitz, Institut für Europäische Studien, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz

Erscheinungsort: Chemnitz

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	II
1 Die Europawahl 2014 und ihre Folgen aus Sicht der NPD	1
2 Theoretische Grundlagen.....	8
2.1 Der Prozess der europäischen Integration.....	8
2.1.1 Definitionen und Konzepte	9
2.1.2 Intergouvernementalismus nach Stanley Hoffmann	13
2.1.3 Zentrale Merkmale des Intergouvernementalismus.....	17
2.1.4 Die Europa-Politik von Charles de Gaulle zwischen 1950 und 1960.....	18
2.2 Der Prozess der Europäisierung	20
2.2.1 Definitionen und Konzepte	21
2.2.2 Europäisierung nach Claudio M. Radaelli.....	22
2.2.3 Europäisierung als Diskurs	24
3 Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands.....	28
3.1 Von der Gründung 1964 bis 2014	28
3.2 Die ideologischen Vorstellungen der Partei nach 1989	31
3.2.1 Der Volks- und Rassebegriff	34
3.2.2 Gesellschafts- und Staatsverständnis.....	38
3.3 Strategie der NPD seit 1996	40
3.4 Europa als Thema der NPD?.....	42
4 Die Analyse des europa-politischen Standpunktes der NPD	45
4.1 Forschungsdesign	45
4.1.1 Vorgehen	48
4.1.2 Auswahl des Fallbeispiels NPD	51
4.2 Vergleichende Auseinandersetzung mit den Programmen	53
4.2.1 Aufbau	55
4.2.2 Themen	57
4.2.3 Sprache.....	58
4.3 Ausgewählte Themenbereiche der Diskursanalyse	61
4.3.1 Thematisierung der EU und der Europäischen Integration	62
4.3.2 Wirtschaft.....	67
4.3.3 Außenpolitik	69
5 Die Europäische Union aus Sicht der NPD	73
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	IV

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Alternative für Deutschland
BMI	Bundesministerium des Inneren
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DVU	Deutsche Volksunion
EC	European Community
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FRONTEX	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GG	Grundgesetz

lpb	Landeszentrale für politische Bildung
NATO	Atlantisches Bündnis
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PartG	Gesetz über die politischen Parteien
REP	Die Republikaner
StGB	Strafgesetzbuch
u.a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UKIP	United Kingdom Independence Party
UN	Vereinte Nationen
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika

1 Die Europawahl 2014 und ihre Folgen aus Sicht der NPD

Am 25. Mai 2014 waren alle wahlberechtigten Bürger¹ der Bundesrepublik Deutschland (BRD) aufgefordert, ein neues Europäisches Parlament (EP) zu wählen. Das Europäische Parlament wird gemäß Artikel 14 Abs. 1 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) zusammen mit dem Rat als Gesetzgeber tätig. Das Gremium setzt sich aus Vertretern der Unionsbürger aller 28 Mitgliedsstaaten² der Europäischen Union (EU) zusammen. Die maximal 750 Abgeordneten zuzüglich Präsidenten werden alle fünf Jahre in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl von den Bürgern aller europäischen Mitgliedsstaaten bestimmt (Art. 14 Abs. 2/3 EUV). Unter den deutschen Kandidaten für die Abgeordneten befanden sich auch Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Diese nominierte ihren ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt als Spitzenkandidaten und den derzeitigen parlamentarischen Berater der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, Dr. Olaf Rose, an zweiter Stelle für das Amt eines Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Im Vorfeld der Europawahl hatte die NPD zusammen mit anderen Parteien beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die bis dahin gültige Drei-Prozent-Sperrklausel für Wahlen von deutschen Abgeordneten ins Europäische Parlament in Frage gestellt. In der Pressemitteilung des BVerfG zum Urteil heißt es, dass die Sperrklausel gegen Artikel 3 Abs. 1 und Artikel 21 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) verstoße, da die Wahlrechts- sowie Chancengleichheit politischer Parteien verletzt werden (BVerfG Pressestelle 2014). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2014 erklärt daher die in § 2 Abs. 7 festgelegte Sperrklausel des Europawahlgesetzes der Bundesrepublik Deutschland für nichtig (BVerfG 2014).

Den Erfolg ihrer Verfassungsbeschwerde fasste die NPD auf ihrer Internetseite unter dem Slogan „Keine %-Hürde – keine Stimme verschenkt“ zusammen und verlinkte diesen Eintrag mit zehn Gründen, die NPD zu wählen (NPD 2014a). Darin finden sich Anhaltspunkte, wie die

¹ Alle personenbezogenen Formulierungen schließen, wenn nicht ausdrücklich etwas Abweichendes kenntlich gemacht wird, beide Geschlechter ein. Aus Gründen der einfachen Lesbarkeit wird nur die maskuline Form verwendet.

² Stand August 2014.

NPD zur Politik in Europa eingestellt ist. Der achte Grund besagt beispielsweise, dass Brüssel Entscheidungskompetenzen entzogen und den Nationalstaaten zurückgegeben werden sollten (NPD 2014b). Die Stadt Brüssel als solche steht an dieser Stelle für den Sitz einiger Organe der Europäischen Union wie den Rat oder die Europäische Kommission, die nach Meinung der NPD Befugnisse abgeben sollen. Darüber hinaus veröffentlichte die Partei ihre Ansichten in einem Wahlwerbespot und einem etwa 30 Seiten umfassenden Europawahlprogramm mit dem Titel *Europa wählt rechts. Das Europaprogramm der NPD* (NPD-Parteivorstand 2014). Im Vorwort dieses Programms spricht sich Udo Voigt für ein „Europa der freien Völker“ aus, welches das heutige „EU-Europa der Technokraten“ ersetzen soll (NPD-Parteivorstand 2014: 7). Mit diesen und anderen Forderungen³ gewann die NPD am 25. Mai 2014 301.139 und damit 1% der abgegebenen Stimmen der wahlberechtigten Deutschen (Bundeswahlleiter 2014a). Dieses Ergebnis berechnete die NPD zum ersten Mal in der Geschichte der Partei, einen Abgeordneten ins Europäische Parlament zu entsenden⁴ (Bundeswahlleiter 2014b). Der NPD-Spitzenkandidat Udo Voigt hat seine Arbeit als fraktionsloses Mitglied im Europäischen Parlament bereits aufgenommen (Europäisches Parlament 2014a). Obwohl die NPD nach eigener Aussage Voigts ein besseres Ergebnis erwartet hatte, bedankte sich Udo Voigt bei allen NPD-Wählern und versprach, sich „[...] mit ganzer Kraft für die Interessen unseres Volkes und die Bündelung nationaler Kräfte in Europa ein[zu]setzen“ (Udo Voigt 2014a). Welche Interessen das sind, ließ Voigt vorerst offen, bemerkte aber Anfang Juli 2014, dass

„[...] die politische Landschaft auch im Europaparlament erfreulich vielgestaltig geworden ist. Die heutige Debatte in Straßburg u.a. über die zurückliegende griechische Ratspräsidentschaft machte das gleich in den ersten Stunden deutlich, als unter anderem die Vorsitzende des französischen Front National, Marine Le Pen, und der britische UKIP-Abgeordnete Nigel Farage heftige Kritik an der fortschreitenden

³ Eine Auflistung von aktuellen Positionen deutscher Parteien - darunter auch die NPD - zur Europawahl findet sich im Parteimonitor 2014 der Konrad Adenauer Stiftung. Diese Studie fasst die Argumentationen zu bestimmten Politikbereichen und Themengebieten aus den jeweiligen Programmen zusammen und stellt diese einander gegenüber, ohne sie zu werten (Fislage/Lange/Saetzler 2014).

⁴ Obwohl der NPD der Einzug ins Europaparlament gelungen ist, widmen deutsche Stiftungen und Vereine diesem nur eine geringe Beachtung. In Analysen von Wahlergebnissen zur Europawahl 2014 spielt die NPD eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Beispielhaft fassen sowohl die Friedrich-Naumann-Stiftung als auch die die Forschungsgruppe Wahlen e.V. das Ergebnis der NPD in der Kategorie sonstige Parteien zusammen (Friedrich Naumann Stiftung 2014: 2; Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2014: 1).

Ent-Souveränisierung Europas und der ausufernden Massenzuwanderung unter der Regie Brüssels übten“ (Udo Voigt 2014b).

Der Ausdruck „erfreulich vielgestaltig“ von Voigt spielt dabei auf die deutliche Zunahme nationaler Kräfte im Europaparlament von 2014 an. Angesichts der offiziellen Wahlergebnisse der Front National mit fast 25 Prozent (Europäisches Parlament 2014b) und der United Kingdom Independence Party (UKIP) mit rund 27 Prozent der Stimmen (Europäisches Parlament 2014c) in der Europawahl 2014 bestände die reale Möglichkeit der von Udo Voigt angestrebten „Bündelung nationaler Kräfte“ (Udo Voigt 2014a). Dem Phänomen, dass nationale Parteien wie die Front National einen verhältnismäßig großen Zuspruch in der Europawahl 2014 bekommen haben und nun in der Lage sind, an der Politik im Europäischen Parlament mitzuwirken, sollte Beachtung geschenkt werden. Ihre Vorstellungen können in den nächsten fünf Jahren die Parlamentsarbeit und damit auch die konkrete Politik in den Mitgliedsstaaten der EU beeinflussen. Denn nicht nur die NPD, sondern auch andere Europaparlamentsabgeordnete vertreten laut Voigts Wiedergabe der Debatte ähnliche Ansichten hinsichtlich der Souveränität der Nationalstaaten im EU-Gefüge und können diese jetzt aktiv einbringen. Vergleichende Analysen der Kernbereiche nationaler Parteien liegen bereits vor. So arbeitet z.B. Patrick Moreau heraus, dass die Ansichten der in seinem Band verglichenen Parteien hinsichtlich Europa übereinstimmen. Sie streben seiner Meinung nach „das gaullistische Modell eines Europas der Vaterländer an und wollen die Rolle des Europäischen Parlaments stärken, um die Macht der Europäischen Kommission zu brechen“ (Moreau 2007: 42). Was verbirgt sich hinter diesem gaullistischen Modell? Was möchten diese Parteien im Detail? Und warum streben sie danach? Aufgrund dessen lohnt sich eine intensive Auseinandersetzung mit ihren Forderungen und Visionen für Europa, die sie in ihren Wahl- und Parteiprogrammen vertreten. Diese Arbeit stellt einen ersten Schritt zur detaillierten Aufschlüsselung dar, fokussiert sich dabei aber ausschließlich auf die Analyse des Standpunktes der NPD. Die eben vorgestellten Fragen werden teilweise aufgegriffen und innerhalb der Arbeit beantwortet. So behandelt z.B. der Unterpunkt 2.1.4 die europapolitischen Vorstellungen von Charles de Gaulle und hilft somit, dabei Grundgedanken des „gaullistischen Modells“ zu erläutern.

Es existiert eine Vielzahl an Literatur, die sich allgemein mit dem Phänomen des Extremismus auseinandersetzt. In der Bundesrepublik Deutschland prägen u.a. Uwe Backes,

Professor für vergleichende Diktaturforschung an der Technischen Universität Dresden, zusammen mit Eckhard Jesse⁵ als Herausgeber der Reihe *Extremismus und Demokratie* sowie des *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* den wissenschaftlichen Diskurs zu dieser Thematik. Die Auseinandersetzung mit Extremismus ist jedoch nicht auf die Bundesrepublik begrenzt. Beispielhaft seien Cas Mudde (2000) als niederländischer und Miroslav Mareš (Bötticher/Mareš 2012) als tschechischer Politikwissenschaftler angeführt, die sich ebenfalls mit Extremismus auseinandersetzen. Mudde wendet sich nur dem rechten Spektrum zu, während Bötticher und Mareš dagegen sowohl das rechte als auch das linke Spektrum beleuchten. Daneben gibt es auch vergleichend angelegte Extremismus-Forschungen, die sich erstens auf die Gegenüberstellung von Links- und Rechtsextremismus innerhalb der BRD (Dilling/Neu 2013), zweitens auf konkurrierende extremistische Gruppen in einem Land (Backes/Jesse 2005: 345ff.) oder drittens auf den Vergleich international agierender extremistischer Parteien konzentrieren (Jesse/Thieme 2011). Aktuelle Publikationen zur NPD liegen ebenfalls in großer Anzahl vor. Das Forschungsinteresse hängt, wie Uwe Backes und Henrik Steglich (2007: 16f.) in ihrer Einleitung zum Buch *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei* bemerken, von zwei Faktoren ab: Zum einen die Präsenz der Partei als politischer Akteur in den Landtagen von Sachsen und/oder Mecklenburg-Vorpommern (Braue/Demuth/Hanisch/Koch/Schmidt/Wendland 2007; Brech 2005; Buchstein/Fischer 2007), zum anderen mit medienwirksamen Ereignissen, wie dem Verbotsverfahren Anfang der 2000er (Flemming 2005; Jesse 2003). Darüber hinaus rückt die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung von rechten Parteien (Braun/Hörsch 2004; Greven/Grumke 2006; Heinrich-Böll-Stiftung/Kulturbüro Sachsen 2008; Wiederer 2007) und die Internetnutzung für deren Zwecke (Bösche 2001; Fromm/Kernbach 2001; Zeinel Abidine 2008) zunehmend in den Fokus der Forschung. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem aktuellen Parteiprogramm und dem Bundestagswahlprogramm von 2013 sowie dem Europawahlprogramm von 2014 hinsichtlich des europa-politischen Profils der Partei fehlt jedoch bzw. ist der Autorin nicht bekannt. Zwar gibt es einzelne Artikel, die mit den älteren Parteiprogrammatiken arbeiten, jedoch legen diese keinen Schwerpunkt auf die Europa-Vorstellungen der NPD. Dazu zählen z.B. der Artikel zur Bedeutung von Wahlkampf-Themen

⁵ Professor Doktor Eckhard Jesse hat seit 1993 die Professur für Politische System, Politische Institutionen an der Technischen Universität Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte liegen u.a. auf der Diktatur-, Extremismus- und Parteienforschung.

für ihren Erfolg (Steglich 2007), der zum ideologisch-programmatischen Profil der NPD (Backes 2007) oder der zur nationalsozialistischen Ideologie der NPD (Kailitz 2007).

Das Hauptziel der Arbeit ist daher, das europa-politische Profil der NPD im Jahre 2014 darzustellen. Unter dem Terminus europa-politisch wird in dieser Arbeit die Auffassung der NPD hinsichtlich des Prozesses der Europäischen Integration und der realen Existenz der Europäischen Union verstanden. Dazu werden sowohl die politischen Forderungen als auch die dahinterstehenden Ideologien und Vorstellungen der NPD in Bezug auf Europa aus ausgewählten Dokumenten der Partei herausgearbeitet. Damit einher gehen auch ausgewählte Äußerungen der Partei zu bestimmten politischen Entscheidungen, die im Rahmen der EU getroffen werden und Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland haben. Die vorliegende Arbeit versucht, die Vorstellungen NPD bzgl. dem in ihren Programmen genannten „Europa der freien Völker“ darzustellen. Dabei soll die folgende zentrale Frage beantwortet werden: Ist das „Europa der freien Völker“ eine neue Form der bestehenden EU oder strebt die NPD danach, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene europäische Ordnung aufzulösen und sich damit der Vergangenheit zuzuwenden?

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich das theoretische Kapitel der Arbeit mit den Prozessen der Europäischen Integration sowie der Europäisierung. Dem begrenzten Umfang der Arbeit geschuldet, werden im Vorfeld zwei Hypothesen aufgestellt, die es im weiteren Verlauf zu prüfen gilt: Da die Nationaldemokraten⁶, wie bereits erwähnt, eine Rückverlagerung der Kompetenzen hin zu den Mitgliedsstaaten fordern, basiert die Auseinandersetzung mit der Europäischen Integration auf folgender Annahme: Die NPD verfolgt in dieser Frage das theoretische Konzept des Intergouvernementalismus⁷, da sich dieses ebenfalls für die Souveränität der Staaten in einigen Politikbereichen ausspricht (s. 2.2.1). Die zweite Hypothese beschäftigt sich mit Europäisierung. Im Hinblick auf den Europäisierungsprozess steht die Darstellung der NPD zu deren Auswirkungen im Vordergrund. Hier wird davon ausgegangen, dass die NPD Europäisierung ablehnt, da sie sich, laut Marc Brandstetter u.a. gegen das naheliegende Konzept der Globalisierung (Brandstetter 2013: 285ff.) und das bestehende System als Ganzes (Brandstetter 2013:

⁶ Der Terminus Nationaldemokraten ist die gewählte Bezeichnung der Autorin für die Mitglieder der NPD. In Abgrenzung davon wird der Begriff Nationalisten als Selbstbezeichnung der NPD-Anhänger verwendet.

⁷ Dieses theoretische Konzept entwickelte Stanley Hoffmann in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts unter den Eindrücken der zu dieser Zeit realen Politik des damaligen Staatspräsidenten Frankreichs, Charles de Gaulle (Abels 2012: 519).

291ff.) richtet. Daran schließt sich ein Kurzporträt der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands von deren Gründung im Jahre 1964 bis 2014 an. Des Weiteren werden einige ideologische und strategische Grundvorstellungen der Partei - mit besonderem Augenmerk auf den Volks-, Rasseverständnis - dargestellt. In diesem Kapitel wird ebenfalls kurz auf die Frage eingegangen seit wann und warum die Europäische Union und europäische Themen Eingang in die Programme der NPD gefunden haben. Den umfassendsten Teil der Arbeit bildet die Analyse der gewählten Parteidokumente. Diese begrenzt sich auf das seit dem Jahr 2010 aktuelle Parteiprogramm *Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* (NPD 2010), das Bundestagswahlprogramm mit dem Titel *Natürlich Deutsch. Das Programm zur Bundestagswahl 2013* (NPD-Parteivorstand 2013) sowie das bereits angesprochene Europawahlprogramm aus dem Jahr 2014 (NPD-Parteivorstand 2014), wobei der Fokus auf dem letztgenannten Dokument liegt. Ergänzend dazu werden Einträge aus dem „politischen Lexikon“ der NPD⁸ und Veröffentlichungen von den Internetseiten der NPD und des Europaparlamentsabgeordneten Udo Voigt herangezogen. Zu Beginn der Analyse wird der allgemeine Aufbau der drei ausgewählten Programme dargestellt. Daran schließt sich ein Vergleich der Programme nach den Kriterien Inhalt und verwendete Sprache an. Der eben vorgestellte Korpus soll in Anlehnung an die wissenssoziologische Diskursforschung sowie die Diskursanalyse nach Reiner Keller (2004; 2006; 2011) untersucht werden (s. 4.1.1). Um die Analyse einzugrenzen, sind drei Themenbereiche ausgewählt worden, die näher vorgestellt werden. Die Aussagen der NPD zu Europa und zur Europäischen Union werden zuerst erfasst, daran schließt sich die Ausarbeitung der Sichtweise der Partei auf die Wirtschaft sowie die Außenpolitik an. Alle drei Programme werden unterstützend auf die gleichen vier Schlüsselwörter bzw. Wortgruppen: EU-(Europa), Volk, Europäische Integration und (National-)Staat hin untersucht. Die entsprechend gefundenen Stellen werden in die Analyse miteinbezogen und die Ergebnisse im Anschluss zusammenfassend dargestellt. Abschließend soll das europa-politische Profil der NPD beschrieben und die eingangs aufgestellten Annahmen zur Europäischen Integration und Europäisierung auf ihre Haltbarkeit hin überprüft werden. Des Weiteren werden die Forschungsfragen, ob die NPD

⁸ Diese wie ein Lexikon aufgebaute Begriffssammlung umfasst etwa 40 Einträge, angefangen bei „A: Abendland“ bis hin zu „Z: Zentralismus“, welche aus Sicht der NPD erklärt werden (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014).

mit ihrem „Europa der freien Völker“ eine neue Form der EU entworfen hat, oder die Existenz der EU komplett in Frage stellt, beantwortet.

2 Theoretische Grundlagen

Dieses Kapitel widmet sich der Einführung in die Europäische Integration und in die Europäisierung. Beide theoretische Ansätze werden zuerst definiert, um anschließend ausgewählte Konzepte dieser Phänomene vorzustellen.⁹ Dabei liegt der Fokus zum einen auf dem Intergouvernementalismus nach Stanley Hoffmann, um den Prozess der Europäischen Integration nachzuvollziehen. Hierbei wird kurz auf die europa-politischen Vorstellungen von Charles de Gaulle eingegangen, um eine Vorstellung des „gaullistischen Modells“ zu erhalten und diese Erkenntnisse in die Beantwortung der Frage nach dem „Europa der freien Völker“ einfließen zu lassen. Zum anderen basiert die Auseinandersetzung mit der Europäisierung auf der Auffassung von Claudio M. Radaelli, wonach es sich bei dieser um einen Prozess handelt, der als Diskurs aufgefasst werden kann (Radaelli 2000: 3f.). Diese theoretischen Grundlagen werden in der Analyse der Parteiprogramme der NPD wieder aufgegriffen, um den Fragen nachzugehen, welche Vorstellung die NPD von Europäischer Integration hat und wie sie Europäisierung aus ihrer Sicht darstellt bzw. nutzt.

2.1 Der Prozess der europäischen Integration

In Anlehnung an Jürgen Elvert wird die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses in dieser Arbeit in drei Phasen gegliedert. Die erste Phase - auch Gründungsphase genannt - erstreckt sich von 1951 bis 1973 und schließt beispielsweise die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ebenso wie die Zollunion ein. Innerhalb dieser Phase spielten die Überwindung der Nachkriegsprobleme sowie der Aufbau europäischer Institutionen eine zentrale Rolle. In dieser Phase entwickelten Ernst B. Haas und Leon N. Lindberg die im Anschluss vorgestellten Definitionen von Europäischer Integration.

Die Konsolidierungsphase von 1970 bis 1992 stand nach Elvert (2006: 89f.) unter dem Vorzeichen der Den Haager Gipfelkonferenz im Dezember 1969, bei der eine Vertiefung der Gemeinschaft in Richtung einer politischen Integration angestrebt wurde. Ein Beispiel hierfür

⁹ Die hier vorgestellten Definitionen und Konzepte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern stellen lediglich eine Auswahl der vorhandenen Ansätze dar.

ist die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979. Ebenfalls in diese Zeit fällt die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union in Maastricht, welcher die Gründung (EG) der Europäischen Union auf drei Säulen festschreibt. Erstens die Europäische Gemeinschaft (EG), die weiter vertieft werden sollte, zweitens die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und drittens die Zusammenarbeit in Innen- und Justizpolitik (Elvert 2006: 121f.).

Die letzte Phase des Integrationsprozesses bezeichnet Elvert als „die Europäisierung der Europäischen Union“. Diese beginnt für ihn im Jahre 1990 (2006: 125). Drei Vertragsänderungen am EUV¹⁰ ebenso wie die Erweiterung der EU auf 28 Mitgliedsländer¹¹ prägten und prägen diese Zeit. Jürgen Elvert (2006: 126) ist der Meinung, dass sich Europäisierung als „Kennzeichnungsmerkmal“ dieser Phase eignet, da seit der Gründung der EG ein Prozess begonnen hat, welcher supranationale¹² Strukturen sowie die Anpassung nationaler und europäischer Politiken erforderlich gemacht hat.

2.1.1 Definitionen und Konzepte

Der Prozess der Europäischen Integration wird seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts u.a. von der Disziplin der Politikwissenschaften begleitet und theoretisch zu erfassen versucht. Hier sollen beispielhaft sowohl die Definition von Ernst B. Haas als auch die von Leon N. Lindberg angeführt und im Anschluss deren wesentliche Bestandteile herausgearbeitet werden. Beide Autoren sprechen von einer politischen Integration, wobei unter Europäischer Integration in dieser Arbeit lediglich die spezielle Form der politischen Integration von Staaten innerhalb des europäischen Kontextes verstanden wird. Während Haas seine Forschung auf die Integration der EGKS bezieht, widmet sich Leon N. Lindberg der Analyse der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) (Eising 2003: 391). Ernst B. Haas fasst die politische Integration mit folgenden Worten zusammen:

„Political integration is the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction

¹⁰ Amsterdam, Nizza und Lissabon.

¹¹ Stand August 2014.

¹² Bezeichnet eine Entscheidungsebene, die über jener der einzelnen Nationalstaaten steht.

over the pre-existing national states. The end result of a process of political integration is a new political community, superimposed over the pre-existing ones” (Haas 1968: 16).

Leon N. Lindbergs Definition legt dagegen mehr Wert auf die bewusste Entscheidung der Staaten, ihre Kompetenzen hinsichtlich wichtiger politischer Bereiche zusammenzulegen und lässt - anders als Haas - die Loyalitätsverschiebung außen vor:

„[...] political integration is (1) the process whereby nations forgo the desire and ability to conduct foreign and key domestic policies independently of each other, seeking instead to make joint decisions or to delegate the decision-making process to new central organs; and (2) the process whereby political actors in several distinct settings are persuaded to shift their expectations and political activities to a new center” (Lindberg 1963: 6).

Sowohl Lindberg als auch Haas gehen davon aus, dass politische Integration ein Prozess ist, bei dem die politischen Akteure – hier die Nationalstaaten – ihre Entscheidungskompetenzen an übergeordnete, neue und zentrale Institutionen abgeben. Diese Vorstellung geht mit der ersten von Lindbergs aufgestellten Bedingung für politische Integration einher, dass „zentrale Institutionen und politische Richtlinien“ (Lindberg 1963: 7) entwickelt werden müssen. Des Weiteren sollen nicht willkürliche sondern wichtige und spezielle Aufgaben an diese Institutionen abgegeben werden, die keine andere internationale Organisation vorher innehatte. Auch sollen letztendlich alle Mitgliedsstaaten ihre Interessen mit dem übergeordneten Vorhaben in Einklang bringen (Lindberg 1963: 7f.). Ernst B. Haas geht in seinen Überlegungen noch einen Schritt weiter und gibt als Endzustand dieses Prozesses eine über den Nationalstaaten stehende politische Gemeinschaft an (Eising 2003: 391f.). Lindberg entscheidet sich bewusst dagegen, eine politische Gemeinschaft als Endzustand anzunehmen. Seiner Meinung nach können gemeinsame Entscheidungen, auch ohne eine politische Gemeinschaft erreicht zu haben, getroffen werden (Lindberg 1963: 5).

Obwohl es kleinere Unterschiede in den Definitionen gibt, kommen beide Politologen zu ähnlichen Schlüssen hinsichtlich des Kerns der Europäischen Integration. Beide vertreten die Ansicht, dass die Macht schrittweise an supranationale Strukturen übertragen wird und die einzelnen Nationalstaaten immer mehr an Bedeutung verlieren (Lindberg 1963: 3; Haas

1968: xxxiv). Ernst B. Haas spricht in seinem Buch *The Uniting of Europe* (1968) sogar davon, dass dem funktionalen Prozess der Integration eine Logik innewohnt, die zwangsläufig eine politische Gemeinschaft oberhalb der Nationalstaaten nach sich ziehen wird (Haas 1968: xxiii). Im Allgemeinen ist es möglich, Integrationsmodelle auf einer Skala zwischen Föderation – auch „Vereinigte Staaten von Europa“- und der Konföderation - einem europäischen Staatenbund - einzuordnen (Abels 2012: 518), wobei gerade beim Föderalismus mehrere Ausprägungen existieren (Große Hüttmann/Fischer 2005: 42). Das Konzept von Haas und Lindberg neigt zu einem Pol der Föderation und kann somit in den Bereich der föderalen Integrationsbestrebungen eingeordnet werden. Beide Autoren arbeiten auf den Aufbau einer supranationalen Gemeinschaft hin, die eventuell in einen europäischen Bundesstaat mündet. Ernst B. Haas stellte in seiner Analyse der EGKS, die im Jahre 1957 endete, u.a. fest, dass die damalige Struktur zwar schon zu einer Föderation tendierte, die Möglichkeit der Implementierung von Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt jedoch eher an eine internationale Kooperation der Mitgliedsländer angelehnt war (Haas 1968: 59).

Das nachfolgend vorgestellte Konzept des Intergouvernementalismus tendiert zum anderen Pol der Integrationsbestrebungen, da es einen Staatenbund zwischen den einzelnen Mitgliedsländern anstrebt, ohne dass diese ihre Souveränität verlieren. Sie können Kompetenzen an den Bund übertragen, unterliegen dabei aber keinerlei Zwang dazu (Giering 1997: 38ff.). Stanley Hoffmann ging davon aus, dass die Nationalstaaten nicht komplett verschwinden werden, da sie ihre Souveränität, Entscheidungen zu treffen, zum Teil nicht abgeben werden. Er kritisiert am Konzept des Neo-Funktionalismus¹³, dass es keinerlei Unterschiede hinsichtlich der Art von Politik macht, die an supranationale Institutionen abgegeben werden soll (Hoffmann 1995: 218). Weiterhin werden äußere Umstände wie die Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) nicht einbezogen. Außerdem berücksichtigt das Konzept seiner Meinung nach nicht die Möglichkeit, dass nationale Akteure - je nach ihren Idealvorstellungen - die Herausbildung der von Haas und Lindberg angestrebten supranationalen Organisationen sowie die Abgabe von Macht an diese Institutionen beeinflussen könnten (Hoffmann 1995: 219). Er schlägt dagegen vor, erst die

¹³ Ernst B. Haas prägte u.a. die neo-funktionalistische Sichtweise auf die Europäische Integration. Er entwickelte das bereits bestehende funktionalistische Konzept von David Mitrany weiter (Wolf 2005: 65).

Nationalstaaten mit ihren politischen Verständnissen, dann die externen Einflussgrößen auf die Staaten und letztendlich das Zusammenspiel dieser Staaten mit den supranationalen Institutionen zu betrachten (Hoffmann 1995: 219).

2.1.2 Intergouvernementalismus nach Stanley Hoffmann

Stanley Hoffmann entwickelte aus seinen Kritikpunkten ein Gegenmodell, zu dem von Ernst B. Haas geprägten Neo-Funktionalismus, welches erstmals eine von der Realität inspirierte Theorie von Europäischer Integration darstellte. Die bereits vorgestellte Grundannahme seiner Theorie lautete, dass das Handeln in gemeinschaftspolitischen Fragen wesentlich von den Nationalstaaten und ihren jeweiligen nationalen Regierungen geprägt ist (Bieling 2005: 91ff.). Im Folgenden soll das Konzept des Intergouvernementalismus detailliert erläutert und mit übersetzten Zitaten aus Pressekonferenzen von Charles de Gaulle kommentiert werden. Die Vorstellungen des damaligen französischen Staatsoberhauptes sollen später bei der Beurteilung der Vision der Europäischen Integration der NPD mit einbezogen werden, da Patrick Moreau, wie bereits in der Einleitung erwähnt, auch heute noch von einem Streben nationaler Parteien nach dem „gaullistische[n] Modell eines Europas der Vaterländer“ ausgeht (Moreau 2007: 42). Da der Kern von de Gaulles Forderung die Aufrechterhaltung nationalstaatlicher Souveränität ist (Lucas 1992: 53ff. und 266f.) und sich Hoffmann in seinem Konzept für den Verbleib bestimmter Entscheidungsbefugnisse in den Händen der Nationalstaaten ausspricht, werden der Intergouvernementalismus und die Visionen de Gaulles nachfolgend zusammen betrachtet. De Gaulles Bemühungen stehen dabei beispielhaft für die Umsetzung intergouvernementalistischer Grundsätze.

Hoffmanns theoretisches Konzept entstand aus der Beobachtung der realen Politikgegebenheiten in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts. Im Jahre 1956 hielt er fest, dass eine die Nationen umspannende Gemeinschaft bisher eine Wunschvorstellung sei und die Realität aus miteinander in Beziehung stehenden Einheiten bestehe (Hoffmann 1956: 357). Aufgrund dieser Herangehensweise wird sein Intergouvernementalismus oft in engen Zusammenhang mit der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen gebracht (Bieling 2005: 92). Hoffmann beschrieb weiterhin, dass aufgrund der bipolaren Weltsituation eine klare Trennung zwischen innenpolitischen und internationalen Angelegenheiten nicht mehr möglich sei, da sich die Entscheidungen eines Staates zwangsläufig auf die der anderen auswirken. Diese Lage trug seiner Ansicht nach zu einer Rückbesinnung auf bessere Zeiten, der nationalen Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Nationalstaaten, bei (Hoffmann 1956: 358). Daraufhin versuchte er in seinem 1960

veröffentlichten Buch *Contemporary Theory in International Relations*, eine Definition für Internationale Beziehungen zu finden, die er als Grundlage für eine spätere Theorie verwenden konnte. Er kam zu der Einschätzung, dass: „The discipline of international relations is concerned with the factors and the activities which affect the external policies and the power of the basic units into the world is divided“ (Hoffmann 1960: 6). Unter „basic units“ verstand er eine Vielzahl an nebeneinander existierenden, verschiedenen Imperien (Hoffmann 1960: 2). Fünf Jahre später verfeinerte er die Definition der „Basiseinheiten“, da er jetzt nicht mehr von Imperien, sondern von Staaten sprach, die miteinander in einer Art Wettkampf liegen (Hoffmann 1965: vii).

Im Artikel *Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe* (Hoffmann 1966) geht Hoffmann deshalb der Frage nach, warum, trotz begonnener Integrationsbemühungen der sechs Gründungsländer der EG, dennoch die Nationalstaaten fortbestehen. Hoffmann stellte fest, dass sich die Nationalstaaten durch Industrialisierung und Demokratisierung veränderten und Gemeinsamkeiten durch den gemeinsamen Markt der sechs Staaten entstanden waren. Des Weiteren besaß kein Staat mehr die Stellung einer Weltmacht. Jedoch war keiner der sechs Staaten zu diesem Zeitpunkt bereit, Kompetenzen der Außen- und Sicherheitspolitik an Organe der EG zu übertragen (Hoffmann 1966: 889). In diesen Politikbereichen, die Hoffmann auch „high politics“ (Hoffmann 1966: 874) nennt, folgen die Staaten nicht der Logik der Integration, sondern ziehen die Logik der Vielfalt vor.

„The logic of diversity is the opposite: it suggests that, in areas of key importance of the national interest, nations prefer the certainty, or self-controlled uncertainty, of national self-reliance, to the uncontrolled uncertainty of the untested blender; [...]“ (Hoffmann 1966: 882).

An dieser Stelle setzt Hoffmanns Intergouvernementalismus-Konzept an, das die internationalen Beziehungen der Mitgliedsstaaten zur EG zu erklären versucht. Da die Außen- und Sicherheitspolitik für Hoffmann zu den im Zitat angesprochenen Schlüsselpolitikbereichen der Nationalstaaten gehören, über die der jeweilige Staat selbst entscheiden möchte, lehnen laut Hoffmanns Theorie die Staaten eine Integration der Schlüsselbereiche ab. Gibt der Staat diese Kompetenzen an eine höhere Institution weiter, legt er sein Schicksal in fremde Hände und müsste zugunsten des übergeordneten Ziels

Entscheidungen hinnehmen, die nicht dem nationalen entsprechen. Demnach ist Integration nach Hoffmann (1966: 882) nur in Bereichen wie der Ökonomie und nicht in Schlüsselpolitikbereichen im Sinne der „high politics“ möglich.

De Gaulle verneint ebenfalls die Abgabe von Entscheidungen mit hoher Priorität und äußert in seiner Pressekonferenz vom 15. Mai 1962:

„Aber es ist wohl klar, erstens, daß die Völker Europas – ich sage die Völker [Herv. d. Verf.] Europas, jedes Volk Europas – es nicht möchten, daß man ihr Schicksal einem Aeropag¹⁴ anvertraut, der sich überwiegend aus Ausländern zusammensetzt. Jedenfalls trifft das für Frankreich zu“ (Blessing 1966: 152).

Als Gründe für die in diesen Bereichen nicht stattgefundenene Integration führt Hoffmann die Verschiedenheit der sechs Staaten hinsichtlich genereller Gegebenheiten an, u.a. die geopolitische Situation, die außenpolitischen Zielsetzungen sowie historische Altlasten. Weiterhin fehle es den Staaten an Willen, sich auf das Projekt der Gemeinschaftsbildung zu konzentrieren, ohne gegebene innerstaatliche und externe Probleme zu berücksichtigen (Hoffmann 1966: 863). Treten Staaten mit diesen unterschiedlichen Voraussetzungen nun mit einem internationalen System in Kontakt, spielen folgende Faktoren, welche in jedem Staat verschieden ausgeprägt sind, eine wesentliche Rolle:

1. Das geteilte Nationalbewusstsein - „national consciousness“, das den Mitgliedern eine Abgrenzung der eigenen Nation gegenüber anderen ermöglicht (Hoffmann 1966: 867).
2. Die gegebene Situation des Nationalstaates - „national situation“, welche sich aus internen und externen Größen zusammensetzt. Die internen Größen bilden den „Charakter des Staates“. Dieser setzt sich einerseits aus der sozialen Struktur und dem vorherrschenden politischen System (objektive Komponenten) und andererseits aus Werten und Meinungen (subjektive Komponenten) zusammen. Extern wird die Position des Staates sowohl durch die geographische Lage und die formalen Bindungen als auch durch subjektive Einstellungen und Traditionen gegenüber anderen Staaten bestimmt. Weiterhin spielen Standpunkte anderer Länder zur eigenen Nation eine wichtige Rolle. Hoffmann geht im Folgenden davon aus, dass jeder Entscheidungsträger diese Situation berücksichtigen muss (Hoffmann 1966: 868).

¹⁴ Aeropag steht an dieser Stelle für die Bezeichnung eines obersten Rates.

3. Eine bestimmte Auslegung des Nationalismus - „nationalism“, welcher der Interpretation und dem Einsatz der politischen Eliten und Führungsriege für die eigene nationale Situation und der generellen Erhaltung der Nation höchste Priorität beimisst (Hoffmann 1966: 868). „But whatever its manifestations, its varying content, it always follows one rule common to all the former, it always pours the latter into one mold: the preservation of the nation as the highest good“ (Hoffmann 1966: 869).

Aus dem Zusammenspiel von Nationalbewusstsein, nationaler Situation und der speziellen Deutung von Nationalismus ergibt sich für Hoffmann folgende Definition von nationalem Interesse: „N.I. [national interest] = National situation X outlook of the foreign policy-makers“ (Hoffmann 1966: 868). Diese Formel erklärt, warum die gleiche Situation nach der Interpretation der Lage durch die jeweilige Elite zu völlig unterschiedlichen politischen Handlungen führen kann. In seinem Artikel führt Hoffmann einige Beispiele an, in welcher konkreten Situation sich die sechs Staaten aufgrund von nationalem Interesse so divergent entschieden, wie sie es taten. Themenbeispiele sind u.a. die damals vorherrschende Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR und die damit verbundene Gefahr eines atomaren Krieges (Hoffmann 1966: 872ff.). Stanley Hoffmann (1966: 907) schlussfolgert daraus, dass die Staaten zur damaligen Zeit auf zu verschiedenen nationalen Interessen beharrten, anstatt sich in einer internationalen Organisation zu einigen. Sie betonen dagegen bewusst ihre Differenzen und behindern somit ein Arrangement zusätzlich (Hoffmann 1966: 907).

Besonders am Beispiel Frankreichs macht Hoffmann deutlich, dass Charles de Gaulle einen eigenen Weg eingeschlagen hatte, um die nationalen Interessen des Landes aus seiner Sicht bestmöglich zu verwirklichen. De Gaulle sprach sich für eine Kooperation bzw. Konföderation und keine Integration der Staaten aus und versuchte teilweise, den anderen Mitgliedsstaaten der EG seine Meinung aufzuzwingen (Hoffmann 1966: 898). Aus seiner Perspektive könnten nur nationale Regierungen Politik betreiben, die die Unterstützung ihres Volkes innehaben. Die EG war für ihn ein „künstliches Unterfangen“, ein schwer greifbares Konstrukt, das sich zu dieser Zeit erst entwickelte (Blessing 1966: 155).

„Deshalb hat Frankreich, das nicht will, daß Europa steckenbleibt, daß es selbst in einem künstlichen Unterfangen steckenbleibt, daß die Staaten ihrer Verantwortung

beraubt, die Völker verwirrt und die Unabhängigkeit Europas verhindert [...]“ eine eigene Organisationslösung vorgeschlagen (Blessing 1966: 155f.).

Aufgrund der verschiedenen Interessenlagen der Staaten und weiterer ungelöster Fragen wie den Zielen, Methoden und Ergebnissen der Europäischen Integration (Hoffmann 1966: 882ff.), einer noch nicht entstandenen politischen Gemeinschaft der Bürger Europas (Hoffmann 1966: 909ff.) sowie der nicht vorhandenen einheitlichen Vision der Europäischen Integration im Jahr 1966, bleiben die Nationalstaaten für Hoffmann auch im internationalen Bereich die zentralen Träger der Macht (Hoffmann 1966: 909). In einer Pressekonferenz vom 05. September 1960 vertritt de Gaulle ebenfalls die Meinung, dass die verschiedenen Nationalstaaten und keine supranationale Organisation zu dieser Zeit die Realität sind (Blessing 1966: 136). Im Jahre 1962 vertieft de Gaulle seine Ausführungen und begründet seine Aussage, dass er ein Verschmelzen „der sechs Staaten zu einer supranationalen Einheit“ derzeit für nicht umsetzbar halte:

„Doch es ist unmöglich, eine solche Einheit zu finden, da es heute in Europa keinen Förderator gibt, der in ausreichendem Maße die Macht, den Kredit und die Fähigkeiten besäße. Also begnügt man sich mit einer Art Hybris [...] aber ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie man sie praktisch verwirklichen könnte, selbst wenn man sechs Unterschriften auf einem Vertrag hätte“ (Blessing 1966: 142).

Hoffmann (1989: 35) hält auch im Jahre 1989 an der Bedeutung der Nationalstaaten im Gefüge der EG fest und erklärt diese zu den großen Gewinnern des Integrationsprozesses. Er erkennt die entstandenen supranationalen Institutionen an, obwohl er in den Nationalstaaten mit den verbliebenen souveränen Befugnissen einen unentbehrlichen Partner für die Durchsetzung von Entscheidungen innerhalb der EG sieht (Hoffmann 1989: 34).

2.1.3 Zentrale Merkmale des Intergouvernementalismus

Die Prämissen des Konzepts von Hoffmann sollen im Folgenden noch einmal zusammengefasst werden. Seine Überlegungen basieren auf der Vorstellung, dass die einzelnen Nationalstaaten die Basiseinheiten des internationalen Systems darstellen. Die Nationalstaaten werden im internationalen System durch ihre jeweiligen Regierungen

repräsentiert, welche sich aus verschiedenen politischen Entscheidungsträgern zusammensetzen (Auth 2008: 96f.). Jede Regierung handelt in ihrem eigenen nationalen Interesse, welches sich aus der Beurteilung und Interpretation der historischen und aktuellen Situation des jeweiligen Staates durch die nationalen Entscheidungsträger ergibt. (Bieling 2005: 100). In diese Beurteilung fließen - wie bereits dargestellt - interne und externe sowie objektive und subjektive Größen ein. Auf Grundlage dieser Einschätzung legen die Staaten ihre jeweilige außenpolitische Strategie fest, in die wiederum das im Staat vorhandene Nationalbewusstsein und das Streben, zum Wohlergehen des eigenen Volkes zu handeln, mit einfließen (Auth 2008: 97). Eine Zusammenarbeit im Sinne einer reibungslosen Integration der einzelnen Staaten ist nur in den Bereichen der low-politics, wie z.B. im wirtschaftlichen Bereich, vorteilhaft für die Staaten. Sobald jedoch zentrale Bereiche der Sicherheit und des Wohlergehens der Staaten betroffen sind, wie beispielsweise bei der Außenpolitik, beharren die Staaten nach Einschätzung Hoffmanns darauf, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und der „logic of diversity“ zu folgen (Bieling 2005: 102f.). Integrationsfortschritte und Zusammenarbeit sind demnach in erster Linie von den jeweiligen Entscheidungen der nationalen Regierungen abhängig (Bieling 2005: 104).

2.1.4 Die Europa-Politik von Charles de Gaulle zwischen 1950 und 1960

Hinsichtlich der von Charles de Gaulle geführten Europa-Politik der Jahre 1950-1960 stellt Ralf Joas (1996: 63) fest, dass Frankreich auf seine Position als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges bestand, seine nationale Unabhängigkeit beibehalten und seine Rolle als Weltmacht regenerieren wollte. „In den Mittelpunkt seiner Politik stellte der General die ‚Nation‘, propagiert wurde seine Politik der ‚Grandeur‘, die dem eingeforderten Rang Frankreichs als Macht mit globalem Einfluß entsprechen sollte“ (Joas 1996: 65). Seine Außenpolitik sah vor, Frankreich neben Großbritannien und den USA als tragende Kraft auf der Weltbühne zu etablieren und eine gewisse französische Führungsstellung in Europa herauszuarbeiten, welche die amerikanische Vormachtstellung brechen sollte (Joas 1996: 65). Innerhalb der EWG sah de Gaulle zwar die Vorteile einer engen Integration auf wirtschaftlicher Ebene, war jedoch nicht bereit, in politischen Belangen Souveränität in Richtung supranationaler Organisationen abzutreten (Joas 1996: 66).

Sein Vorschlag für die politische Zusammenarbeit spiegelt sich in den Fouchet-Plänen¹⁵ von 1961 und 1962 wider. Darin trat er für die Gründung einer "europäischen Staatenunion" ein, die vor allem einen Rahmen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik schaffen sollte. Diese Staatenunion sollte institutionell von einem dreimal im Jahr tagenden Rat der Staats- und Regierungschefs getragen werden. Zwar sah der Plan eine parlamentarische Versammlung vor, diese sollte allerdings keine legislativen Befugnisse erhalten. Der Vertragsentwurf enthielt somit eine Verlagerung der politischen Entscheidungen von der Ebene der supranationalen Gemeinschaft auf die einer Staatenunion (Lucas 1992: 143). Insbesondere die Niederlande und Belgien sprachen sich gegen diese Pläne aus und de Gaulle konnte seine Forderungen nicht durchsetzen. Zum Scheitern führten u.a. die konträren Europa-Leitbilder, da Frankreich eine konföderale, die Beneluxstaaten jedoch eine eher föderale Lösung vertraten (Lucas 1992: 148).

Nachdem de Gaulles eigene Pläne gescheitert waren, unterbreitete die EWG-Kommission 1965 zahlreiche Vorschläge zur Umgestaltung der EWG, die eine Stärkung der Kommission und des Parlaments vorsahen. Insbesondere in Haushaltsbelangen verschob sich die bis dahin gültige Einstimmigkeitsregelung zu einer qualifizierten Mehrheit im Ministerrat (Lucas 1992: 263). Charles de Gaulle konnte diese Vorschläge nicht hinnehmen, denn die Verschiebung von Kompetenzen zu den supranationalen Organen der EWG stand im Widerspruch zu seinen eigenen Bestrebungen hin zu einer Staatenunion (Lucas 1992: 266). Frankreich beharrte auf seinem Standpunkt, dass nur ein einstimmiger Abstimmungsmodus mit faktischer Möglichkeit, Entscheidungen der supranationalen Organe zu blockieren, akzeptabel sei. Daraufhin nahm der französische Regierungsvertreter nicht mehr an den Sitzungen des Ministerrats teil und die EWG war für kurze Zeit nicht in der Lage Entscheidungen zu treffen. Die Überwindung der sogenannte „Politik des leeren Stuhls“ mündete in die Luxemburger Vereinbarung¹⁶ (Piepenschneider 2012: 630f.). Die Forderung von Charles de Gaulle setzte sich in den Verhandlungen von 1966 durch, da in die Vereinbarung der sechs EWG- Mitgliedsländer die Klausel aufgenommen wurde, dass

¹⁵ Die Fouchet-Pläne - benannt nach dem französischen Minister Christian Fouchet - waren ein maßgeblich von der französischen Regierung inspirierter Entwurf, um die politische Union der sechs Gründungsländer voranzubringen. Der erste Plan 1961 sah eine Intensivierung der intergouvernementalen Zusammenarbeit vor, der zweite Plan von 1962 betonte darüber hinaus die nationalen Hoheitsrechte (Margedant 2012: 741f.).

¹⁶ Die Luxemburger Vereinbarung ist eine rechtlich nicht verbindliche Vereinbarung von 1966, die oft "Luxemburger Kompromiss" genannt wird, da Frankreich erst danach wieder zu Verhandlungen bereit war (Piepenschneider 2012: 630).

grundsätzlich ein Konsens zwischen allen Mitgliedsländern anzustreben ist, wenn ein Mitgliedsstaat „wichtige Interessen“ geltend macht. Damit war es jetzt zwar formal möglich einen Beschluss nur mit qualifizierter Mehrheit zu fassen, jedoch konnte ein Mitgliedsland im Fall der Berufung auf diese Klausel nicht einfach überstimmt werden (Piepenschneider 2012: 630).

Die Europa-Politik Charles de Gaulles stellt einen der wesentlichen Anknüpfungspunkte des Analyseteils dieser Arbeit dar, welche als Vergleichsbasis für die politischen Ansichten der NPD fungieren soll. Insbesondere soll dabei geklärt werden, welche Überlegungen hinter der Forderung der NPD nach einem „Europa der freien Völker“ stehen und ob es evtl. Parallelen zu den Ansichten von Charles de Gaulle gibt. Das soll sowohl in Kapitel 3 als auch in der Analyse der Parteiprogramme herausgearbeitet werden. Jedoch steht bereits jetzt fest, dass die Europäische Integration im Jahre 2014 wesentlich fortgeschrittener ist als zu Zeiten von de Gaulle. Die damals errungene Lösung der Luxemburger Vereinbarung findet sich im heutigen Vertrag über die Europäische Union in veränderter Form im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wieder. Darin heißt es, dass, wenn ein Mitglied des Rates „aus wesentlichen Gründen der nationalen Politik [...] einen mit qualifizierter Mehrheit zu fassenden Beschluss“ ablehnt, keine Abstimmung erfolgt, sondern der Hohe Vertreter eine Lösung finden muss (Art. 31 Abs. 2 EUV). Grundsätzlich setzten sich aber die Mehrheitsentscheidungen immer weiter durch (Piepenschneider 2012: 632).

2.2 Der Prozess der Europäisierung

Kevin Featherstone (2003: 5) untersuchte die Veröffentlichung von Artikeln zum Thema Europäisierung zwischen 1980 und 2001 und kam zu dem Schluss, dass diese vor allem um die Jahrtausendwende rapide zunahm. Diese zunehmende Thematisierung erklärt er zusammen mit Claudio M. Radaelli damit, dass praktisch alle Politikbereiche europäisch durchdrungen seien und eine Beschäftigung mit dem Prozess der Europäisierung nur die aktuellen politischen Angelegenheiten widerspiegeln würde (Featherstone/Radaelli 2003: 331). Katrin Auel (2005: 293) geht davon aus, dass die Europäisierung nach langer Beschäftigung mit dem Prozess der Europäischen Integration jetzt in den Vordergrund des Forschungsinteresses rückt. Der Fokus liegt ihrer Ansicht nach gegenwärtig auf den

Auswirkungen der aufgebauten supranationalen Organisationen auf die Mitgliedsstaaten (Auel 2005: 293). Claudio M. Radaelli (2004: 2) sieht ebenfalls eine Verschiebung des Interesses hin zu den Konsequenzen der Europäischen Integration, die mit der Europäisierung erfasst werden können.

2.2.1 Definitionen und Konzepte

Robert Ladrech entwickelte 1994 eine der ersten Definitionen von Europäisierung. Diese besagt, dass:

„Europeanization is an incremental process reorienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making“ (Ladrech 1994: 69).

Zu den sich auf nationaler Ebene veränderten Politiken zählt er sowohl die Anpassung von Regierungs- sowie Nicht-Regierungs-Akteuren, aber nichts darüber Hinausgehendes (Ladrech 1994: 71). Allerdings gibt seine Sichtweise auf Europäisierung dieser auch eine eindeutige Richtung vor. Die Dynamiken der Europäischen Integration leiten die Veränderung der Organisation innerhalb der Nationalstaaten ein und sind eng mit diesen verflochten (Ladrech 1994: 85f.). Er bemerkte allerdings, dass die damit verbundene Neuorientierung bzw. der adaptive Prozess von Politiken in jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union unterschiedlich verlaufen kann, da es große strukturelle Unterschiede in den Nationalstaaten gibt, die eine vollständige Homogenisierung unrealistisch machen (Ladrech 1994: 70). Weiterhin grenzt Robert Ladrech (1994: 71) die Europäisierung von Begriffen wie Globalisierung ab, da er erstens auf die geographische Einschränkung des Konzeptes und zweitens auf die Existenz des nationalstaatlichen Rahmens hinweist, in dem der Prozess der Umstellung stattfindet. Claudio M. Radaelli greift die Definition von Robert Ladrech wieder auf und entwickelt diese weiter:

„Europeanisation refers to: Processes of a) construction b) diffusion and c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‘ways of doing things’ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of EU decisions and then incorporated in the logic of

domestic discourse, identities, political structures and public policies“ (Radaelli 2000: 3f.).

Der erste Teil der Definition beschreibt eher die Europäische Integration als solche, im darauf folgenden Teil legt Radaelli jedoch den Fokus auf die Auswirkungen von Prozessen der europäischen Ebene auf die einzelnen Mitgliedstaaten der EU, womit er den darüber hinausgehenden Europäisierungsprozess charakterisiert. Er trennt somit in seinem Konzept Europäisierung klar von Europäischer Integration. „But if Europeanization has to have a precise meaning, it has to be different and more selective than the notions of EU policy formation and European integration“ (Radaelli 2003: 29). Sowohl Ladrech als auch Radaelli begreifen Europäisierung als Prozess, wobei Radaelli sehr ausführlich darauf eingeht, welche unterschiedlichen Bereiche auf europäischer Ebene zu einer Veränderung in den Mitgliedsstaaten führen können (Auel 2005: 298). Weiterhin hebt er die Bedeutung des Wandels des Politikverhaltens der einzelnen Mitgliedsländer hervor, der mehr oder weniger stufenweise verläuft (Radaelli 2003: 30). Im Jahre 2003 ersetzt er in seiner Definition den Ausdruck „making of EU decisions“ durch „making of EU public policy and politics“, da dies nicht nur die Rechtssetzung durch die EU, sondern auch andere Eingriffsmöglichkeiten, wie die offene Methode der Koordinierung¹⁷, mit einschließt (Radaelli 2003: 30). Zudem beschreibt Radaelli die Möglichkeit der Beeinflussung des politischen Diskurses und der Identität in den Nationalstaaten, die von Ladrech nicht berücksichtigt wird. Auch sollte Europäisierung nicht mit Harmonisierung gleichgesetzt werden. Während Harmonisierung gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft, kann Europäisierung unterschiedlich enden (Radaelli 2000: 6). Der Europäisierungsprozess mündet also nicht zwangsläufig in einer Annäherung sondern kann genauso auch Verschiedenheiten hervorbringen.

2.2.2 Europäisierung nach Claudio M. Radaelli

Claudio M. Radaellis Konzept der Europäisierung geht von zwei Leitfragen aus. Was genau wird europäisiert und in welchem Ausmaß – wobei das Ausmaß auch die Richtung der Europäisierung einschließt (Radaelli 2003: 35). In seinem Analyseraster unterscheidet er bei

¹⁷ Diese Methode wird in Politikbereichen angewandt, in denen die EU gemäß den Verträgen theoretisch keine Regelungskompetenzen besitzt oder lediglich Koordinierungszuständigkeiten innehat. Die Mitgliedsstaaten arbeiten zusammen an einer Problemlösung, tauschen sich aus und entwickeln gemeinsame Ziele, wobei sie von der Europäischen Union überwacht werden (Scherb 2012: 706f.).

der Frage, was beeinflusst wird, drei Kategorien: An erster Stelle die Makrostrukturen, welche einerseits politische und andererseits repräsentative Strukturen eines politischen Systems einschließen. An zweiter Stelle die Auswirkungen auf den Bereich der „public policy“, welche sich wiederum in Akteure, politische Probleme, politischen Stil, Instrumente und Ressourcen untergliedern. An dritter Stelle die kognitiven und normativen Dimensionen, zu denen er u.a. Diskurse, politische Narrationen und Werte zählt. Diesen Bereich trennt er klar von den anderen ab, da „deren Elemente nicht nur durch die Europäisierung beeinflusst werden können, sondern weil ihre Veränderung selbst wiederum Auswirkungen auf die ersten beiden Dimensionen haben kann“ (Auel 2005: 300). Radaelli beschränkt sich im Folgenden darauf, herauszufinden, wie Europäisierung die Staatstätigkeit bzw. „public policy“ beeinflusst und wie die Veränderungen der Politik messbar gemacht werden können (Radaelli 2003: 37). Dazu unterscheidet er bei der Richtung der Europäisierung zwischen vier Formen. Kommt es zu keiner Veränderung, da die politischen Gegebenheiten zwischen der EU und dem betreffenden Mitgliedsland zu unterschiedlich sind, spricht er von „interia“. Passen sich die Länder an, ohne fundamental ihre Prinzipien zu verändern, entspricht das der „absorption“. Verändert sich die politische Logik durch Lernprozesse grundlegend, tritt eine „transformation“ ein. Die vierte Form auch „retrenchment“ genannt erfasst den Fall, dass sich Staaten nach der Einwirkung von Europäisierung wieder stärker auf ihren Status als Nationalstaat zurückbesinnen und somit weniger europäisch sind als zuvor (Radaelli 2003: 37f.). Nachdem die beiden Leitfragen anhand des Analyserasters beantwortet werden können, stellt sich die Frage nach dem Auslöser für den Prozess der Veränderung. Hier erfolgt eine Unterteilung in vertikale (top-down) und horizontale Mechanismen. Während bei den Erstgenannten die EU ein bestimmtes Modell vorgibt oder sich ein Modell im international regulierten Wettbewerb durchsetzt, fehlen bei den Zweitgenannten ein Anpassungsdruck und die konkreten Zielvorgaben. Diktiert die EU den Mitgliedsstaaten bestimmte Modelle, z.B. in Form von Gesetzen sind diese einem bestimmten Druck ausgesetzt, der sie zur Anpassung zwingt oder zur Nachahmung führt (Radaelli 2003: 42). Diese eben beschriebene Kategorie der Auslöser wird auch als positive Integration bezeichnet. Geht es allerdings darum, einen gemeinsamen Markt zu schaffen, in den Mitgliedsländern Barrieren abzubauen sowie die gegenseitige Anerkennung dieser Regelungen innerhalb der EU zu koordinieren, handelt es sich um negative Integration. Hier gibt die EU zwar nicht explizit ein Modell vor, greift jedoch aktiv in die Gestaltung der

Marktregelungen ein. Dabei bedient sie sich sogenannter „soft framing“-Mechanismen, wobei Veränderungen u.a. durch Lernprozesse mittels der bereits erwähnten offenen Methode der Koordination erzielt werden können (Radaelli 2003: 47).

Im Jahre 2004 erweitert Radaelli (2004: 4) seine Ausführungen zur Europäisierung insofern, dass diese kein einseitig gerichteter Prozess der Anpassung an Europa, sondern ein interaktiver Prozess sei. „It is useful to approach Europeanisation well beyond a narrow linear, top-down notion of ‘impacts’ (of the EU on domestic systems). [...] Domestic actors can use Europe in many discretionary ways. They may discursively create impacts [...]“ (Radaelli 2004: 4). Damit fasst er die Richtung der Europäisierung weiter als nur von EU-Institutionen auf die Nationalstaaten, wie er es in seinem ursprünglichen Modell formuliert hatte. Radaelli geht davon aus, dass Europäisierung auch dort stattfinden kann, wo es keinen direkten Anpassungsdruck von oben gibt. Sie kann ebenfalls entstehen, wenn sich die Nationalstaaten von sich aus entschließen, eine kooperative Lösung von Problemen auf supranationaler Ebene zu suchen (Radaelli 2004: 11). Weiterhin mahnt er an, den gewählten Zeitraum und die kausalen Zusammenhänge sorgfältig nachzuvollziehen. Nur dann könne sichtbar gemacht werden, ob und wie die Europäisierung gegebenenfalls einen Einfluss ausgeübt habe (Radaelli 2004: 11). Deshalb sollte zunächst danach gefragt werden, ob diese Entwicklung auch ohne Europäisierung stattgefunden hätte, und inwieweit alternative Mechanismen wie Globalisierung diese Veränderung bewirkt haben könnten (Radaelli 2004: 9).

2.2.3 Europäisierung als Diskurs

Darüber hinaus vertritt Radaelli das bereits im Analyseraster vorgestellte Verständnis von Europäisierung als Diskurs. Europa wird demnach durch die Sprache von Interessengruppen und politischen Entscheidungsträgern konstruiert. Der Diskursbegriff geht u.a. auf Michel Foucault zurück. Jürgen Link und Ursula Link Heer fassen Foucaults Kerngedanken wie folgt zusammen: Er sei davon ausgegangen, dass Sprache die Realität nicht abbildet, sondern diese gewissermaßen interpretiert und verzerrt und somit erst erzeugt (Link/Link-Heer 1990: 90). Dementsprechend wird unser Handeln und Denken durch die Sprache bestimmt, denn erst diese macht es möglich, Begriffen eine Bedeutung zuzuweisen. Jürgen Link definiert Diskurs als „eine institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon

Handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon Macht ausübt“ (Link 1983: 60). Diskurse üben Macht aus, weil sie an gewisse Muster und Regeln gekoppelt sind, die Handlungen nach sich ziehen (Jäger 1993: 152). Die Macht von Diskursen wird auch darin deutlich, dass von den Diskursregeln abweichende (Gegen-) Diskurse abgelehnt, ignoriert oder geahndet werden können (Jäger 1993: 153). Dieser Zusammenhang ist nicht unumstritten und wird von Link und Link-Heer folgendermaßen erörtert: Wenn sich der Diskurs bereits als „ein begrenztes, ‚positives‘ Feld von Aussagenhäufungen beschreiben lässt“, dann werden andere Aussagen möglicherweise ausgeschlossen (Link/Link-Heer 1990: 90). Die Sichtweise auf bestimmte Themen ist damit bereits in eine Richtung konnotiert und abweichende Perspektiven werden nur noch bedingt zugelassen oder gänzlich abgelehnt. Die Diskurse konkurrieren also miteinander (Jäger 1993: 153). In jedem Fall transportieren sie Wissen und Bedeutungen, unabhängig davon, ob es sich um einen Fachvortrag oder ein Alltagsgespräch handelt (Jäger 1993: 153). Die hier untersuchten Parteiprogramme können zum politischen Gegendiskurs in der Bundesrepublik Deutschland gezählt werden (Jäger 1993: 164). Die Parteiprogramme für sich stellen einzelne Diskursfragmente dar, die sich, sofern sie dasselbe Thema behandeln, zu einem Diskursstrang zusammenschließen (Jäger 1993: 181). Diskurse können wiederum auf unterschiedlichen Diskursebenen - zum Beispiel der politischen - stattfinden und sich auf andere Ebenen auswirken (Jäger 1993: 183f.). Dieser Einschätzung von Diskurs ist besonders bei der Auswertung der Parteiprogramme und Internetbeiträge der NPD Beachtung zu schenken, da sie mit den formulierten Forderungen und Versprechungen im Hinblick auf Europa einen Teil des Diskursstranges gestalten, um Macht über potenzielle Wähler zu erlangen. Die Darstellung der EU, ihrer Institutionen und Organe sowie der Europäisierung durch die NPD kann das Wissen und die Realitätswahrnehmung der Leser der Parteiprogramme beeinflussen.

Claudio M. Radaelli geht davon aus, dass Diskurse einen Einfluss bis auf die Ebene der Politik in den EU-Institutionen und den Mitgliedsländern haben können. „[...] discourse can change the preferences of actors, reformulate policy problems, make a style more confrontational or more cooperative, and can also increase or decrease the value of resources [...]“ (Radaelli 2004: 8). Es sei allerdings wichtig, diese Diskurse in ihren Ursprüngen zu verorten. Für ihn ist der Diskurs nicht nur die Sprache, sondern auch ein interaktiver Prozess. Dieser Prozess beinhaltet sowohl kognitive als auch eher normative Aktivitäten. Die erstgenannten

Aktivitäten ermöglichen es den Akteuren, die Realität je nach Wissenstand zu erfassen, die zweitgenannten dienen dazu, die Realität anhand von bestimmten Normen zu bewerten (Radaelli 2004: 8). Er macht seine Auffassung von Europäisierung als Diskurs bereits im Jahre 1999 am Beispiel der Steuerpolitik der EU deutlich. Im Folgenden spricht er allerdings nicht von einem Diskurs, sondern von „narratives“ (Radaelli 1999: 661). Diese im Fall der Steuerpolitik initiierten Erzählungen über negativen Steuerwettbewerb der Europäischen Kommission belebten die Wiederaufnahme des Politikbereiches Steuern und rückten diesen in den Mittelpunkt der Diskussion. „[...] harmful tax competition has been a political instrument for rekindling attention in a previously neglected policy area“ (Radaelli 1999: 662). Radaelli zeichnete den Verlauf des Diskurses nach, indem er detailliert darauf einging, wie sich die europäische Steuerpolitik entwickelt hatte und welche Standpunkte die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission vertraten. Weiterhin sind diese „narratives“ immer mit einer gewissen Dynamik innerhalb des politischen Machtgefüges, hier in der Struktur der Befürworter-Koalition und anderer Organisationen, verbunden (Radaelli 1999: 662). Claudio M. Radaelli lehnt seine vier Analysepunkte der Befürworter-Struktur an die Arbeit von Paul A. Sabatier an, in der dieser die Stabilität der Koalition, die geteilten politischen Vorstellungen, die Auswirkungen der externen Umwelt sowie interne Lernprozesse in politischen Foren als Analysepunkte herausarbeitete (Radaelli 1999: 666). Die Europäische Kommission kann in diesem Fall als Befürworter der Erzählung der „schädlichen Steuerpolitik“ gesehen werden, da diese den Anstoß für ein Umdenken in den Mitgliedsländern lieferte. Nach und nach teilten immer mehr Mitgliedsländer die Argumentation der Europäischen Kommission und es entwickelte sich ein Grundkonsens, wie mit Steuerpolitik umgegangen werden müsse.

Radaelli kam zu dem Schluss, dass mit dem Jahr 1996 ein Umdenken innerhalb der Europäischen Kommission stattgefunden hatte und diese im Steuerwettbewerb plötzlich eine Gefahr für den Wohlfahrtsstaat sah und dies auch kommunizierte. Dass es zu diesem Zeitpunkt keine einheitliche Koordination der Steuerpolitik gab, behinderte nach Auffassung der Europäischen Kommission den Binnenmarkt und erhöhte die Arbeitslosigkeit (Radaelli 1999: 669f.). Die Mitgliedsstaaten der EU waren nun gezwungen, etwas gegen diese Situation zu unternehmen, da sie die angesprochenen negativen Auswirkungen für realistisch hielten (Radaelli 1999: 671). Dies führte zur Gründung eines Steuerforums,

welches sich eher kooperativ mit einer Lösung des Problems auseinandersetzte (Radaelli 1999: 672). Dieses Forum ermöglichte es den beteiligten Ministern, die unterschiedlichen Sichtweisen der anderen kennenzulernen, darüber zu verhandeln und voneinander zu lernen, wie im letzten Analysepunkt von Paul A. Sabatier dargestellt. „Ministers of finance – traditionally reluctant to discuss European direct tax policy – have been convinced by new arguments (for example, the idea that harmful competition can aggravate unemployment) [...] and a new forum” (Radaelli 1999: 678). Danach änderten die Mitgliedsstaaten, vertreten durch die Finanzminister, ihre Einstellung bzgl. des Themenkomplexes Steuern. Sie erkannten deren Problematik und versuchten, eine Lösung dafür zu finden (Radaelli 1999: 679).

Demnach konnte der von der Europäischen Kommission angestoßene Diskurs über den nachteiligen Steuerwettbewerb die Haltung der Mitgliedsstaaten in kooperativere Bahnen lenken. Die diskursive Sichtweise auf Europäisierung ist nur eine von zahlreichen Herangehensweisen den Prozess zu erfassen.¹⁸ Die Fokussierung auf den Diskurs als eine Ausprägungsart der Europäisierung soll auch für die Untersuchung innerhalb der vorliegenden Arbeit herangezogen werden. Diese Herangehensweise wird dadurch bestätigt, dass auch die angewandte Methode auf die Auseinandersetzung mit Diskursen abzielt und die Parteiprogramme und anderen Äußerungen der NPD zu einem bestimmten politischen Diskurs gehören.

¹⁸ Daneben gibt es u.a. Autoren wie Rainer Eising, der Europäisierung als einen Prozess der Veränderung von Regierungsverständnis und -formen begreift sowie Tanja Börzel, die Europäisierung als Institutionalisierung auffasst (Radaelli 2004: 6).

3 Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Die seit fast 50 Jahren existierende NPD steht in diesem Teilabschnitt im Vordergrund. Um die für die Analyse gewählten Parteiprogramme und die darin enthaltenen Forderungen einordnen zu können, werden die ideologischen und strategischen Vorstellungen der Partei nach 1990 kurz erläutert. Der Fokus innerhalb der Ideologie liegt auf der Volks- und Rassenzugehörigkeit als Grundlage des darauf aufbauenden Gesellschafts- und Staatsverständnisses der NPD. Strategisch wird das sogenannte „4-Säulen-Modell“ der Partei eingeführt und beschrieben. Eine historische Einbettung dieser Vorstellungen erfolgt mithilfe des einleitenden Porträts der Partei. Abschließend soll die Frage geklärt werden, wann sich die Partei überhaupt europapolitischen Fragestellungen zuwandte und wie aktiv sie bisher an den Wahlen zum europäischen Parlament teilgenommen hat.

3.1 Von der Gründung 1964 bis 2014

Die Gründerversammlung der NPD fand am 28. November 1964 in Hannover statt. Initiiert wurde die Gründung von der ehemaligen Deutschen Reichspartei (DRP), die ein Bündnis bzw. eine Sammlung der nationalen Kräfte in der BRD bis zur Bundestagswahl im Jahre 1965 anstrebte. Erster Parteivorsitzender der NPD wurde Friedrich Thielen, der bereits Erfahrungen aus der Vorstandsarbeit in der Deutschen Partei (DP) in Bremen mitbrachte (Schmollinger 1986: 1923ff.). Nach ihrer Gründung verzeichnete die NPD in kurzer Zeit einen großen Zustrom an Mitgliedern und erste Wahlerfolge deuteten sich an. Äußere Faktoren, wie die Wirtschaftskrise im Jahre 1966/67 und die Konflikte innerhalb der Regierungskoalition der BRD, begünstigten nach Schmollinger die Etablierung der NPD im Parteiensystem der BRD. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung in diesen Jahren spiegelte sich in steigenden Wählerstimmen zugunsten der NPD wider (Schmollinger 1986: 1926ff.). Innerhalb der Partei kam es im Jahre 1967 zu einer Veränderung. Der Parteivorsitzende Friedrich Thielen wurde von seinem ehemaligen Stellvertreter Adolf von Thadden abgelöst, der sich im innerparteilichen Machtkampf durchsetzen konnte (Brandstetter 2013: 68). Im selben Jahr verabschiedete die NPD ihr erstes Parteiprogramm, in welchem die Partei nach der Meinung von Theo Stammen ihre Aussagen „behutsam und zurückhaltend“ formulierte,

um nicht gegen Artikel 21 GG zu verstoßen (Stammen 1975: 282). Stammen veröffentlichte Auszüge des Programmes in dem 1975 erschienenen Buch *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik* (Kunz/Maier/Stammen 1975), die dieses Vorgehen belegen. Um nicht in Konflikt mit dem Gesetz zu kommen, hieß es in einem Auszug des Parteiprogrammes von 1967 u.a.: „Die NPD bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, weil sie ein Höchstmaß persönlicher Freiheit gewährt und soviel Ordnung setzt, wie notwendig ist. Der freiheitlich-demokratische Staat muß ein Rechtsstaat sein“ (Stammen 1975: 286). Obwohl sich die NPD zumindest formal zur Demokratie und zum Rechtsstaat bekannte, setzte die Bundestagswahl im Jahre 1969 dem bis dahin anhaltenden Aufwärtstrend jedoch ein Ende und läutete den Niedergang der Partei ein. Die NPD erzielte mit 4,3% der Zweitstimmen (Bundeswahlleiter 2014c) zwar ihr höchstes Ergebnis bei Bundestagswahlen in ihrer gesamten Parteigeschichte (Bundeswahlleiter 2014d: 20ff.), scheiterte jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasste so den Einzug in den Bundestag (Schmollinger 1986: 1926f.). Dieses Scheitern hatte auch innerparteiliche Konsequenzen zur Folge, denn der Parteivorsitzende Friedrich Thielen trat u.a. wegen der Bundestagswahlniederlage zurück. Sein Nachfolger wurde Martin Mußgnug, der das Amt von 1971 bis 1990 bekleidete (Brandstetter 2013: 68f.). Unter dem neuen Vorsitzenden fand keine grundlegende Veränderung der Parteiideologie statt. In ihren Leitsätzen zur Bundestagswahl von 1972 hielt die NPD ausdrücklich an der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ fest. Allerdings ergänzte die Partei, die bereits im Parteiprogramm von 1967 getroffene Aussage durch den Zusatz, dass diese Grundordnung mithilfe eines handlungsfähigen und starken Staates geschützt werden sollte (Stammen 1975: 293). Nichtsdestotrotz war die Partei auch unter dem Vorsitzenden Mußgnug nicht in der Lage, an die Erfolge auf Kommunal- und Landesebene von vor 1969 anzuknüpfen. Stattdessen verließen immer mehr Mitglieder die Partei und ganze Kreisverbände lösten sich auf. Zudem geriet die NPD nach der Bundestagswahl von 1976 in finanzielle Schwierigkeiten (Brandstetter 2013: 72f.). Erst zwischen 1988 und 1989 gelang es der Partei wieder kleinere Achtungserfolge bei Landtagswahlen zu erzielen. Dabei konkurrierte die NPD vor allem mit den Republikanern (REP) um die Stimmen der Wähler (Brandstetter 2013: 75f.). Um weitere Konkurrenz auszuschließen, gab es in dieser Zeit einen ersten Kooperationsversuch der NPD mit der Deutschen Volksunion (DVU). Wahlteilnahmen wurden untereinander abgesprochen, sodass die DVU bei den Europawahlen 1989 und die NPD bei der ersten

gesamtdeutschen Bundestagswahl im Jahre 1990 kandidierten, ohne sich gegenseitig die Wähler streitig zu machen (Brandstetter 2013: 86). Diese Zusammenarbeit führte aber nicht zu den erhofften Ergebnissen, da die DVU 1,6% bei der Europawahl (Bundeswahlleiter 2014b: 2) und die NPD bei der Bundestagswahl von 1990 nur 0,3% (Bundeswahlleiter 2014d: 22) der Wählerstimmen erreichte. Das Bündnis zwischen DVU und NPD zerfiel letztendlich ohne nennenswerte Wahlerfolge (Brandstetter 2013: 87). Mit der deutschen Wiedervereinigung¹⁹ am 3. Oktober 1990 erfüllte sich eine grundlegende Forderung der Partei (Brandstetter 2013: 76f.). Allerdings befand sich diese nach der Bundestagswahl Niederlage von 1990 noch tiefer in der Krise als zuvor und verzichtete sogar auf die Kandidatur bei den nächsten Bundestagswahlen. Martin Mußgnung trat noch im gleichen Jahr als Parteivorstand zurück. Er und einige seiner Anhänger hatten nach dem Bundestagswahlergebnis einen Anschluss der NPD an den neu gegründeten Verein „Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte“ angestrebt. Diese Fusionsgedanken wurden von Teilen des Bundesvorstand der NPD vorzeitig gestoppt und führten letztendlich zur Wahl Günter Deckerts als neuen Parteivorsitzenden (Brandstetter 2013: 81f.), der sich für ein Fortbestehen der NPD einsetzte (Brandstetter 2013: 93). Deckert machte vor allem durch verbale Radikalisierung der Partei in der Öffentlichkeit sowie mehrere Prozesse und Verurteilungen, u.a. wegen Holocaustleugnung, auf sich aufmerksam (Brandstetter 2013: 84). Auf dem Parteitag im März 1996 setzte sich Udo Voigt als neuer Parteivorsitzender gegen den in Haft befindlichen Günter Deckert durch (Brandstetter 2013: 93). Voigt schaffte es nicht nur die NPD erfolgreich durch das Verbotsverfahren in den Jahren 2001/02 zu geleiten, sondern erzielte sowohl bei den Landtagswahlen in Sachsen von 2004 (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2004: 1) als auch bei denen in Mecklenburg-Vorpommern von 2006 (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2006: 3f.) erstmals wieder Ergebnisse oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Auf der NPD-Seite werden zwei wesentliche Gründe für den Wahlsieg in Sachsen angeführt: Zum einen „die professionelle Arbeit der Wahlkampfmannschaft um Holger Apfel“, zum anderen der sogenannte "Deutschlandpakt"²⁰ (NPD 2013a). Weiterhin begann mit Voigt ein Kurswechsel innerhalb der NPD, der sich z.B. in

¹⁹ Bereits im abgedruckten Auszug ihres ersten Parteiprogramms betonten die Nationaldemokraten, dass sie die Teilung Deutschlands für nicht legitim hielten und dass sie mit allen Mitteln die staatliche Einheit wieder herstellen wollten (Stammen 1975: 292).

²⁰ Diese Übereinkunft zwischen NPD und DVU sah vor, dass die beiden Parteien bis 2009 nicht mehr gegeneinander in Wahlen antreten wollten. Stattdessen teilten die Parteien die Wahlteilnahmen untereinander auf und leisteten sich gegenseitige Wahlkampfhilfe (Brandstetter 2013: 305f.).

der strategischen Neuausrichtung der Partei (s. 3.3) niederschlug (Brandstetter 2013: 94). Diese Veränderung unter Voigt ist nach der Einschätzung von Marc Brandstetter (2007: 330) auch in der Programmatik der Partei sichtbar. In seinem Vergleich der Parteiprogramme der NPD macht er deutlich, dass im Programm von 1996 kein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung mehr enthalten ist. Stattdessen wird der BRD nur ein vorläufiger Charakter zugewiesen, da keine vom Volk legitimierte Verfassung existiere (Brandstetter 2007: 330). Trotz all dieser Entwicklungen wurde Voigt im November 2011 nicht in seinem Amt bestätigt, sondern von Holger Apfel abgelöst. Apfel stand strategisch für das Modell des „sächsischen Weges“²¹ und propagierte den Kurs einer „seriösen Radikalität“, welche er jedoch nicht näher ausführte (Gleixner 2013: 94f.). Allerdings konnte er seine Vorstellungen nicht etablieren, da er bereits zum Ende des Jahres 2013 sein Amt niederlegte und aus der Partei austrat (Schöllermann 2013). Aktuell hat der Fraktionsvorsitzende des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastör, den Parteivorsitz inne (NPD 2013b). In seiner Amtszeit gelang es der NPD, erstmals einen Abgeordneten ins Europäische Parlament zu entsenden, wie bereits ausführlich in der Einleitung dargestellt. Seine Bewährungsprobe stand ihm in Form der Landtagswahlen am 31. August 2014 in Sachsen bevor. Die Partei stellt im Sächsischen Landtag seit 2004 eine eigene Fraktion (NPD-Fraktion Sachsen 2014), deren Fortbestehen gesichert werden sollte. Nach der Medieninformation der sächsischen Landeswahlleiterin hat die NPD den Wiedereinzug ins sächsische Parlament mit 4,9% der Stimmen knapp verpasst (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2014).

3.2 Die ideologischen Vorstellungen der Partei nach 1989

Die Ideologie der NPD ist heterogen, fußt aber nach Bringt und Begrich auf drei Säulen: dem Nationalismus, dem Rassismus und dem Antisemitismus sowie einem damit verbundenen autoritären Antipluralismus. Das verbindende Element dieser drei Säulen ist der völkisch-rassistische Gemeinschaftsbegriff, der vor allem im Unterpunkt 3.2.1 näher erläutert werden soll (Bringt/Begrich 2008: 45). Merkmale der ersten Säule sind ein autoritärer und

²¹ Nach Aussage des aktuellen Bundespressesprechers der NPD steht der „sächsische Weg“ für „einen gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik stellt und der sich von unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe abgrenzt“ (Franz 2009).

unnachgiebiger Nationalstaat, der die Zustimmung zum Zentralismus und zum Führerprinzip nach sich zieht. Im politischen Lexikon der NPD Niedersachsen heißt es dazu: „Nationalismus ist das Streben politisch bewußt gewordener Völker nach Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Einheit“ (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014). Dieses Verständnis geht von der strikten Trennung unterschiedlicher Völker aus und teilt diesen ein bestimmtes Staatsgebiet bzw. - im Jargon der NPD - einen bestimmten „Lebensraum“ zu. Dabei ist die heutige BRD laut NPD nur ein Schritt in Richtung eines einheitlichen Staatsgebietes, denn die Aufgabe der deutschen Nationalisten sei die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014).

Die zweite Säule ist maßgeblich vom Konzept des „Ethnopluralismus“ beeinflusst. Dieses beruht auf der Vorstellung, dass jedes Volk auf einer eigenen, in sich homogenen Kultur beruht, die sich von anderen Kulturen unterscheidet. „Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur ist ebenso biologisch-genetisch begründet wie zu einer bestimmten Rasse, d.h. ein ‚Ausstieg‘ ist nicht möglich“ (Fischer 1998: 246). Aufgrund kultureller Differenzen werden Menschen als fremd eingestuft, diskriminiert und ausgegrenzt. Die Nationaldemokraten entwerfen ein Bild der Unvereinbarkeit verschiedener Kulturen und lehnen Integrationsbemühungen von Fremden ab, da diese die eigene Kultur verfremden und letztendlich überlagern könnten (Fischer 1998: 247). Diese Sichtweise erklärt u.a. die im aktuellen Europawahlprogramm geforderte „gemeinsame europäische Abwehrlinie zum Schutz vor unkontrollierter Masseneinwanderung“ (NPD-Parteivorstand 2014: 27) und den Slogan im Parteiprogramm „Integration ist gleichbedeutend mit Völkermord“ (NPD 2010:13). Die NPD entwickelt hier ein Bild der Bedrohung des eigenen Volkes durch alle nicht der deutschen Kultur angehörigen Menschen, die sich in Deutschland aufhalten. Sie sprechen zwar im Vorwort ihres Europaprogrammes für die Erhaltung der „Vielfalt der Völker und Kulturen“ aus, meinen damit aber kein multikulturelles Miteinander von unterschiedlichen Menschen innerhalb eines Landes (NPD-Parteivorstand 2014: 8).

Die letzte Säule kritisiert die in der BRD vorherrschende parlamentarische Demokratie, da diese aus Sicht der NPD keine wirkliche Volksherrschaft darstelle (Bringt/Begrich 2008: 49). Da die Parteien das Gemeinwohl angeblich nicht ausreichend berücksichtigen, fordert die NPD eine Ablösung des bestehenden Systems „durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation [...]“

(NPD 2013c). Der Wunsch nach Volksabstimmungen schließt auch eine vom Volk legitimierte Verfassung ein, welche - wie in Art. 146 GG vorgesehen - das Grundgesetz ersetzen soll. Aus der Perspektive der NPD hat sich der Einzelne der Volksgemeinschaft, und letztlich auch dem Staat, unterzuordnen und an dieser mitzuwirken. Im Gegenzug bietet die Gemeinschaft dem Individuum Schutz (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014).

3.2.1 Der Volks- und Rassebegriff

Ihr Volksverständnis führt die NPD in der Rubrik „Oft gefragt“ auf ihrer Internetseite weiter aus:

„Der Begriff ‚Volk‘ bezeichnet eine geschichtlich gewachsene Sprach- und Kultur-, Schicksals- und Abstammungsgemeinschaft. ‚Volk‘ ist die Lebensgemeinschaft körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen, die sich zu einem nationalen Solidarverband entwickelt hat“ (NPD 2013d).

Diese Auffassung geht mit der Vorstellung einher, dass jeder Mensch nur einer bestimmten Kultur und einem bestimmten Volk zugeordnet werden könne, da seine Zugehörigkeit von Geburt an bestimmt sei (NPD 2013d). Der völkisch-rassistische Gemeinschaftsbegriff basiert damit auf der Annahme, dass Völker und ihre dazugehörigen Kulturen eindeutig von anderen abgegrenzt werden können und ethnisch wie kulturell in sich homogen seien (Kellershohn 2008: 54). Die Nationaldemokraten verstehen die Familie als „kleinste natürliche Einheit innerhalb eines Volkes“, da diese als „Trägerin des biologischen Erbes“ und „Keimzelle des Volkes“ aufgefasst wird (NPD 2010: 7). Aufgrund dessen ist die Förderung von Familien, sei es durch „Müttergehalt“ für Frauen, die ihre Kinder zu Hause betreuen oder die Erhöhung des Kindergeldes „auf 500€ für jedes deutsche Kind“, ein Grundanliegen der Nationaldemokraten. Mit diesen und weiteren Anreizen möchte die NPD die von ihr propagierte Gefahr des „Volkstodes“ bekämpfen (NPD-Parteivorstand 2013: 47ff.). Dass diese Forderungen grundsätzlich alle in ihren Augen Nicht-Deutschen in der BRD diskriminieren, ist den Nationaldemokraten durchaus bewusst. In ihrem Bundestagswahlprogramm von 2013 weisen sie sogar explizit darauf hin, dass die deutsche Regierung Konflikte mit der EU bei der Durchsetzung dieser Maßnahmen nicht scheuen solle (NPD-Parteivorstand 2013: 48). Die Diskriminierung erstreckt sich auch auf Homosexuelle. Denn gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, die nicht ohne künstliche Hilfe oder Adoption Kinder hervorbringen können, bilden in den Augen der Nationaldemokraten keine Familien und haben damit auch keinen Anspruch auf staatliche Zuschüsse (NPD 2010: 6). Im Artikel 3 Abs. 3 GG sind Diskriminierungen u.a. aufgrund der Abstammung, der Rasse und der Herkunft eigentlich untersagt. Gerade die Abstammung und die Rasse werden aber von der NPD als Kriterium für die Zuweisung von staatlichen Mitteln herangezogen.

Der Begriff der Rasse ist im „politischen Lexikon“ der Partei folgendermaßen definiert:

„Aus der Biologie stammende Bezeichnung für Menschen und Tiere gleicher Abstammung und sehr verwandter erblicher Anlagen. [...] Die europide Großrasse wird im allgemeinen in folgende Unterrassen gegliedert [...]. Diese Unterrassen bestehen in reiner Form nirgendwo. Die jeweilige kennzeichnende Zusammensetzung aus Unterrassen gibt den europäischen Völkern ihre unverwechselbaren Nationaleigenschaften“ (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014).

Besonders im letzten Satz wird deutlich, dass mit der Geburt eines Menschen diesem in den Augen der Nationaldemokraten nicht nur eine Rassen- und Volkszugehörigkeit, sondern auch bestimmte Eigenschaften zugewiesen werden, die zugleich als biologisch vererbbar aufgefasst werden. Die Ansicht, dass bestimmte Eigenschaften eines Volkes vererbbar sind, entwickelte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert und mündete in die Rassenhygiene-Vorstellungen, bei denen Menschen aufgrund angeblich fehlerhafter vererbter Merkmale aussortiert oder durch Sterilisation an der Fortpflanzung gehindert wurden, um die „Fortpflanzungsauslese“ zu unterstützen (Seidler 1998: 79). Richtete sich diese Vorstellung anfangs gegen die angeblich „Minderwertigen“ des eigenen Volkes (Seidler 1998: 81), weiteten die Nationalisten im Dritten Reich das Konzept der Auslese auch auf andere angeblich minderwertige Völker aus (Seidler 1998: 89). Ziel war es, eine „Rasse mit reinem Blut“ zu kreieren, bei der alle unzuträglichen Merkmale durch Selektion verschwunden sein sollten (Seidler 1998: 90). Bereits im Jahre 1882 bemerkt Ernest Renan (1993: 300) in seinem Vortrag *Was ist eine Nation?*, dass aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse keine Rückschlüsse auf eine gemeinsame Nation²² gezogen werden sollten. Er spricht sich bewusst gegen diese Vorstellung aus, da hier die Ethnographie das Prinzip der Nation ersetzen und ein „Urrecht der Rassen nach dem Muster der Könige göttlichen Rechts geschaffen“ werden würde, welches große Gefahren in sich birgt (Renan 1993: 298f.). Weiterhin lehnt Renan den Gedanken ab, dass es homogene, reine Rassen gebe. Stattdessen geht er davon aus, dass bereits die „ersten Nationen Europas Nationen von gemischtem Blut [sind]“ (Renan 1993:

²² Eine Nation basiert in der Vorstellung der Nationaldemokraten einerseits auf dem Volk und andererseits auf einem vorhandenen Staatsgebiet. So heißt es im politischen Lexikon der NPD: „Ein Volk wird zur Nation, wenn es sich seines politisch-kulturellen Eigenwertes bewußt wird, und sein Dasein als selbständige sichtbare Ganzheit bejaht. Das Volk liefert dazu den biologisch, geschichtlich und kulturellen Ausgangspunkt. Wesentlich für die Errichtung einer Nation ist das Vorhandensein eines Staatsgebietes“ (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014).

302). Der Begriff der Rasse ist nach Meinung von Gero Fischer (1998: 243ff.) heute im Jargon der NPD weitgehend von dem Begriff der Kultur abgelöst worden, da Rasse seit dem Zweiten Weltkrieg zu negativ konnotiert sei und die Trennung in verschiedene Kulturen unverfänglicher scheine.

Eine gemeinsame Identität bzw. Beziehungen zwischen dem Eigenen und dem Fremden auf Basis von Verwandtschaftsbeziehungen, Volks- und Rassezugehörigkeiten zu konstruieren, kann nach Eisenstadt und Giesen auch als *Primordialität* bezeichnet werden. Unterschiede zwischen den Gruppeninternen und den -externen werden dabei als naturgegeben und unveränderbar aufgefasst (Eisenstadt/Giesen 1995: 77). Gehört ein Mensch aufgrund einer anderen Volkszugehörigkeit nicht zur Gruppe, kann er diese auch nicht erlernen, da er nicht im Besitz der nötigen Voraussetzungen ist (Eisenstadt/Giesen 1995: 78). Daraus ergibt sich eine äußerst negative Haltung gegenüber Fremden, da diese als Bedrohung empfunden werden. „Strangers are frequently considered as demonic, as endowed with a strong and hostile identity which threatens the existence of primordial communities“ (Eisenstadt/Giesen 1995: 78f.).

Helmut Kellershohn (2008: 54) bewertet diese Grundannahmen des völkischen Nationalismus bzw. des völkisch-rassistischen Gemeinschaftsbegriffes als „wirklichkeitsfremd sowie ahistorisch“. Die Anwendung des Rassebegriffes als Kategorie um Menschen einzuteilen, wurde beispielsweise auf der Internationalen Konferenz *Gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung* im Jahre 1995 für obsolet erklärt, da es keinen wissenschaftlich haltbaren Beweis für diese Kategorisierung gibt (o.A. 1995: 4). Zwar treten zwischen Menschen morphologische Unterschiede auf, deshalb unterscheiden sich diese aber nicht grundlegenden in ihren genetischen Veranlagungen. Generell sind genetische Unterschiede nur graduell nachweisbar und eine Trennung der Völker auf dieser Grundlage ist nicht gerechtfertigt (o.A. 1995: 4). Autoren wie Amartya Sen (2007: 38) gehen dagegen heute davon aus, dass: „[...] wir auf die ein oder andere Weise vielen verschiedenen Gruppen an[gehören], und jedes dieser Kollektive kann einem Menschen eine potentiell bedeutsame Identität vermitteln“. Sens Herangehensweise beruht damit nicht auf der engen Konstruktion, die der *Primordialität* zugrunde liegt. So kann die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft nicht - wie nach Meinung der Nationaldemokraten - auf

angeborenen Faktoren wie Rasse, Volk und der dazugehörigen Kultur sondern auf andere - je nach Kontext - variable Einflussgrößen zurückgeführt werden.

3.2.2 Gesellschafts- und Staatsverständnis

Eng im Zusammenhang mit dem Volksbegriff steht auch das von der NPD angestrebte Gesellschafts- und Regierungsmodell, denn die Basis bildet in beiden Fällen das biologisch definierte deutsche Volk (s. 3.2.2).

„Ziel ist die Überwindung der Gesellschaft um zur Gemeinschaft, zur Volksgemeinschaft, zu finden. Die Gemeinschaft repräsentiert das Heile und Ganze, das erst noch herzustellen ist, die Gesellschaft dagegen steht für Spaltungen, Brüche, Widersprüche und Partikularinteressen“ (Wölk 2008: 40).

Die aktuelle Gesellschaft sei eine „Menschheit‘ ohne Bindung und Überlieferung“, in der sich der Einzelne zunehmend von der Gruppe entfremdet (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014). Dem gegenüber stellen die Nationaldemokraten ihre Vorstellung einer Volksgemeinschaft, in welcher eine Solidarität zwischen allen Individuen bestehe, die wiederum auf geteilten Überlieferungen eines Volkes basiert (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014). Innerhalb der parlamentarischen Demokratie der BRD würden nach Meinung der NPD Entscheidungen gefällt werden, die nicht die gesamte Gemeinschaft sondern nur Teile der Gesellschaft berücksichtigen würden (Wölk 2008: 40). Diesem Zustand, der im Parteiprogramm von 2010 als „gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien“ bezeichnet wird (NPD 2010: 8), soll unter anderem durch die Direktwahl eines Präsidenten und die Ausweitung von Volksentscheiden auf allen politischen Ebenen entgegengewirkt werden (NPD 2010: 7). Die Nationaldemokraten greifen in ihrem Parteiprogramm als Begründung dafür, dass die Rechte der Völker verletzt seien, das nicht vom Volk legitimierte Grundgesetz der BRD wieder auf (s. 3.1) (NPD 2010: 13). Parlamente und Parteien an sich wären im angestrebten Modell der Nationaldemokraten überflüssig, da der Präsident den direkt artikulierten Volkswillen umsetzen soll (Wölk 2008: 40f.). „Plebiszitäres Präsidialsystem“ ist die gewählte Selbstbezeichnung der Partei für ihre angestrebten Veränderungen (NPD 2013c).

Auch in Bezug auf die europäische Ebene hält die NPD an der Idee der Volksgemeinschaft fest. Anstelle des „EU-Europas“ soll ein „Europa der Völker“ treten (NPD 2010: 13). Was sich genau hinter dem Konzept verbirgt, bleibt im Parteiprogramm recht vage formuliert. Konkret

niedergeschrieben sind dort nur vier Kennzeichen, auf denen die Neuordnung Europas aus Sicht der NPD aufbauen soll: Erstens das Bekenntnis zur abendländischen Kultur, zweitens nationalstaatliche Ordnungsprinzipien, drittens das Bekenntnis zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker²³ und viertens die Volkszugehörigkeit (NPD 2010: 13). Diese Merkmale sind ohne wesentliche Änderungen auch in das Europaprogramm der Partei übernommen worden (NPD-Vorstand 2014: 7). Auch hier ist davon auszugehen, dass der Begriff des Volkes und der Volkszugehörigkeit auf biologisch-vererbare Kriterien zurückgeführt wird, die bereits in Abschnitt 3.2.1 kritisch reflektiert wurden. Die NPD bemängelt auf europäischer Ebene das Demokratiedefizit²⁴ der EU, ohne dieses jedoch konkret auszuführen (NPD 2010: 13). Grundsätzlich sind die Nationaldemokraten nicht mit der Verschiebung von Kompetenzen in Richtung der EU einverstanden und lehnen den Vertrag von Lissabon ab (NPD 2010: 13). Das Abtreten von Gesetzgebungskompetenzen an die Europäische Union habe der Meinung der Nationaldemokraten folgend „zur Aufgabe nationaler Souveränität geführt“ (NPD 2010: 13). Allerdings möchten die Nationaldemokraten genau diese nationale Souveränität wiederherstellen und stärken (NPD-Vorstand 2014: 7). Die vorgestellten Merkmale des „Europas der Völker“ werden in der Analyse der Parteiprogramme erneut aufgegriffen sowie vertiefend dargestellt und im Anschluss mit den Merkmalen des Intergouvernementalismus und der Politik von Charles de Gaulle verglichen.

So betont die NPD, sich gegen Liberalismus und den in ihren Augen identischen Parlamentarismus zu richten, nicht aber anti-demokratisch zu sein, da die neue Volksgemeinschaft als Grundlage des Wandels auf demokratischem Wege entstehen solle (NPD 2013c). Gideon Botsch (2008: 44) sieht in diesem Bekenntnis zur Demokratie nur eine

²³ Die NPD instrumentalisiert dabei einige Grundsätze der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), die das Selbstbestimmungsrecht der Völker spezifizieren. In der Erklärung der UNO heißt es z.B. „Kein Staat und keine Staatengruppe hat das Recht, unmittelbar oder mittelbar, gleichviel aus welchem Grund, in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen.“ (UNO-Generalversammlung 1970: 5) Dieser Grundsatz wird von der NPD herangezogen, um die internationalen Interventionseinsätze der Bundeswehr zu kritisieren (NPD-Vorstand 2013: 67).

²⁴ Das Demokratiedefizit der EU ist vor allem durch eine Dichotomie zwischen der starken Stellung des Rates und der vergleichsweise schwächeren Stellung des Europäischen Parlaments gekennzeichnet. Zwar sind das Europäische Parlament sowie die Mitwirkung der nationalen Parlamente seit dem Vertrag von Amsterdam sukzessiv gestärkt wurden, aber der Rat hat dennoch weitreichendere Befugnisse. Demokratische Anpassungen haben jedoch in den Bereichen der Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger stattgefunden, sodass eine demokratische Basis durchaus vorhanden ist und mit der nächsten Vertragsänderung ausgebaut werden könnte (Bergmann 2012: 209ff.).

Strategie der NPD, ihren Status als Partei nicht zu verlieren, da dieser den Nationaldemokraten für die Verbreitung ihrer Vorstellungen und die Außendarstellung von Nutzen ist. Weiterhin charakterisiert er die Partei als „Fundamentalopposition“, die sich nicht real am demokratischen Verfassungsstaat beteiligen will, sondern ein „rein instrumentales Verhältnis“ zu diesem habe (Botsch 2008: 44).

3.3 Strategie der NPD seit 1996

Die aktuelle Strategie der NPD ist maßgeblich von deren ehemaligem Parteivorsitzenden und aktuellem Europaparlamentsmitglied Udo Voigt entwickelt worden. Diese Neuorientierung war notwendig, da die Partei die sogenannte Aufhebung der "Unvereinbarkeitsbeschlüsse"²⁵ verabschiedete und dem daraus folgenden heterogenen Mitgliederzustrom in die Partei Rechnung tragen musste. Im Jahre 1998 erarbeiteten die Nationaldemokraten ein Strategiepapier, welches drei gleichrangige strategische Säulen benennt (Brandstetter 2013: 294ff.). Die erste Säule steht für den „Kampf um die Köpfe“. Hinter diesem Konzept verbergen sich gleich drei Ideen. Erstens sollen mehr Personen für die Partearbeit der NPD gewonnen werden. Zweitens möchte sich die Partei in der Mitte der Gesellschaft etablieren.²⁶ Drittens sollen die NPD-Kader geschult werden, um im Alltag die Forderungen der Partei argumentativ und mit Hintergrundwissen vertreten zu können sowie seriös und intellektuell in der Öffentlichkeit aufzutreten (Brandstetter 2013: 295ff.). Teil dieser dritten Idee ist auch die sogenannte „Wortergreifungsstrategie“. Dabei geht es um die bewusste Störung von Veranstaltungen ihrer politischen Gegner und die Nutzung der Diskussion um ihren eigenen Standpunkt zu verbreiten (Brandstetter 2013: 299).

„Die Wortergreifungsstrategie bietet nicht zuletzt die Möglichkeit, die Teile der NPD zu befriedigen, die eine Normalisierung der Partei vorantreiben wollen: Man zeigt Präsenz in öffentlichen Veranstaltungen und muss sich als Mitglied einer zugelassenen Partei nicht verstecken. Gleichzeitig kommt sie den Wünschen der freien Kräfte nach einer aktionsorientierten Form entgegen [...]“ (Schickert/Kemper 2008: 130f.).

²⁵ Die NPD hatte ursprünglich versucht, sich von neonationalsozialistischen Organisationen abzugrenzen und deren Mitglieder nicht in die Partei aufzunehmen. Kurz nach dem Amtsantritt von Udo Voigt wurde diese Abgrenzungsstrategie zugunsten einer aktiven Bündnispolitik verworfen (Brandstetter 2013: 294).

²⁶ Marc Brandstetter (2013: 297) führt dazu aus, dass die angestrebte Verwurzelung der NPD im Alltag der Menschen besonders in den fünf neuen Bundesländern Erfolge zeigt. Die Partei werde in einigen Schwerpunktregionen teilweise als „normale“ Partei wahrgenommen.

Insgesamt bewertet Marc Brandstetter den „Kampf um die Köpfe“ als kaum erfolgreich und wenig nachhaltig. Einige hochrangige Persönlichkeiten haben die Partei verlassen, anstatt neu hinzu zu kommen. Allerdings hat vor allem die Wortergreifungsstrategie dazu beigetragen, dass sich freie Kräfte (hier z.B. die rechtsextreme Jugendszene [Anmerkung der Autorin]) stärker mit der NPD vernetzt haben (Brandstetter 2013: 300). Die zweite Säule - auch „Kampf um die Straße“ - dient der Massenmobilisierung, sei es in Form von Demonstrationen oder als Veranstalter von Konzerten und Festen. Während Demonstrationen eher Mitglieder der rechtsextremistischen Szene erreichen und bei den Anhängern ein Gemeinschaftsgefühl im Kampf gegen die politischen Gegner vermitteln sollen, rufen diese Aktionen in der Bevölkerung Abwehr und zivilgesellschaftlichen Widerstand hervor (Brandstetter 2013: 302). Konzerte sind ebenfalls nur für den Mitglieder- und Sympathisantenkreis gedacht. Allerdings können sowohl Demonstrationen als auch Konzerte zur Vernetzung der internationalen rechtsextremistischen Szene beitragen. Nur das Ausrichten oder die Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen wie Sport- und Kinderfesten ermöglicht es der NPD, Eingang in den Alltag von Nicht-Mitgliedern zu erhalten. Die Wirkung dieser Säule ist demnach eher auf die Stärkung des inneren Zusammenhalts und weniger auf eine Außenwirkung über die Szene hinaus begrenzt (Brandstetter 2013: 302). Die dritte Säule ist gleichbedeutend mit dem „Kampf um die Parlamente“, die eine verstärkte Teilnahme an Wahlen und das Gewinnen von Mandaten zum Ziel hat. Obwohl die NPD, wie bereits erläutert, das bestehende System der parlamentarischen Demokratie ablehnt und ein „volksnäheres“ System befürwortet, spricht sie sich in diesem Punkt klar für die Kandidatur in Wahlen aus. Die angeführten Begründungen der Partei, warum sie dennoch an Wahlen teilnimmt, zeigt ein Dilemma, in dem sich die NPD befindet. Marc Brandstetter (2013: 303) gibt die Gründe wie folgt wider: Wenn die Nationaldemokraten nicht teilnehmen würden, könnte die NPD und ihr Programm von der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden und eine wichtige finanzielle Einnahmequelle²⁷ der Partei würde wegfallen (Brandstetter 2013: 303). Eine vierte Säule, der „Kampf um den organisatorischen Willen“, kam erst auf dem Bundesparteitag 2004 hinzu. Ziel der NPD ist es, „sämtliche

²⁷ Die staatliche Teilfinanzierung von Parteien ist im Gesetz über die politischen Parteien (PartG) im vierten Abschnitt geregelt. Die NPD hat aufgrund ihrer Wahlerfolge z.B. in der Europawahl 2014 Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung, da sie über 0,5% der abgegeben gültigen Stimmen erreichte (§18 Abs. 4 PartG). Dieses Geld benötigt die Partei nicht nur um ihren Wahlkampf zu refinanzieren, sondern auch um ihre parteiliche Infrastruktur aufzubauen bzw. zu erweitern (Brandstetter 2013: 303).

parteigebundene und ungebundene Kräfte aus dem rechtsextremen Spektrum“ zu bündeln (Bringt/Begrich 2008: 60). Die REP lehnte eine Zusammenarbeit mit der NPD ab, aber die DVU stand einer Kooperation offener gegenüber. Im Jahre 2005 schloss die NPD mit der DVU den sogenannten „Deutschlandpakt“. Diese Vereinbarung führte allerdings nicht zu den gewünschten Ergebnissen und wurde vorzeitig von der NPD beendet (Brandstetter 2013: 307ff.). Von dem Zusammenschluss mit ungebundenen Kräften aus der Neonaziszene erhofften sich laut Brandstetter beide Seiten Vorteile: Die NPD wollte ihre Mitgliederanzahl erhöhen und die Verbindungen der Szene nutzen. Die Neonazis versprachen sich vor allem einen Schutz gegen staatliche Repressionen (Brandstetter 2013: 313f.). Aber auch diese Strategie ging nicht wie geplant auf. In der NPD wurden Stimmen laut, dass die Neonazis zu radikal seien und ein schlechtes Licht auf die Partei werfen würden. Daneben beklagten die Neonazis, dass sie z.B. bei Demonstration nicht ausreichend von der NPD unterstützt würden und diese insgesamt einen zu „bürgerlichen“ Kurs betreiben würde (Brandstetter 2013: 314ff.). Als Folge dieser vierten Strategiesäule setzten sich in einigen Bundesländern und kleineren Gebieten die eher gemäßigeren Kräfte innerhalb des Bündnisses durch, während in anderen die radikaleren die Oberhand gewannen (Brandstetter 2013: 314f.). Diese Spaltung verläuft ebenfalls mitten durch die NPD, wobei sich je nachdem wer den Parteivorsitz innehat, der radikalere oder der gemäßigtere Flügel zumindest in der Ausrichtung sowie der Außenwirkung der Partei durchsetzt (Brandstetter 2013: 321ff.). Deshalb fällt Brandstetters Einschätzung der Kooperation eher negativ aus.

„Zu keinem Zeitpunkt konnte die Partei alle zahlenmäßigen relevanten Strömungen der nicht parteilich organisierten extrem Rechten einbinden. Von Beginn an krankte das Konzept daran, dass die Führung nicht definiert war und sich beide Seiten gegenseitig zu instrumentalisieren versuchten“ (Brandstetter 2013: 319).

3.4 Europa als Thema der NPD?

Die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament dient hier als ein Indiz, wann die Europäische Union und generell Europa in den Fokus der NPD rückte. Während die Partei im Jahre 1979 die Teilnahme an den Europawahlen aus Prinzip abgelehnt hatte, entschlossen sie sich 1984 zum ersten Mal in der Geschichte der Partei zu kandidieren (Brandstetter 2013:

75). Die NPD gewann fast 200.000 der abgegebenen Stimmen und damit 0,8% (Bundeswahlleiter 2014b: 1). An der darauffolgenden Europawahl sowie der von 2009 nahm die NPD aufgrund der Kooperation mit der DVU nicht teil. Unter Günter Deckert erreichte die NPD im Jahre 1994 0,2% (Bundeswahlleiter 2014b: 2) und damit ihr schlechtestes Resultat bei Europawahlen überhaupt (Bundeswahlleiter 2014b). Dieses Ergebnis konnte bei der nächsten Europawahl - hier bereits mit Udo Voigt als Vorsitzenden - verdoppelt werden (Bundeswahlleiter 2014b: 3). Erst im Jahr 2004 gelang es der Partei mit einem Endergebnis von 0,9%, die erforderlichen 0,5% für eine staatliche Teilfinanzierung zu überschreiten (Bundeswahlleiter 2014b: 3). Da bis 2013 eine Drei-Prozent-Sperrklausel für den Einzug von Europaabgeordneten ins Europäische Parlament galt, gelang es der NPD zu keinem Zeitpunkt sich offiziell an der Willensbildung im europäischen Parlament zu beteiligen. Erst mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2014, welches die Sperrklausel für nichtig erklärte (BVerfG 2014), konnte die NPD im Jahr 2014 erstmals mit einem Abgeordneten ins Europaparlament einziehen (Bundeswahlleiter 2014b).

Ein Hinweis darauf, dass die Europawahlen und damit auch die Thematik Europa von den Nationaldemokraten als weniger wichtig eingestuft wurden, könnte der zweimalige Verzicht der NPD an diesen Wahlen zugunsten der DVU sein. Allerdings beschäftigt sich die NPD bereits in den von Theo Stammen bereitgestellten Auszügen des ersten Parteiprogramms von 1967 mit dem Thema Europa, vor allem aber mit dessen räumlicher Gliederung in Form von Grenzziehungen. Die Nationalisten kritisieren 1967 einerseits die Teilung Deutschlands, andererseits den in ihren Augen hegemonialen Einfluss der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sowohl in Deutschland als auch in Europa (Stammen 1975: 284). Allerdings sind die Forderungen mit Bedacht formuliert und lassen nur zwischen den Zeilen erahnen, dass die NPD eine Revision der Grenzverträge fordert und sich gänzlich von den Einflussmöglichkeiten der Siegermächte befreien möchte. Im Programm heißt es dazu u.a.: „Die Verfremdung kann nur überwunden werden, wenn Europa und Deutschland zu ihrem ursprünglichen Charakter zurückfinden [...]“ (Stammen 1975: 284). Erst an späterer Stelle werden die Nationalisten konkreter und formulieren den expliziten Anspruch der BRD auf Ostdeutschland und das Sudetenland (Stammen 1975: 292). Mit der Wiedervereinigung Deutschlands erfüllte sich eine der räumlichen Forderungen der NPD. Allerdings genügt das der Partei nicht, denn sie hält auch heute noch an der Revision der Grenzverträge nach dem

Zweiten Weltkrieg fest und formuliert diese eindeutig im aktuellen Parteiprogramm. „In Übereinkunft mit dem Völkerrecht fordern wir eine Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen. Hierzu ist im Rahmen einer europäischen Friedensordnung ein Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs abzuschließen“ (NPD 2010: 14). Mit der Forderung nach einem neuen Friedensvertrag stellen die Nationaldemokraten die im *Gesetz zu dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland* festgeschriebene Grenzregelung in Frage, welche am 12. September 1990 in Moskau von Vertretern der vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs sowie den jeweiligen Außenministern der BRD und der DDR unterzeichnet wurde. In Artikel 1 Abs. 5 dieser Erklärung heißt es:

„Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland bestätigt wird“ (Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 1 Abs. 5).

Mit dieser Forderung verletzen die Nationaldemokraten Artikel 1 Abs. 3 dieses Vertrages, da sie aufgrund ihrer Vorstellung nach der „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014) Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten erheben, was laut des Vertrages ausdrücklich untersagt ist (Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 1 Abs. 3). Welche Ideen die NPD noch von und für Europa hat, sollen detailliert im nächsten Kapitel herausgearbeitet werden. An dieser Stelle kann aber festgehalten werden, dass sich die NPD zumindest außenpolitisch seit ihrem ersten Parteiprogramm mit Europa beschäftigte, obwohl der Fokus damals auf den Grenzen Deutschlands lag.

4 Die Analyse des europa-politischen Standpunktes der NPD

Dieses Kapitel bildet das Kernstück der vorliegenden Arbeit, da hier die konkrete Auseinandersetzung mit den Programmen der NPD erfolgt. Diese hat zum Ziel, den europa-politischen Standpunkt der Partei anhand von drei Themenbereichen zu erläutern, wobei der Fokus auf der nationaldemokratischen Auffassung zu Europa und der Europäischen Union liegt. Darüber hinaus werden die Forderungen der Partei in Bezug auf Wirtschafts- und Außenpolitik mit dem Konzept des Intergouvernementalismus verglichen, um die erste These der Arbeit zu beantworten. Die zweite These, ob die NPD die Europäisierung ablehnt oder nicht, soll vor allem durch die Interpretation der verwendeten Sprache innerhalb der Programme herausgearbeitet werden. Zuerst wird das zugrundeliegende Forschungsprogramm generell erklärt und daran anschließend das konkrete Vorgehen in dieser Arbeit erläutert. Danach erfolgt ein erster Vergleich der beiden Wahlprogramme und des Parteiprogrammes nach den Kriterien Aufbau, Inhalt und Sprache, der im Anschluss in der detaillierten Analyse der gewählten Themen vertieft wird. Abschließend werden die europa-politischen Forderungen der NPD noch einmal zusammengefasst dargestellt.

4.1 Forschungsdesign

Die ausgewählten Parteidokumente sollen im Folgenden in Anlehnung an die von Reiner Keller entwickelte wissenssoziologische Diskursanalyse bearbeitet werden. Er versteht darunter eine Forschungsperspektive aber keine spezifische Methode, die Diskurse zum Forschungsgegenstand hat (Keller 2006: 129). Keller fasst das Ziel der Analyse wie folgt zusammen:

„[...] Prozesse der sozialen Konstruktion, Objektivation, Kommunikation und Legitimation von Sinn-, d.h. Deutungs- und Handlungsstrukturen auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. sozialen (kollektiven) Akteuren zu rekonstruieren und die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse zu analysieren“ (Keller 2006: 115).

In der Zielsetzung Kellers wird deutlich, dass seine Diskursanalyse über die rein sprachlich oder zeichenförmige Analyse - hier der Programme der NPD - hinausgeht. Sie widmet sich auch Fragen außerhalb des Textes wie: Wer ist als Akteur am Diskurs beteiligt, in welchem Kontext entstand dieser und welche anderen Prozesse haben und hatten Einfluss auf die Entwicklung des Diskurses (Keller 2004: 65)? Erst die Verbindung von sprachlichen und nicht-sprachlichen Komponenten macht es möglich, die im Diskurs präsentierten Zusammenhänge und deren gesellschaftliche Wirkungen zu erfassen. Die Grundannahme der Forschungsperspektive ist, dass Wissen nicht auf einem angeborenem Kategoriensystem beruht, sondern Wissen und Bedeutungszusammenhänge erst mithilfe von Diskursen produziert werden (Keller 2004: 57). Unter Diskurs versteht Keller:

„eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden soll“ (Keller 2011: 234).

Die Abgrenzung eines Diskurses kann z.B. auf Grundlage des behandelten Themas oder der entsprechenden gesellschaftlichen Disziplin - hier der Politik - erfolgen. Die im Diskurs enthaltenen Bedeutungszuschreibungen haben einen relativ dauerhaften Charakter, sind sozial konstruiert sowie zeitlich an Regeln gebunden. Innerhalb von Diskursen werden diese Bedeutungsarrangements von den beteiligten Akteuren produziert, reproduziert und teilweise modifiziert (Keller 2006: 130f.). Grundsätzlich verknüpft Keller in der wissenssoziologischen Diskursanalyse zwei Perspektiven der Diskursforschung miteinander. Er knüpft an die von Peter Berger und Thomas Luckmann entwickelte Theorie der Wissenssoziologie an, kritisiert aber den von beiden Autoren gewählten Fokus auf Alltagswissen, welches nach deren Meinung ausschließlich untersucht werden soll. Stattdessen geht Keller davon aus, dass auch Expertenwissen z.B. aus Spezialdiskursen mit politischen Fachthemen Eingang ins Alltagswissen des Einzelnen findet und daher ebenfalls einbezogen werden sollte (Keller 2006: 122f.). Im Folgenden erweitert Reiner Keller die Grundideen aus der Wissenssoziologie von Berger und Luckmann mit den Erkenntnissen von Michel Foucault. Dieser wies in seinen Arbeiten auf die Bedeutung von Praktiken und Machtgefüge im Prozess der Wissenszirkulation hin, welche Keller bei der angestrebten Rekonstruktion von Deutungs- und Handlungsmustern mitberücksichtigt (Keller 2004: 56ff.).

Bevor die einzelnen Analyseschritte näher beschrieben werden, sollen einige wichtige Grundbegriffe der Diskursforschung nach dem Verständnis von Keller kurz erläutert werden. Die bereits mehrfach angesprochenen Praktiken können entweder diskursiver oder nicht-diskursiver Art sein. Darunter versteht Keller bestimmte Handlungsmuster, die einem Diskurs mehr oder weniger zurechenbar sind. Im religiösen Bereich existieren beispielsweise neben der Predigt als diskursive Praktik auch Gesten und besondere Kleidung, die nicht-sprachlicher Art sind, wobei beide innerhalb des Diskurses eine Rolle spielen (Keller 2004: 62). Weiterhin ist es für Keller wichtig herauszuarbeiten, wer innerhalb eines Diskurses die Befugnis hat zu sprechen. Diese einzelnen oder kollektiven Akteure verfügen über den Zugang zu bestimmten Ressourcen, die ihnen wiederum erlauben, ihren Beitrag zum spezifischen Diskurs zu leisten. Diesen Beiträgen liegen bestimmte Regeln zugrunde, was und wie Äußerungen formuliert werden dürfen (Keller 2004: 62f.). Im Unterpunkt 2.2.3 ist diese Macht von Diskursen in Form von Regeln von Link und Link-Heer bereits beschrieben worden. Innerhalb des politischen Diskurses sind es beispielsweise hauptsächlich die Politiker der einzelnen Parteien, die mit ihren Äußerungen Einfluss auf den Diskurs nehmen können. Der einzelne Bürger - auch Adressat oder Publikum des Diskurses - kann den Diskurs zwar rezipieren und sich seine Meinung bilden, hat aber aufgrund seines eingeschränkten Ressourcenzugangs als Nicht-Politiker keine Befugnis aktiv an einer Debatte im Bundestag teilzunehmen.

Den Abschluss der Grundbegriffe der wissenssoziologischen Diskursanalyse bildet die von Keller in Anlehnung an Foucault vorgenommene Unterscheidung zwischen Aussage und Äußerungen. Äußerungen sind konkrete, sprachlich realisierte und einem bestimmten Diskurs zugeordnete, in irgendeiner Weise dokumentierte Inhalte. Eine Aussage ist dagegen eine einzelne Sprachsequenz innerhalb einer Äußerung, die eine typische Gestalt aufweist. Die gleiche Aussage kann also in unterschiedlichen Äußerungen mit abweichendem Kontext enthalten sein, aber ihr Grundmuster ändert sich nicht (Keller 2011: 234ff.). Innerhalb der Diskursanalyse geht es nicht darum, alle einzeln getroffenen Äußerungen aufzuzählen, sondern die generellen und strukturellen Zusammenhänge der einem Diskurs zugehörigen Aussagereignisse aufzudecken (Keller 2011: 236).

4.1.1 Vorgehen

Eine wissenssoziologische Diskursanalyse beginnt mit der Festlegung des zu untersuchenden Wissens- und Diskursfeldes (Keller 2004: 81). Da die angestrebte Analyse den Fokus auf die NPD als Akteur des Diskurses legt, werden ausschließlich Dokumente dieser Partei zur Untersuchung herangezogen. Um die gewählten Fragestellungen nach dem europapolitischen Profil der Partei und der angestrebten Ordnung Europas im Sinne eines „Europas der Völker“ beantworten zu können, mussten im gewählten Datenmaterial die Positionierung der Partei zu Europa und den europäischen Politiken sowie Äußerungen zum „Europa der Völker“ enthalten sein. Daher stützt sich der Datenkorpus im Wesentlichen auf die im Punkt 4.2 noch ausführlicher erläuterten drei Programme der Partei. Fremdaussagen von Experten fließen nur in Form von Kommentaren und Wertungen des Standpunktes der NPD zu Europa ein, stehen aber aufgrund der übergeordneten Fragestellung der Arbeit nicht im Vordergrund. Das Parteiprogramm sowie das Bundestags- und Europawahlprogramm der Partei wurden einerseits aufgrund ihrer Aktualität, andererseits wegen der einfachen und generellen Verfügbarkeit des Materials im Internet ausgewählt. Der Zugang zu parteiinternen Dokumenten, speziellen Internetforen oder die Teilnahme an Parteitagen der NPD, die ebenfalls Aufschluss über den europapolitischen Standpunkt liefern könnten, ist Nicht-Parteimitgliedern aufgrund der Ressourcenbeschränkung nicht möglich und kann deshalb an dieser Stelle keinen Eingang in die Analyse finden.

Innerhalb der Programme wurde eine weitere Eingrenzung des Materials vorgenommen. Nur drei ausgewählte Themenkomplexe, die in allen Programmen mehr oder weniger intensiv behandelt werden, sollen im Folgenden herangezogen werden, um die Frage nach dem europapolitischen Profil zu beantworten. Die Auswahl der Themen hängt mit den eingangs formulierten Thesen zusammen. Allgemeine Aussagen zur Europäisierung und zur Europäischen Integration (s. 4.3.1) sollen im ersten Themenkomplex erfasst werden. Um die erste These, dass die Nationaldemokraten in der Europäischen Integration eine intergouvernemental geprägte Lösung anstreben zu bekräftigen oder zu widerlegen, sind neben den allgemeinen Aussagen auch die Vorstellungen der Partei hinsichtlich der Wirtschafts- und Außenpolitik notwendig. Die in der zweiten These angenommene negative Haltung der NPD zum Prozess der Europäisierung soll vor allem durch die Interpretation der

sprachlichen Formulierungen des von der NPD geführten Diskurses zu und über Europa in den Programmen dargestellt werden. Ursprünglich sollten in den Programmen keine Themenbereiche ausgewählt, sondern der gesamte Korpus nur auf die Schlüsselwörter: EU- (Europa), Volk, Europäische Integration und (National-)Staat hin untersucht werden. Diese Herangehensweise erwies sich allerdings als wenig zielführend, denn allein im Parteiprogramm der NPD tritt das Wort Volk, ob einzeln oder in Wortzusammensetzungen, derart häufig auf, dass sich die Suche nach den Schlüsselwörtern allein für die Selektion des Datenmaterials als nicht hilfreich herausstellte. Daher wurden nachträglich und im Einklang mit den aufgestellten Thesen bestimmte Themenkomplexe ausgewählt und die Ergebnisse der Schlüsselwortsuche nur ergänzend zur Analyse hinzugezogen.

Nachdem nun das Forschungsfeld und der Datenkorpus eingegrenzt sind und diese Einschränkung begründet wurde, kann mit der Feinanalyse der Daten begonnen werden. In diesem Zusammenhang weist Keller noch auf die Gefahr hin, Daten unreflektiert miteinander zu vergleichen (Keller 2004: 87). Deshalb wird im Unterpunkt 4.2 dieser Arbeit ausdrücklich auf den Unterschied zwischen einem Partei- und einem Wahlprogramm hingewiesen und die Auswirkungen dieses Unterschieds auch im darauffolgenden Unterpunkt des Vergleiches mitberücksichtigt. Die Feinanalyse wird von Keller als „interpretativer Akt“ (2004: 87) bezeichnet, bei dem nur die ausgewählten Daten des Korpus einbezogen werden - in diesem Fall nur die drei begründeten Themenkomplexe -. Diese beginnt mit dem mehrmaligen Lesen der Dokumente und der Paraphrasierung der Äußerungen. Dazu kommt die Kontextanalyse, die analytische Einteilung der Dokumente mit anschließender tiefgehender Interpretation, sowie eine Zusammenfassung, welche die enthaltenen Bedeutungszuschreibungen und die zugrundeliegenden Praktiken und Regeln aufdeckt (Keller 2004: 93ff.).

Innerhalb der Kontextanalyse sollen die Fragen, nach dem „wer wie wo und für wen eine Aussage produziert“ wurde, beantwortet werden (Keller 2004: 95). Da die NPD den Status einer Partei besitzt, ist sie nach Artikel 1 Abs. 3 PartG dazu verpflichtet, ihre Ziele in politischen Programmen niederzuschreiben. Außerdem ist es für Parteien notwendig, ein schriftliches Programm sowie eine schriftliche Satzung vorzuweisen (Artikel 6 Abs. 1 PartG) und dem Bundeswahlleiter mitzuteilen (Artikel 6 Abs. 3 PartG). Die beiden Wahlprogramme entstanden jeweils kurz vor der entsprechenden Bundestags- bzw. Europawahl und richten

sich an die potenziellen Wähler der NPD. Herausgegeben wurden die Programme vom jeweiligen, zu dieser Zeit aktuellen Parteivorstand. Zur Bundestagswahl 2013 waren insgesamt 34 Parteien und politische Vereinigungen vom Bundeswahlleiter zur Wahl zugelassen worden (Bundeswahlleiter 2013). Ein kurzes Parteiprofil der NPD stellt die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) bereit (Kailitz 2013). Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, die Thesen der NPD im Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl mit denen von 27 anderen Parteien, die die entsprechenden Fragen beantwortet hatten, zu vergleichen (bpb 2013). Ähnlich verhielt es sich mit der Europawahl im Jahr 2014. Bei der Landeszentrale für politische Bildung (lpb) Baden-Württemberg ist eine vollständige Liste aller 25 zur Wahl zugelassenen Parteien einsehbar und mit den entsprechenden Wahlprogrammen und anderen Programmen verlinkt (lpb Baden-Württemberg 2014). Eine vergleichende Aufarbeitung der Forderungen mit anderen Parteien bot z.B. die Konrad Adenauer Stiftung an (Fislage/Lange/Saetzler 2014). Der Hintergrund der Verabschiedung des Parteiprogramms von 2010 wird ausführlicher in Abschnitt 4.2 dargestellt. Dieses stellt das parteiinterne Grundsatzprogramm der NPD dar und wurde auf dem Bundesparteitag vom 4. und 5. Juni 2010 in Bamberg von den anwesenden Funktionsträgern und einfachen Mitgliedern beschlossen. Alle drei Programme sind oder waren auf der Internetseite der NPD und bei Google abrufbar²⁸.

Um die inhaltliche Strukturierung des gewählten Diskurses erfassen und interpretieren zu können, unterscheidet Keller (2011: 240) vier relevante Kategorien: Die Deutungsmuster, die Klassifikationen, die Phänomenstrukturen und die narrativen Strukturen. „Deutungsmuster organisieren individuelle bzw. kollektive Erfahrungen und sie implizieren meist Vorstellungen (Modelle) angemessenen Handelns“ (Keller 2011: 240). Einige dieser Aussagen zu zugrundeliegenden Deutungsmustern der NPD wurden bereits im Kapitel 3 mit dem Volksverständnis und der Rasseideologie der Partei vorgestellt. Jene Muster legt die NPD wie eine Art Schablone auf gesellschaftliche Ereignisse, interpretiert diese aus ihrer Perspektive und zieht dann schriftlich in Programmen bzw. verbal in Reden die Konsequenzen. Kategorien wie: wer ist nach dem zugrundeliegenden Muster der Problemverursacher, welche Folgen entstehen aus der konkreten Situation und wie ist die Eigen- und Fremdpositionierung zu dem Thema, spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle

²⁸ Das Parteiprogramm sowie das Europawahlprogramm sind auf der Internetseite der NPD verlinkt. Alle drei Programme können bei Google unter dem entsprechenden Namen abgerufen werden. Stand September 2014.

(Keller 2004: 105) und sollen auch in die Analyse der Programme einfließen. Hingegen sind Klassifikationen eng mit der verwendeten Sprache verbunden und in der anschließenden Diskursanalyse besonders für die Beantwortung der zweiten These relevant. Entscheidet sich ein Akteur eine sprachliche Äußerung zu treffen, schließt er damit automatisch andere Möglichkeiten aus und konstruiert seine spezifische Wirklichkeit (Keller 2011: 244). Durch Klassifikationen wird es möglich, Phänomene als gut oder böse zu bewerten. Außerdem kann die Identität von Personen als zu einer Gruppe zugehörig oder als fremd konstruiert werden (Keller 2004: 98; Keller 2011: 246f.). Die Einteilung der Nationaldemokraten in: „wir Nationaldemokraten“, „das deutsche Volk“ (NPD 2010: 5) und alle anderen wird in der konkreten Analyse mitberücksichtigt. Die Phänomenstruktur dient dazu, die angesprochenen unterschiedlichen Elemente und Dimensionen eines Themas zu benennen und diese in eine gewisse Abhängigkeitsstruktur zu setzen (Keller 2011: 248). Hier wird die Darstellung von Problemursachen, Lösungsansätzen aber auch die Eigen- und Fremdpositionierung zu einem Thema aufgearbeitet. Der letzte Schritt, die sogenannten narrativen Strukturen, konzentriert sich darauf, den „roten Faden“ im Aussageereignis zu rekonstruieren. Die einzelnen Äußerungen stehen nicht lose nebeneinander, sondern sind durch Erzählstrukturen - den roten Faden - miteinander verbunden. An dieser Stelle werden alle drei zuvor vorgestellten Strukturierungskategorien sinnvoll in Beziehung zueinander gesetzt (Keller 2011: 251ff.). Diese Verbindung soll sowohl in den einzelnen Analyse Themen als auch im Gliederungspunkt 5 dieser Arbeit erfolgen. Das europa-politische Profil der NPD mit den drei gewählten Facetten soll dargestellt und die zugrundeliegenden Bedeutungszusammenhänge aufbereitet werden. Die eben vorgestellten Kategorien zur inhaltlichen Strukturierung werden in der Analyse nicht explizit nacheinander abgearbeitet, sondern eher als ein Analyserahmen aufgefasst, an dem sich die Auseinandersetzung mit den Themen orientiert.

4.1.2 Auswahl des Fallbeispiels NPD

Sich in dieser Arbeit auf die NPD und deren europa-politisches Profil zu fokussieren, ergab sich aus verschiedenen Gründen. Zum ersten wurde die Partei aufgrund der Kontinuität ihrer Existenz und Parteiarbeit ausgewählt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1964 ist die NPD, trotz verhältnismäßig geringer und schwankender Wahlerfolge, durchgehend im rechten Spektrum der deutschen Parteienlandschaft aktiv. Damit zählt diese zu den ältesten Parteien

im besagten Bereich des Parteienspektrums der BRD, welche die politische Willensbildung im Land beeinflussen konnten und können. Konkurrenz hat die NPD u.a. von den Republikanern und der Alternative für Deutschland (AfD), wobei beide Parteien nicht auf eine solch lange Parteigeschichte zurückblicken können. Die REP wurde im Jahr 1983 (BMI 2006: 101) und die AfD 2013 (AfD 2013: 9) gegründet. Mit ihrem einstigen Kontrahenten um Wählerstimmen - der DVU - fusionierte die NPD in Jahre 2010. Nach einer längeren gerichtlichen Auseinandersetzung über die Verschmelzung löste sich die DVU im Mai 2012 als eigenständige Partei vollständig auf (BMI 2012: 96).

Zum zweiten ergab sich die Konzentration auf Europa aus der Aktualität der erst im Mai 2014 stattgefundenen Europawahl und der erfolgreichen Kandidatur der NPD. Bereits im Vorfeld der Wahlen erschienen in verschiedenen Medien Berichte, dass mit Erfolgen von Parteien aus dem rechten Parteienspektrum bei der Europawahl zu rechnen sei. Ein Artikel der Zeit Online vom Februar 2014 war beispielsweise mit dem Titel *Europas Angst vor den Rechten* überschrieben und handelte u.a. von der Gefahr, dass im neuen Europaparlament mehr extremistische und populistische Kräfte als bisher vertreten seien könnten und dieses fragmentieren würden (Tatje 2014). Diese Befürchtungen bewahrheiten sich dahingehend, dass nicht nur die NPD sondern auch andere Parteien - wie die französische Front National oder die britische United Kingdom Independence Party - Sitze im Parlament errangen (s. 1). Sich gezielt mit dem europa-politischen Profil der Partei auseinanderzusetzen, ist eine direkte Folge der Beteiligung der NPD am Europäischen Parlament. Zwar kann die Partei mit einem Abgeordneten keinen maßgeblichen Einfluss auf Entscheidungen des Europäischen Parlaments nehmen, aber die Analyse ihres generellen Standpunktes zur Europäischen Union und deren Politiken stellt dennoch einen Teil der im EP und von den Unionsbürgern vertretenen Meinungen dar. Die detaillierte Untersuchung, welchen konkreten Forderungen 301.139 Bundesbürger mit der Wahl der NPD in der Europawahl 2014 zugestimmt haben (Bundeswahlleiter 2014a), ist daher lohnenswert. Allerdings können nur die expliziten Zielsetzungen und Maßnahmenvorschläge aus den Programmen herausgearbeitet und in ihrem Kontext und der Weltsicht der NPD verortet werden. Ob sich die Wähler tatsächlich aufgrund der Programme oder aus anderen Beweggründen für die NPD entschieden haben, kann nicht überprüft werden und ist daher auch nicht Gegenstand dieser Arbeit.

4.2 Vergleichende Auseinandersetzung mit den Programmen

Bevor die inhaltliche Strukturierung beschrieben wird, wird die prinzipielle Unterscheidung zwischen Partei- und Wahlprogramm näher erläutert, um die Gefahr des unreflektierten Umgangs mit dem Datenmaterial zu beheben. Grundsätzlich ist das Parteiprogramm der NPD *Arbeit. Familie. Vaterland.* (NPD 2010) als eine Art Grundsatzprogramm zu verstehen. Die darin enthaltenen Forderungen spiegeln die generelle Haltung der Partei zu einzelnen Themenbereichen wider und haben einen langfristigen Charakter (von Alemann 2010: 182). Dagegen werden Wahlprogramme wie in diesem Fall *Natürlich Deutsch. Das Programm zur Bundestagswahl 2013* (NPD-Parteivorstand 2013) oder *Europa wählt rechts. Das Europaprogramm der NPD* (NPD-Parteivorstand 2014) in Anlehnung an das Parteiprogramm speziell für die bevorstehende Wahl entwickelt. Die darin enthaltenen Ziele geben ebenfalls die Positionierung der Partei wieder, sollen aber nach erfolgreicher Wahl kurz- bzw. mittelfristig umgesetzt werden (Schmidt 2010: 587). Es ist durchaus möglich, dass in Wahlprogrammen eine Themenauswahl aus dem Grundsatzprogramm getroffen wird, von der die Partei glaubt, dass diese für die potenziellen Wähler von großer Bedeutung ist. Um die Wähler mit dem Wahlprogramm von der eigenen Position zu überzeugen, werden aktuelle Fragen aufgegriffen wie, z.B. im Europaprogramm der NPD „die Euro-, Banken- und Schuldenkrise“ (NPD-Parteivorstand 2014: 23) und der entsprechend eigene Lösungsansatz - in diesem Fall die „Rückabwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus“ sowie „die Auflösung der Europäischen Währungsunion“ (NPD-Parteivorstand 2014: 24) - präsentiert. Wahlprogramme weisen somit Bezüge zu im Vorfeld der Wahl bestehenden Problemen auf. Sie tragen so dazu bei, die grundsätzliche Leitlinie aus dem Parteiprogramm mit aktuellen Beispielen zu untermauern und die Aktualität der Forderungen im entsprechenden Kontext, sei es die Bundestags- oder Europawahl, zu unterstreichen (von Alemann 2010: 184ff.). Es ist daher notwendig, den erläuterten Unterschied zwischen Partei- und Wahlprogramm im Hinterkopf zu behalten, um die sich daraus ergebenden Differenzen im Vergleich der Programme erklärbar zu machen. Weiterhin ist der Kontext, in dem die Programme entwickelt wurden, von entscheidender Bedeutung für deren thematische und sprachliche Ausrichtung. So ist der Fokus auf die Politiken in der BRD für das Bundestagswahlprogramm ebenso wie die Aufbereitung des europäischen

Standpunktes der NPD im Europawahlkampf eine Folge der Anpassung des Parteiprogrammes an den jeweiligen Kontext. Das aktuelle Parteiprogramm entstand in der Amtszeit von Udo Voigt, als dieser sich in einem parteiinternen Machtkampf zu behaupten versuchte. Im Jahre 2009 stellten vor allem Holger Apfel und Jürgen Gansel - damals im Bundesvorstand der Partei - die taktisch-strategische Grundausrichtung der Partei in Frage und plädierten für den bereits vorgestellten „sächsischen Weg“. Gertrud Gleixner (2013: 87) zufolge warf u.a. Apfel dem Bundesvorstand eine „Politikunfähigkeit“ vor, die zur Stagnation geführt habe. Udo Voigt und seine Anhänger sahen im „sächsischen Weg“ dagegen eine „Systemanpassung“ (Gleixner 2013: 87). Udo Voigt versucht mit der Verabschiedung des neuen und aktuell gültigen Parteiprogrammes von 2010 die strategische Positionierung wieder zu klären. Die Abstimmung fiel nur knapp für das von Voigt favorisierte Programm aus, welches nach Wiedergabe von Gleixner (2013: 89) in nahezu allen Themenbereichen den Volksansatz (s. 3.2 und 3.2.1) vertritt (Gleixner 2013: 89). Dass sich die anschließende Diskursanalyse - wie eben dargestellt - auf zwei unterschiedliche Typen von Programmen stützt und die Programme in unterschiedlichen Kontexten entstanden sind, hat Auswirkungen auf den Aufbau, die Themen und die verwendete Sprache, die im Folgenden erläutert werden.

4.2.1 Aufbau

Während die Wahlprogramme mit einem Vorwort beginnen, werden zur Einleitung ins Parteiprogramm Grundgedanken der NPD formuliert. Darüber hinaus nutzt die Partei die Vorworte, um 2013 ihren amtierenden Parteivorstand Holger Apfel und 2014 ihren Spitzenkandidat Udo Voigt jeweils mit Foto vorzustellen und so ihre Programme in gewisser Weise zu personalisieren. Zusätzlich zum Vorwort enthält das Europaprogramm eine Präambel, in der die Nationaldemokraten sich selbst als Europäer bezeichnen und ihr Konzept des „Europas der Völker“ bereits kurz vorstellen (NPD-Parteivorstand 2014: 9ff.). Im Anschluss daran gliedern sich die Programme in die einzelnen Themengebiete (s. 4.2.2). Das Parteiprogramm ist in insgesamt neunzehn, das Bundestagswahlprogramm in zwölf und das Europawahlprogramm in acht Unterpunkte gegliedert. Hier zeigt sich, dass je nach Kontext eine Auswahl aus dem Parteiprogramm getroffen worden ist bzw. einzelne Unterpunkte miteinander verbunden worden sind.

Dass der Stellenwert einzelner Programmpunkte je nach Wahl angepasst wird, kann der Anordnung der Problemfelder entnommen werden. Während z.B. der Bereich Soziales im Parteiprogramm erst an siebter Stelle aufgelistet wird (NPD 2010: 10f.), steht dieser sowohl im Bundestagswahlprogramm (NPD-Parteivorstand 2013: 7ff.) als auch im Europawahlprogramm (NPD-Parteivorstand 2014: 13ff.) an erster Stelle. Die strategische Entscheidung, dieses Thema vorzuziehen, könnte in der Zeit des Bundestagswahlkampfes vom damals amtierenden Vorsitzenden Holger Apfel beeinflusst worden sein. Dieser stand, wie bereits ausgeführt, für die Strategie des „sächsischen Weges“, welche Soziales in den Vordergrund rücken wollte. Ähnlich verhält es sich auch mit dem Thema Europa. Dieses wird im Parteiprogramm hauptsächlich im Unterpunkt elf und zwölf (NPD 2010: 13f.) behandelt und auch im Bundestagswahlprogramm namentlich nur im elften Unterpunkt (NPD-Parteivorstand 2013: 63ff.) erwähnt. Dagegen werden im Europaprogramm alle Forderungen und Ziele der NPD im europäischen Kontext verortet und mit Beispielen verdeutlicht. Generell auffällig in der Bezeichnung der Themen ist, dass im Europaprogramm alle Hauptgliederungsebenen das Wort Europa enthalten. Währenddessen wird zumindest im ersten Teil des Parteiprogramms das Wort Volk häufig in den Überschriften verwendet.

Insgesamt ist die inhaltliche Strukturierung der beiden Wahlprogramme ähnlich. Nach der subjektiven Darstellung des Themas mit eigens gewählten aktuellen Beispielen folgt eine Zusammenfassung der Forderungen der NPD, welche sich durch einzelne Anstriche vor dem jeweiligen Vorschlag deutlich vom sonstigen Fließtext abheben. Im Bundestagswahlprogramm sind zusätzlich noch Schlagwörter und Wortgruppen farblich hinterlegt, die die Aufmerksamkeit des Lesers auf sich ziehen. Innerhalb des Europawahlprogrammes gibt es zwar keine markierten Textstellen, dafür aber für manche Themen eine Art Schaukasten, der den Kerngedanken des Abschnitts zusammenfasst. In beiden Programmen werden Bilder als unterstützendes Medium eingebunden. So ist im Europaprogramm bei der Bevölkerungs- und Familienpolitik z.B. ein junges Mädchen abgebildet, welches in die Kamera lächelt (NPD-Parteivorstand 2014: 16). Das Bundestagswahlprogramm bildet zwischen seinen Forderungen und Zielen auch Slogans der NPD ab. Zusätzlich stellt die Partei fünf Sympathisanten der Partei mit Namen und Alter vor und veröffentlicht zu jeder Person ein Statement, warum sie die NPD unterstützen. Dass unter den fünf Personen sowohl Männer als auch Frauen zwischen 23 und 63 Jahren mit unterschiedlichen Bedürfnissen vertreten sind, könnte als Hinweis der Partei gedeutet werden, die Interessen vieler Wähler vertreten zu können. Dagegen enthält das Parteiprogramm nur am äußeren rechten Rand Querverweise und Links auf weiterführende Organisationen und Dokumente, die meist ohne bildliche Unterstützung auskommen. Den Abschluss der Wahlprogramme bilden verschiedene Angebote der NPD, mit dieser in Kontakt zu treten, sei es z.B. per Telefon oder Internet, für die Partei zu spenden oder direkt einen Mitgliedsantrag auszufüllen. Dabei bedient sich die NPD aktueller medialer Möglichkeiten wie dem Einpflegen eines QR-Codes oder, im Fall des Europawahlprogramms, dem Hinweis auf die Facebook-Seite der Partei. Das Parteiprogramm endet hingegen einfach nach der letzten Forderung ohne weiterführende Informationsangebote. Die durchgehend stärkere mediale Unterstützung in den Wahlprogrammen gegenüber dem Parteiprogramm wird hier dahingehend gedeutet, dass die Aufmachung der Wahlprogramme die potenziellen Wähler ansprechen und überzeugen sollte.

4.2.2 Themen

Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt dargestellt, enthält das Parteiprogramm die meisten Gliederungspunkte, was aber nicht automatisch mit mehr Themen gleichgesetzt werden kann. Im Parteiprogramm werden die wirtschaftspolitischen Grundsätze beispielsweise in gleich drei Unterebenen behandelt, wobei die Wirtschaft allgemein, das Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“ und die Landwirtschaft in Verbindung mit dem Naturschutz jeweils einem eigenen Gliederungspunkt entsprechen. Im Bundestagswahlprogramm werden die wirtschaftlichen Themen dann nur noch in zwei, im Europawahlprogramm sogar nur in einem Gliederungspunkt zusammengefasst. Grundsätzlich erläutert das Parteiprogramm auch allgemeine Grundsätze und Werte der Partei z.B. bezüglich Volk und Familie, die in den Wahlprogrammen nicht explizit ausgeführt werden, aber in die dortigen Argumentationen verwoben sind. Themenkomplexe, die zumindest vom Namen in allen Programmen existieren, sind: Sozial-, Finanz-, Außen- und Sicherheits- und Wirtschaftspolitik wobei die inhaltliche Ausgestaltung und Zusammenfassung der Themen innerhalb eines Unterpunktes stark variieren kann. Die große Vielfalt der Themen hinter einem Oberbegriff soll hier exemplarisch am Themenkomplex Soziales verdeutlicht werden. Die Forderungen zu Sozialem im Parteiprogramm sind am allgemeinsten gehalten und gliedern sich in fünf Unterpunkte: das Solidaritätsprinzip, Ausgliederung der Ausländer aus dem Sozialversicherungswesen, allgemeiner Mindestlohn, beitragsgerechte Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherungssystem in staatlicher Hand (NPD 2010: 10f.), wovon sich die Wahlprogramme auf bestimmte Unterpunkte fokussieren. Beziehen sich die an den letzten Unterpunkt des Parteiprogramms anknüpfenden Ausführungen im Europawahlprogramm hauptsächlich auf die Wiederherstellung einer nationalen Sozialpolitik, die nicht an die europäische angeglichen werden sollte (NPD-Parteivorstand 2014: 14), greift das Bundeswahlprogramm die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und Einschränkung für Ausländer wieder auf (NPD-Parteivorstand 2014: 10). Diese Schwerpunktsetzung kann u.a. auf den Kontext der Wahlprogramme zurückgeführt werden. Das Bundestagswahlprogramm beinhaltet mit der Forderung, Arbeitsplätze zuerst mit deutschen Arbeitnehmern zu besetzen (NPD-Parteivorstand 2013: 10), einen Vorschlag, der im bestehenden europäischen Binnenmarkt durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit so nicht möglich ist und zudem eine Diskriminierung darstellt. Im Europawahlprogramm wählen die

Nationaldemokraten mit der Forderung nach einer nationalen Sozialpolitik die Hintertür, um diese diskriminierende Forderung nach Andersbehandlung von Nicht-Deutschen im Arbeitsmarkt umsetzen zu können. Nach der Rückführung der Sozialpolitik in nationale Zuständigkeit könnten sie diesen Vorschlag realisieren. Durch das Herausnehmen der konkreten Maßnahme scheinen die Nationaldemokraten, ihren Europawahlkampf moderater zu führen.

Es gibt einige Themen im Parteiprogramm der NPD, die in den Wahlprogrammen nicht oder nur ganz am Rand aufgegriffen werden. Dazu zählt vor allem der Umgang mit der Geschichte und den Folgen des Zweiten Weltkrieges. So streben die Nationalisten im Parteiprogramm nach einem „Deutschland innerhalb seiner geschichtlich gewachsen Grenzen“ und wollen einen neuen „Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges“ (NPD 2010: 14) vereinbaren, was faktisch die festgeschriebene Grenzregelung vom 12. September 1990 in Frage stellt (s. 3.4). Außerdem setzen sie sich für die Etablierung eines anderen Geschichtsbildes ein (NPD 2010: 14), welches u.a. in den Deutschen auch Opfer der alliierten Täter im Zweiten Weltkrieg sieht (NPD 2010: 18). Weiterhin sollte der 8. Mai 1945 ihrer Ansicht nach nicht als Tag der Befreiung gefeiert werden, sondern ist in ihren Augen ein Tag der „Niederlage und Besetzung unseres Landes“ (NPD 2010: 14). Marc Brandstetter (2007: 334) spricht an dieser Stelle davon, dass sich neonationalistische Tendenzen in den Programmen der NPD verfestigt haben. Allerdings hält er auch fest, dass die nationalsozialistische Ideologie zu Zeiten des Dritten Reiches nicht generell von der NPD übernommen worden ist. Dennoch ist das in Zweifel ziehen des etablierten Geschichtsbildes bezüglich des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges innerhalb der BRD für das Überzeugen von Wählern außerhalb der eigenen Reihen wohl eher wenig zuträglich und wird daher in den Wahlprogrammen weitestgehend ausgelassen. Dagegen besteht innerhalb der Partei ein Grundkonsens über diese Themen und Forderungen dieser Art können im Parteiprogramm innerhalb der gesetzlichen Grenzen frei formuliert werden.

4.2.3 Sprache

In diesem Unterpunkt sollen kurz einige sprachliche Auffälligkeiten aus den Programmen vorgestellt werden, wobei die genaue Feinanalyse und Interpretation erst im nächsten Kapitel vorgenommen wird. Alle drei Programme haben gemeinsam, dass verhältnismäßig

wenig Fach- und Fremdwörter im Fließtext verwendet werden. Nur im Zusammenhang mit dem Thema Finanzen verwenden die Nationaldemokraten in ihren Programmen die entsprechenden Fachbezeichnungen für Banken, Fonds etc. (NPD-Parteivorstand 2014: 19ff.; NPD-Parteivorstand 2014: 23f.). Sonst werden nur im Europawahlprogramm einige europäische Berichte, Verordnungen und Richtlinien konkret benannt (NPD-Parteivorstand 2014: 14/20). Ansonsten ist die Sprache aber recht einfach gehalten und die Sätze sind relativ kurz. An einigen Stellen bedienen sich die Nationaldemokraten auch umgangssprachlicher Wendungen wie „Pleitestaaten“ oder „Millionen berappen“ (NPD-Parteivorstand 2013: 25/43). Insgesamt neigt die NPD in ihren Formulierungen zu einer relativ bildhaften Sprache. Beispiele hierfür sind u.a. die Wendungen: „industrielles Ausbluten Deutschlands“ (NPD-Parteivorstand 2013: 32) oder „Milliarden an Volksvermögen verschlingt“ (NPD-Parteivorstand 2014: 23). Weiterhin zeichnet sich in allen Programmen die Tendenz ab, sich mithilfe von Anführungszeichen von bestimmten Begrifflichkeiten oder den momentan betriebenen Politiken zu distanzieren. Die Begriffe „multikulturell“ (NPD 2010: 5; NPD-Parteivorstand 2014: 30), „Integration“ (NPD-Parteivorstand 2013: 43; NPD-Parteivorstand 2014: 9) und „Europa“ (NPD 2010: 13; NPD-Parteivorstand 2013: 5; NPD-Parteivorstand 2014: 7) sind Beispiele hierfür, wobei diese nicht konsequent im gesamten Text in Anführungszeichen gesetzt sind. Bei einigen dieser Wendungen wird der Eindruck der Distanzierung durch das Attribut „sogenannte“ (NPD 2010: 6; NPD-Parteivorstand 2013: 25; NPD-Parteivorstand 2014: 29) zusätzlich verstärkt. Außerdem sind in allen Programmen eine Vielzahl an wertenden Adjektiven enthalten. Die Globalisierung der Wirtschaft beruhe nach Meinung der Nationalisten auf „überholten und falschen Zielen“ (NPD 2010: 9) und die EU sei „bürgerfern, anonym und intolerant“ (NPD-Parteivorstand 2014: 29).

Eine weitere Gemeinsamkeit der Programme ist die permanente sprachliche Abgrenzung des eigenen Standpunktes von dem der anderen. Das eher nach innen gerichtete Parteiprogramm arbeitet mit Formulierungen wie, dass die NPD als Partei etwas ablehnt (NPD 2010: 11), sich zu etwas bekennt (NPD 2010: 6) oder bestimmte Politiken fordert (NPD 2010: 18). Ähnliche Wendungen existierten auch in den Wahlprogrammen (NPD-Parteivorstand 2013: 16; NPD-Parteivorstand 2014: 30). Die Besonderheit dort ist, dass konkrete Maßnahmenvorschläge meist mit einer Art Formel eingeleitet werden. Ein Beispiel für solch eine Einleitung ist: „wir Nationaldemokraten treten dafür ein“ (NPD-Parteivorstand

2014: 18). Da diese auch noch optisch durch fettgedruckte Buchstaben vom Fließtext abgehoben wird, betont es sowohl die Forderungen an sich als auch die Eigenposition der Partei. Im Bundestagswahlprogramm werden die Forderungen der Partei immer mit der Phrase „daher fordert die NPD“ eingeleitet (NPD-Parteivorstand 2013: 10ff.). Dabei bezieht sich das „daher“ auf die vorangegangene Darstellung aktueller Politikmaßnahmen, die die NPD durch ihre Weltanschauung und Werte geprägt abgebildet und bewertet hat. Das Personalpronomen „wir“ ist vor allem in der Einleitung des Bundestagswahlprogrammes vorhanden, wobei eine klare Unterscheidung zwischen der NPD - als wir gekennzeichnet - und allen anderen deutschen Parteien getroffen wird (NPD-Parteivorstand 2013: 4ff.).

Ein wesentlicher Unterschied bezüglich der Sprache liegt in der Begründung der Forderungen. In den Wahlprogrammen werden bekannte Persönlichkeiten wie z.B. Putin (NPD-Parteivorstand 2014: 8), aktuelle Zahlen für die Berechnungsgrundlage der Rente (NPD-Parteivorstand 2013: 11) oder der Mangel an Mietwohnungen mit der einhergehenden Mietpreiserhöhung (NPD-Parteivorstand 2013: 13) - allerdings meist ohne konkrete Quellenangaben für die Statistiken anzugeben - als Untermauerung der Parteiforderungen herangezogen. Das Parteiprogramm kommt hingegen im Wesentlichen ohne diese zusätzlichen Argumente aus. Ein weiterer Unterschied besteht dahingehend, dass die Maßnahmenvorschläge im Parteiprogramm tendenziell radikaler formuliert sind als in den Wahlprogrammen. Der Programmpunkt „Deutschland den Deutschen“ (NPD 2010: 12) aus dem Parteiprogramm grenzt allein durch die Formulierung alle „Nicht-Deutschen“ aus der BRD aus und wertet diese ab. Da aus der Perspektive der Nationalisten nur derjenige ein Deutscher ist, der in das deutsche Volk hineingeboren wurde, wird die Einschränkung, wem Deutschland gehört, nochmals enger gezogen und beschränkt sich letztendlich ausschließlich auf die Volksgemeinschaftsideologie der NPD (NPD 2013d). Die Nationaldemokraten vertreten zwar in ihren Wahlprogrammen ebenfalls diese Ansichten, wählen aber etwas moderatere Formulierungen, um sich sprachlich nach außen abzugrenzen. So sei der Trend der Zuwanderung von Fremden aus anderen Kulturkreisen umzukehren (NPD-Parteivorstand 2014: 16) oder Arbeitslose und kulturfremde Ausländer seien in ihre Heimat zurückzuführen (NPD-Parteivorstand 2013: 44).

4.3 Ausgewählte Themenbereiche der Diskursanalyse

Die konkrete Auseinandersetzung der Nationaldemokraten mit der Europäischen Union, der Wirtschaft und der Außenpolitik ist Gegenstand der anschließenden Analyse. Wie bereits ausführlich erläutert (s. 4.1.1), stehen die drei Themen im Zusammenhang mit den eingangs formulierten Thesen. In der Auseinandersetzung mit der EU liegt der Fokus nicht nur auf der diesbezüglich von den Nationalisten²⁹ getroffenen sprachlichen Wertung, sondern es wird auch allgemein darauf eingegangen, was die NPD unter Europa versteht und wie sie sich die EU vorstellt. Innerhalb der Wirtschaftsanalyse liegt der Fokus auf dem von den Nationalisten vertretenen Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“. Die außenpolitischen Vorstellungen der NPD runden die Analyse ab. Sowohl bei den wirtschaftlichen als auch bei den außenpolitischen Vorstellungen werden die Politik von Charles de Gaulle und die Theorie des Intergouvernementalismus als Vergleichsparameter herangezogen.

²⁹ siehe Fußnote sechs.

4.3.1 Thematisierung der EU und der Europäischen Integration

Die Auffassung der Nationaldemokraten zur EU und zur Europäischen Integration wird hauptsächlich im Europawahlprogramm der Partei dargestellt, welches daher im Folgenden im Zentrum der Analyse steht. In diesem bekennen sich die Nationaldemokraten explizit dazu, Europäer zu sein, und begründen diese Aussage damit, dass „der geographische, kulturelle und ethnische Ort der Deutschen auf der Welt Europa [sei]“ (NPD-Parteivorstand 2014: 9). Im Allgemeinen verstehen die Nationalisten unter Europa „die westliche Halbinsel des eurasischen Großkontinents“, welche die Heimat von „verwandten weißen Völkern“ sei (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014). In diesem geographisch eingegrenzten Gebiet sollten nach Meinung der Nationalisten nur diejenigen Völker einen Platz beanspruchen, die in der abendländischen Tradition stehen, d.h. in den Worten der Nationalisten „durch ihr germanisches, romanisches (und christliches) Erbe zu einem Kulturraum vereint sind“ (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014). So werden Völker, die einem anderen Kulturkreis angehören, automatisch aus Europa ausgegrenzt und zur Bedrohung stilisiert (NPD-Parteivorstand 2014: 15). Da Völker und Kulturen in der Ideologie der Nationaldemokraten als biologisch voneinander abgrenzbar verstanden werden, ist es das oberste erklärte Ziel der Nationaldemokraten, die in ihrem Jargon propagierte „Vielfalt der Völker und Kulturen zu bewahren und [zu] fördern“ (NPD-Parteivorstand 2014: 8). Hinter dieser Formulierung verbergen sich gleich zwei Aspekte, weshalb die Nationaldemokraten für nebeneinander existierende Völker eintreten. Zum einen ist es aufgrund des von der Partei vertretenen primordialen Ansatzes nicht möglich, dass Menschen unterschiedlicher Völker in einer Gesellschaft zusammenwachsen. Die als fremd Stigmatisierten können nach diesem Verständnis nie Teil der Gesellschaft werden und werden aus der exklusiven Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Zum anderen beruht das Konzept des „Europas der freien Völker“ auf dem Wunsch, die nationalstaatliche Ordnung und die damit verbundene Souveränität der eigenen Nation wiederherzustellen. Da die verschiedenen Völker die Grundlage für die jeweiligen Nationen bilden (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014), könnte die gewünschte „Vielfalt“ durch die strikte Trennung in einzelne Nationen aufrecht erhalten bzw. wiederhergestellt werden. An dieser Stelle setzt die Bewertung der EU und der Europäischen Integration durch die Nationaldemokraten an, da diese von den Nationalisten

als Gefahr für diese angestrebte Mannigfaltigkeit der Völker verstanden wird (NPD-Parteivorstand 2014: 9).

Generell konstruieren die Nationalisten, vor allem durch die Verwendung zahlreicher Adjektive, ein negatives Bild der heutigen EU.

„Das Europa von Brüssel zeigt alle Anzeichen eines bürgerfernen, anonymen und intoleranten Superstaates, der sich immer mehr zu einer ‚UdSSR light‘ entwickelt – mit einer weltfremden Leit-Ideologie, zunehmender ideologischer Bevormundung der Bürger und allen Instrumenten einer organisierten Meinungslenkung, Zensur und Gesinnungskontrolle“ (NPD-Parteivorstand 2014: 29).

Dass die Werte- und Ideologievorstellungen der Nationaldemokraten teilweise konträr zu denen innerhalb der EU vertretenen verlaufen, ist der Grund dafür, dass die NPD vielen Politiken der EU kritisch und ablehnend gegenübersteht. Da die Nationalisten in ihrer Ideologie z.B. von der biologischen Ungleichheit der Menschen ausgehen (NPD 2010: 5), missbilligen sie beispielsweise die Aufnahme von Menschen aus anderen Kulturkreisen (NPD-Parteivorstand 2014: 30). Die Integration von Menschen anderer Herkunft in die BRD ist aufgrund des biologisch determinierten Verständnisses der Volkszugehörigkeit ebenfalls von vornherein ausgeschlossen. Selbst eingebürgerte Personen gehören in den Augen der Nationalisten nicht zum deutschen Volk (NPD 2013d). Dass ihre Ansichten z.B. in Bezug auf Integration auf der (inter-)nationalen Ebene nicht geteilt werden, könnte mit der im Zitat angesprochenen Wahrnehmung der Meinungslenkung etc. der Partei gemeint sein. Auf die nationale Ebene bezogen, könnte sie mit der Zensur und Gesinnungskontrolle u.a. auf §130 Strafgesetzbuch (StGB) anspielen, in dem die Volksverhetzung verboten und mit Freiheitsstrafe geahndet wird. Außerdem sehen die Nationalisten in der Institution des Verfassungsschutzes ein Mittel zur Einschränkung ihrer Meinungsfreiheit (Brandstetter 2013: 276), die - wie auch der Volksverhetzungsparagraph - der Meinung der Nationalisten folgend abgeschafft werden sollte (NPD 2010: 18f.). Für die europäische Ebene formulieren die Nationalisten folgende Forderung, die auf die Meinungs- und Gesinnungskontrolle anspielt: „[...] in gleicher Weise muß die millionenschwere Propagierung der Brüsseler EU und ihrer Politiken sowie die zunehmende Gängelung kritischer Journalisten sofort beendet werden“ (NPD-Parteivorstand 2014: 30). Mit kritischen Journalisten könnten hier Gegner der

EU gemeint sein, wobei für diese sowie für die Befürworter der EU grundsätzlich die Meinungsfreiheit gilt, solange das Geäußerte nicht im Konflikt mit dem Gesetz steht.

Um ihre Ideologie und die damit verbundenen Änderungsvorschläge der Politik einzubringen und nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, versuchen die Nationaldemokraten die Politiken der EU möglichst als gescheitert oder als nachteilig für die Bevölkerung darzustellen. Beispielhaft soll im Folgenden auf das Asyl- und Flüchtlingsrecht innerhalb der EU eingegangen werden. So konstruieren sie beispielsweise das Bild, dass die Bürger Europas durch die Zuwanderer aus anderen Ländern massiv gefährdet seien, was mit „drastisch ansteigende[n] Kriminalitätsziffern“ sowie „explodierenden Sozialausgaben“ einhergehen (NPD-Parteivorstand 2014: 19). Menschen, die aus anderen Ländern einreisen, zögen in den Augen der Nationalisten nur negative Begleiterscheinungen nach sich (NPD-Parteivorstand 2014: 19) und werden von ihnen als Belastung für die BRD wahrgenommen (NPD-Parteivorstand 2013: 43). An dieser Stelle unterscheiden die Nationalisten nicht, aus welchen Gründen die Menschen einreisen und unterstellen diesen per se kriminelle Absichten (NPD-Parteivorstand 2013: 35f.) und eine geringe schulische bzw. berufliche Qualifikation (NPD-Parteivorstand 2013: 43). Ob es sich um politisch Verfolgte handelt, denen die BRD im Grundgesetz ein Asylrecht einräumt (Art. 16a GG), oder ob der Mensch ein Flüchtling nach der Definition des *Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951* ist und ebenfalls Zuflucht in der Bundesrepublik finden kann, wird nicht thematisiert. Auch die Darstellung der Nationaldemokraten von einem „faktisch unkontrollierten Menschenzustrom“ (NPD-Parteivorstand 2014: 19) trifft so nicht zu und stellt eine Übertreibung der Partei dar. Die Mitgliedsländer der EU können die Herkunftsländer des Asylsuchenden als „sicher“ deklarieren und den Asylantrag auf dieser Grundlage abweisen (Haase/Jugl 2007). Außerdem verfügen sie mit der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) über eine Institution, die z.B. Flüchtlingsboote abfängt und in ihre Heimatländer zurückführt, ohne dass die Insassen einen Asylantrag auf EU-Gebiet stellen können (Haase/Jugl 2007). Als weiteres Beispiel sei der Änderungswunsch der Nationalisten hinsichtlich der *EU-Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG* angeführt. In dieser heißt es:

„Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen steht das Aufenthaltsrecht nach Artikel 6 zu, solange sie die Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats nicht unangemessen in Anspruch nehmen. [...] Die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen durch einen Unionsbürger oder einen seiner Familienangehörigen im Aufnahmemitgliedstaat darf nicht automatisch zu einer Ausweisung führen. (Richtlinie 2004/38/EG 2004: Artikel 14 Abs. 1/3).

Diese Regelung ist für die Nationalisten inakzeptabel, führe sie doch zu einem „innereuropäischen Sozialtourismus [den es für die Partei] zu interbinden [gilt]“ (NPD-Parteivorstand 2014: 20). Für Sozialleistungen soll nach den Vorstellungen der NPD nicht das aufnehmende Gastland sondern das Heimatland verantwortlich sein (NPD-Parteivorstand 2014: 20). „Arbeitslose Ausländer“ seien nach dem Willen der Nationaldemokraten in ihre Heimatländer zurückzuführen, damit sie keine Belastung für den deutschen Sozialstaat sind (NPD-Parteivorstand 2013: 10/44). Ebenfalls äußert kritisch steht die NPD der Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber. Diese ist ebenfalls in der Richtlinie 2004/38/EG geregelt und gewährt jedem Unionsbürger den Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedsstaates für über drei Monate, wenn dieser Arbeitnehmer oder Selbständiger im Aufnahmeland ist (Richtlinie 2004/38/EG 2004: Artikel 7 Abs. 1). Die NPD spricht in diesem Zusammenhang von der Gefahr, dass „Fremdarbeiter aus den osteuropäischen EU-Staaten“ die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt verschlechtern und die Löhne nach unten drücken würden (NPD-Parteivorstand 2013: 9). Generell möchten die Nationaldemokraten den Arbeitsmarkt in der BRD vor „Fremdarbeitern“ schützen und die offenen Stellen mit deutschen Arbeitslosen besetzen (NPD-Parteivorstand 2010: 10). Dass diese Regelung eine faktische Ungleichbehandlung und Diskriminierung aller anderen Unionsbürger darstellt und nicht mit dem den Verträgen der EU vereinbar ist, wird von den Nationalisten nicht berücksichtigt.

Auch Marc Brandstetter (2013: 279) kommt zu dem Schluss, dass die NPD eine Anti-Haltung gegenüber der EU einnimmt und diese „[...] ausschließlich negativ besetzt“. Sie lehnt die heutige Form EU klar ab, wie sie in ihre Präambel zum Europawahlprogramm mit den Worten „Ja zu Europa, Nein zu dieser EU“ (NPD-Parteivorstand 2014: 9) verdeutlichen. Daher unterbreiten die Nationalisten einen eigenen Vorschlag zur Reformierung der EU, deren Grundlage das „Europa der freien Völker“ bildet. Sie streben nach einem partnerschaftlichen

Zusammenwirken souveräner Staaten, die in einem kooperativen Staatenbund organisiert sind (NPD-Parteivorstand 2014: 11). Diese finale Vorstellung der EU erinnert an die von Charles de Gaulle vertretene Lösung, bei denen die Staaten ihre Entscheidungsbefugnisse weitestgehend beibehalten. Die von Stanley Hoffmann vertretene These, dass Staaten in den Bereichen der „low-politics“ zu einer Integration bereit seien, trifft nicht auf das Modell der Nationalisten zu. Diese streben nach einer generellen Rückkehr zur Souveränität der Mitgliedsländer in allen Politikbereichen, was dem nationalstaatlichen Ordnungssystem als eine von vier Säulen des „Europas der freien Völker“ entspricht. Damit geht die Vorstellung der Nationalisten über die von de Gaulle in den Fouchet-Plänen angestrebte Staatenunion hinaus. Während de Gaulle bereits zu seiner Amtszeit als Präsident im wirtschaftlichen Bereich Interdependenz zwischen den Staaten der EGKS befürwortete (Stiftung Charles de Gaulle 2012a), sind die Nationalisten z.B. nur zu außenwirtschaftlichen Kooperationen bereit (NPD-Parteiprogramm 2014: 18), die keine Annäherungen der Staaten nach sich ziehen.

Das Konzept des „Europas der freien Völker“ enthält zudem Forderungen, die im Widerspruch zueinander stehen. So berufen sich die Nationaldemokraten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker als ein grundlegendes Prinzip ihres Konzeptes. Dieses setzt aber nach Artikel 55c der *Charta der Vereinten Nationen* (UN), die „allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“ voraus. Da die Menschenrechte nach Aussage der Nationaldemokraten ein individualistisches Konstrukt sind, um „Unabhängigkeit freier Nationen durch Eingriffe in ihre ureigensten inneren Angelegenheiten zu schmälern oder abzuschaffen“ (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014), stehen sie diesen äußerst negativ gegenüber. Marc Brandstetter fasst die Sichtweise der NPD wie folgt zusammen:

„Die Interessen des Einzelnen müssen in der NPD-Vorstellung hinter dem vermeintlichen Gemeinwohl zurückstehen [...]. Menschenwürde wird durch die Volkszugehörigkeit begründet. Im Umkehrschluss verwehrt diese Denkweise allen Nichtangehörigen der Volksgemeinschaft jene Rechte“ (Brandstetter 2013: 272).

Zudem ist die biologisch konstruierte Grundlage der Volksgemeinschaft mit der Gleichbehandlung aller Menschen ohne Diskriminierung wegen Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion aus der Charta der Vereinten Nationen nicht zu vereinen und nicht auf die

heutige EU anwendbar. Sollte die EU nicht nach den Vorgaben der Nationalisten reformierbar sein, fordern diese den Austritt der BRD (NPD 2010: 5; NPD 2013: 65; NPD 2014: 11) ohne die Tragweite der Konsequenzen zu bedenken.

4.3.2 Wirtschaft

Die Nationaldemokraten konstruieren im Parteiprogramm ein Bild, wonach vor allem die Globalisierung als zentrale Ursache für den Abbau und die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland ins Ausland angeführt wird und somit die Schuld an der Arbeitslosigkeit trägt (NPD 2010: 5/9). So wird ein Bild von Globalisierungsverlierern - hier in Form von Arbeitslosen - gezeichnet, die durch die Folgeerscheinungen der Globalisierung benachteiligt sind. Allerdings sind Thomas Greven (2006: 18ff.) als auch Marc Brandstetter (2013: 285) der Meinung, dass es der Partei nicht vordergründig um einen Schutz der Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer und eine gerechtere Gestaltung des Globalisierungsprozesses an sich geht, sondern eigentlich der Verlust nationalstaatlicher Regelungskompetenzen im Vordergrund ihres Interesses steht. Indizien für die Kritik am Verlust nationaler Souveränität finden sich in allen drei Programmen wieder. Im Europawahlprogramm ist z.B. die Rede von „Gängelung durch die Brüsseler EU-Zentrale“ (NPD-Parteivorstand 2014: 17) im wirtschaftlichen Bereich, die durch „weniger zentrale Lenkung“ (NPD-Parteivorstand 2014: 18) ersetzt werden soll.

Die NPD steht der Globalisierung im Allgemeinen negativ gegenüber, da diese gewachsene Wirtschaftsstrukturen zerstören würde und allein auf die Produktion absatzbringender Produkte ausgelegt sei (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014). Dass die durch die Globalisierung der Wirtschaft entstandenen grenzübergreifenden Märkte und der Binnenmarkt innerhalb der EU auch Vorteile für den Export deutscher Waren und Dienstleistungen ins Ausland haben, z.B. die Mitgliedsländer untereinander keine Zölle erheben (Schorkopf 2012: 464f.), wird von der NPD nicht thematisiert. Stattdessen verweisen sie in ihrem Bundestagswahlprogramm auf die negativen Folgen der globalisierten Wirtschaft für Familien, die ihnen die soziale Stabilität entzöge und kein Vertrauen in die Zukunft zuließe (NPD-Parteivorstand 2013: 49) und knüpfen so an eine ihrer zentralen Wertvorstellungen an. Verantwortlich für das Fortschreiten der Globalisierung, die Gefährdung des Nationalstaates sowie die Unsicherheit von Familien sind in den Augen der

Nationaldemokraten die etablierten bzw. herrscherden Parteien der BRD (NPD 2010: 15/18; NPD-Partei-Vorstand 2013: 64). Diese werden sprachlich klar abgewertet und als „Versagerparteien“ (NPD-Parteivorstand 2013: 64) oder ihnen wird durch die bereits erwähnte Verwendung von Anführungszeichen das Prädikat „demokratisch“ abgesprochen (NPD-Parteivorstand 2013: 5).

Anstelle der momentan betriebenen Wirtschaftspolitik, welche international vernetzt ist, präsentiert die NPD vor allem im Partei- und Bundestagswahlprogramm ihren eigenen Ansatz der „raumorientierten Volkswirtschaft“ (NPD 2010: 9; NPD-Parteivorstand 2013: 31). Diese Vorstellung beinhaltet nach Brandstetter (2013: 286) Protektionismus der eigenen Waren und Arbeitsplätze im Land, die weitestgehende Herstellung einer Autarkie der BRD sowie staatliche Interventionen und Subventionen für die eigene Wirtschaft. Insgesamt zielt dieses Konzept auf eine weitgehende Entflechtung der deutschen Wirtschaft aus dem internationalen Rahmen ab. Den Nationalisten ist bewusst, dass eine vollständige Autarkie nicht möglich ist, aber dennoch wird dieser Zustand als Garant für die Unabhängigkeit und Freiheit eines Nationalstaates angesehen und deshalb angestrebt (Landesverband Niedersachsen der NPD 2014). So heißt es im Parteiprogramm: „die grundlegenden Bedürfnisse sollen in den heimat- und lebensnahen Wirtschaftsräumen abgedeckt werden [...]“ (NPD 2010: 9). Darüber hinaus steht besonders die Förderung von einheimischen, kleineren bis mittelständischen Betrieben im Vordergrund, da diese im internationalen Wettbewerb benachteiligt seien (NPD-Parteivorstand 2014: 17). Im Bundestagswahlprogramm ist zudem die Rede von Standortsicherungen und steuerlichen Anreizen für den Aufbau von Produktionseinheiten im ländlichen Raum (NPD-Parteivorstand 2013: 32). Über den vorgestellten Ansatz der „raumorientierten Wirtschaftspolitik“ hinaus fordern die Nationaldemokraten, wie im Europawahlprogramm der Partei relativ moderat formuliert „[...] weniger zentrale Lenkung der europäischen Binnenwirtschaft durch das Brüsseler Kommissarsregime“ (NPD-Parteivorstand 2013: 18). Das Bundestagswahlprogramm wird hier noch konkreter, denn Deutschland solle sich von der EU-Kommission die „wirtschaftspolitische Souveränität zurückholen“, da nur so - der Behauptung der Nationaldemokraten folgend - eine Wirtschaftspolitik im nationalen Interesse wieder möglich sei (NPD-Parteivorstand 2013: 32).

Diese Forderungen nach Rückverlagerung von wirtschaftspolitischen Befugnissen auf die BRD stehen im Widerspruch zur Theorie des Intergouvernementalismus. Der wirtschaftliche Sektor wird dort den sogenannten „low-politics“ zugeordnet. In diesen Politikbereichen kann dem Modell folgend eine Integration zwischen unterschiedlichen Staaten relativ einfach vollzogen und nationale Befugnisse an supranationale Institutionen abgegeben werden. Dies kann stattfinden, da keine Schlüsselkompetenzen der Staaten betroffen sind und die Integration für die beteiligten Länder Vorteile, wie z.B. in diesem Fall Zollerleichterungen, beinhaltet. Auch Charles de Gaulle befürwortete eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der damaligen EWG und setzte sich für eine gemeinsame Agrarpolitik ein (Stiftung Charles de Gaulle 2012a). Das Projekt der wirtschaftlichen Integration ist in Form des Binnenmarktes innerhalb der EU weitgehend verwirklicht und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) folgendermaßen definiert: „Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen der Verträge gewährleistet ist“ (Art. 26 Abs. 2 AEUV). Diese im Zitat angesprochenen vier Freiheiten hat die BRD weitestgehend umgesetzt. Vor diesem Hintergrund erscheint die Forderung der Nationalisten, die BRD aus dem Binnenmarkt zu entflechten, als nahezu unmöglich, bedeutete dies doch die Entwicklung von mehreren Jahrzehnten zurückzusetzen und Deutschland wirtschaftlich zu isolieren.

4.3.3 Außenpolitik

Die Außenpolitik orientiert sich, wie in den beiden anderen Unterpunkten bereits herausgearbeitet, ebenfalls an der Prämisse, dass sich die Politikbereiche auf die Interessen des eigenen Landes konzentrieren und aus der internationalen Vernetzung gelöst werden sollten (NPD 2010: 14; NPD-Parteivorstand 2013: 64; NPD-Parteivorstand 2014: 25). Im Europawahlprogramm unterstellen die Nationalisten den USA, auf die Außenpolitik der EU maßgeblich Einfluss zu nehmen (NPD-Parteivorstand 2014: 25). Die USA waren nach Marc Brandstetter (2013: 280f.) bereits zu Zeiten des Nationalsozialismus ein Feindbild der Nationalsozialisten, da diese sinnbildlich für einige Dinge stehen, die die NPD aus Prinzip ablehnt. Dazu zählen z.B. der Kapitalismus und die Zusammensetzung des Volkes aus Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, die keine Volksgemeinschaft im Sinne der

Ideologie der Nationalisten repräsentiert. Die Nationaldemokraten beschwören die Gefahr herauf, von den USA durch die Beteiligung an Auslandseinsätzen in Konflikte verwickelt und daraufhin „Zielscheibe terroristischer Vergeltungsangriffe“ zu werden (NPD-Parteivorstand 2013: 64). Um sich vom angeblichen Einfluss der USA und den damit verbundenen Risiken zu befreien, möchte die NPD eine unabhängige europäische Außenpolitik schaffen (NPD-Parteivorstand 2014: 27) und den Staaten ihre Souveränität in diesem Bereich zurückgeben (NPD-Parteivorstand 2013: 64). Im Partei- sowie im Bundestagswahlprogramm spricht sich die Partei zudem für den Austritt der BRD aus dem auf Völkerrecht basierendem Atlantischen Bündnis (NATO) aus (NPD 2010: 20; NPD-Parteivorstand 2013: 65). Eine weitere von der NPD entwickelte außenpolitische Forderung bezieht sich auf die Beitrittsverhandlungen der EU mit dem Beitrittskandidaten Türkei, die diese gänzlich ablehnen. In der Auslegung der Nationalisten gehört die Türkei nicht zu Europa, da sie kein europäisches Land sei und auch keines werden könne (NPD 2010: 14; NPD-Parteivorstand 2014: 27). Die NPD wendet hier das im Konzept des „Europas der freien Völker“ verankerten Prinzips des Bekenntnisses zum abendländischen Erbe an (NPD-Parteivorstand 2014: 7). Den Islam und die islamische Kultur schließen die Nationalisten auf dieser Grundlage vollständig aus Europa aus und möchten in diesem Zusammenhang z.B. jeden Neubau einer Moschee in Deutschland verhindern (NPD-Parteivorstand 2013: 45). Dass viele Türken im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind und der Bau von Moscheen und Minaretten der Ausübung ihrer Glaubens dient, welche sogar im Grundgesetz Artikel 4 Abs. 1 und 2 zugesichert wird, wird von den Nationalisten hier nicht anerkannt. Wie bereits im Abschnitt 3.2.1 erläutert, ersetzt die Einteilung der Menschen in unterschiedliche Kulturkreise nur die in Verruf geratene Zuordnung in verschiedene Rassen. Menschen wegen verschiedener, angeblich fremder, Kulturen aus Deutschland auszugliedern ist daher ebenso verwerflich, wie die Rassenzugehörigkeit als Faktor für die Eigen- und Fremddefinition heranzuziehen. Abschließend sei noch auf die bereits mehrfach erläuterte Sicherung der Außengrenzen sowohl von der BRD als auch von der EU hingewiesen, die ebenfalls den außenpolitischen Forderungen der NPD zugeordnet werden kann.

Die Vorstellungen hinsichtlich der NATO sind mit der Politik von Charles de Gaulle vergleichbar, der sich ebenfalls für eine unabhängige Verteidigungspolitik seines Landes einsetzte, allerdings unter anderen Rahmenbedingungen. Charles de Gaulle sah in den USA

anders als die Nationalisten heute keinen Feind, sondern betonte z.B. zu Zeiten der Kubakrise seine Solidarität und Unterstützung gegenüber den USA, war aber u.a. mit deren Beteiligung am Vietnamkrieg nicht einverstanden (Stiftung Charles de Gaulle 2012b). De Gaulle löste Frankreichs Militär sukzessiv aus der NATO-Integration heraus und zog es 1966 komplett aus der militärisch integrierten Struktur zurück. Trotzdem blieb Frankreich Mitglied der NATO, behielt sich aber vor, eine entsprechende Teilnahmeentscheidung für jeden Einsatz ihrer Streitkräfte zu treffen (Stiftung Charles de Gaulle 2012b). Statt jeden Einsatz der Bundeswehr neu zu entscheiden, plädieren die Nationalisten dafür, dass sich diese generell nicht mehr an trans- oder internationalen Einsätzen beteiligen soll, sondern nur der Verteidigung des eigenen Landes dient (NPD 2010: 14; NPD-Parteivorstand 2013: 67). War de Gaulle grundsätzlich zu einer Kooperation mit anderen Ländern in Form der NATO bereit, setzen sich die Nationalisten nur im Bereich der angeblichen Verteidigung Europas vor Fremden für eine „gemeinsame europäische Abwehrlinie“ ein (NPD-Parteivorstand 2014: 27).

Insbesondere möchten die Nationalisten das Einreisen von Menschen in die BRD verhindern, indem sie Kontrollen an den deutschen Außengrenzen wiedereinführen (NPD 2010: 19; NPD-Parteivorstand 2013: 37). Da Personenkontrollen an Binnengrenzen der am Schengen-Abkommen beteiligten Länder - zu denen auch die BRD zählt - nicht vorgesehen sind, verfolgen die Nationalisten das Ziel, die deutsche Integration in den Schengen-Raum aufzukündigen (NPD-Parteivorstand 2013: 37; NPD-Parteivorstand 2014: 20). Insgesamt führt die von den Nationalisten angestrebte Außenpolitik zur Isolation und Abschottung Deutschlands, die aufgrund der starken Vernetzung in internationale Abkommen nicht einfach durchführbar wäre.

Mit der Theorie des Intergouvernementalismus stimmen die Forderungen der Partei insofern überein, dass Stanley Hoffmann in der Außenpolitik einen Kernpolitikbereich der Staaten sah. Ordnet Hoffmann einen Politikbereich den sogenannten „high politics“ oder Kernpolitikbereichen zu, geht er davon aus, dass die einzelnen Staaten auf ihrer Souveränität, in diesem Bereich Entscheidungen zu treffen, beharren. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU basiert auch heute noch auf föderativen Grundsätzen, in der die Handlungen von den einzelnen Mitgliedsländern weitestgehend selbst bestimmt

werden können. Allerdings findet eine gewisse Abstimmung der Politiken untereinander statt. Im EUV heißt es dazu:

„Die Union verfolgt, bestimmt und verwirklicht im Rahmen der Grundsätze und Ziele ihres auswärtigen Handelns eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auf einer Entwicklung der gegenseitigen politischen Solidarität der Mitgliedstaaten, der Ermittlung der Fragen von allgemeiner Bedeutung und der Erreichung einer immer stärkeren Konvergenz des Handelns der Mitgliedstaaten beruht“ (Art. 24 Abs. 2 EUV).

Die Nationalisten bestehen hier auf der von Hoffmann angesprochenen vollständigen Entscheidungshoheit in der Außenpolitik der BRD, die - anders als im EUV geregelt - die Interessen der anderen Mitgliedsländer nicht berücksichtigen würde. Dass ihre konkreten Forderungen alle Interdependenzen der Bundesrepublik zu internationalen Organisationen abtrennen, beruht u.a. auf der subjektiven Wahrnehmung der amerikanischen Fremdbestimmung der Außenpolitik. So deuten sie die Situation der BRD in ihrer ganz eigenen Weise und überhöhen die Bedeutung der Erhaltung der eigenen, souveränen Nation. Beide Faktoren arbeitete bereits Stanley Hoffmann als wichtige Indikatoren für Entscheidungen heraus, die beim Aufeinandertreffen von mehreren Staaten eine Rolle spielen.

5 Die Europäische Union aus Sicht der NPD

Die EU in ihrer heutigen Form lehnen die Nationalisten eindeutig ab (NPD-Parteivorstand 2014: 9), was vor allem an den unterschiedlichen zugrundeliegenden Wertesystemen und den Vorstellungen hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedsländern und der supra-nationalen Organisation mit ihren Organen liegt.

Die erste aufgestellte These, wonach die NPD in der Frage der Europäischen Integration das theoretische Konzept des Intergouvernementalismus verfolgt, kann in dieser Form nicht bestätigt werden. Die Analyse hat gezeigt, dass die NPD einen kooperativen Staatenbund anstrebt, der mit der grundsätzlichen Ausrichtung des Intergouvernementalismus übereinstimmen würde. Allerdings befürworten es die Nationaldemokraten, dass alle Entscheidungsbefugnisse, egal welches Politikfeld betreffend, bei den Nationalstaaten verbleiben bzw. an diese zurückgegeben werden. Die Unterscheidung in „high und low politics“, wie sie Stanley Hoffmann vorgenommen hatte, ist von den Nationaldemokraten somit nicht übernommen worden. Die Überschneidungen mit dem Konzept des Intergouvernementalismus bezüglich der Einteilung in zentrale und weniger zentrale Politikbereiche und die daraus folgende Integration bzw. Separierung ergaben sich in der Analyse nur zufällig und hängen mit den für die Untersuchung ausgewählten Themenbereichen zusammen. Stattdessen kritisieren die Nationalisten grundsätzlich den Einfluss der EU oder anderer Akteure z.B. auf die Wirtschaft und die Außenpolitik und wollen mit ihren vorgestellten Maßnahmen die begonnene oder vollzogene Integration der BRD in die EU und andere internationale Organisationen rückgängig machen. Eine Integration egal ob auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene ist generell nicht mit dem Konzept des „Europas der Völker“ vereinbar, da dieses eine klare Separierung der einzelnen Volksgemeinschaften sowie der Nationalstaaten anstrebt. Diese Auffassung geht mit der nationalistischen Ideologie und Weltsicht einher, wonach der Nationalstaat das favorisierte Ordnungsprinzip ist und Völker grundsätzlich biologisch determiniert sind sowie unterschiedliche Eigenschaften aufweisen. So können supra-nationale Organisationen, wie die Europäische Union, die Menschen verschiedenster Völker beheimatet, gleich achtet und eine weitere Ebene über jener des Nationalstaates errichtet, nicht im Sinne der Nationaldemokraten sein. Daher erscheint die Forderung nach dem Austritt der BRD aus der

EU (NPD-Parteivorstand 2013: 65), die größtmögliche Distanzierung von allen föderalen Bestrebungen und Integrationsversuchen darzustellen.

Dass die NPD, wie Marc Brandstetter zusammenfasste (2013: 279), eine Anti-Haltung gegenüber der EU einnimmt, hat Folgen für die Beantwortung der zweiten These. Diese besagt, dass die NPD die Europäisierung ablehnt. Die Definition von Europäisierung nach Claudio M. Radaelli (2000: 3f.) besagt, dass verschiedenste Prozesse von der europäischen Ebene Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten - in diesem Fall die BRD - haben. Allerdings setzt sich die NPD, wie eben schon erläutert, für unabhängige souveräne Nationalstaaten ein, die keinen fremden Einflüssen unterliegen und Entscheidungen auf die nationale Ebene fokussiert treffen sollten. Die Analyse der Darstellung der Nationaldemokraten bezüglich verschiedener europäischer Politiken - sei es das Asyl- und Flüchtlingsrecht, die Freizügigkeit oder die Globalisierung der Wirtschaft - hat ergeben, dass sich diese strikt von den auf europäischer Ebene entschiedenen und in der BRD umgesetzten Regelungen distanzieren. Ihre Ablehnung machen sie sprachlich dahingehend deutlich, dass sie die angeblich negativen Folgeerscheinungen dieser europäischen Politiken präsentieren und somit versuchen auf den europäischen Diskurs dieser Themen Einfluss zu nehmen. So stellen sie z.B. eine Verbindung zwischen den freien Grenzübergängen im Binnenmarkt und der Einwanderung in die EU bzw. die BRD her, welche sie automatisch mit Kriminalitätszuwachs und Bedrohung der Bürgersicherheit gleichsetzen. Ihre eigenen Maßnahmenvorschläge sind oftmals komplett konträr zu den momentanen Regelungen, wobei alle die Gemeinsamkeit aufweisen, dass die BRD aus allen internationalen Verflechtungen herausgelöst werden soll. Sie lehnen Europäisierung also nicht nur ab, sondern wollen alle Auswirkungen von europäischer Ebene nicht weiter zulassen bzw. sukzessiv eindämmen, bis diese unterbunden sind. Der eigene Nationalstaat und dessen Souveränität werden von den Nationalisten überhöht und schließen eine Eingliederung in den internationalen Kontext aus. Dass dieses Vorgehen die Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich isolieren würde, scheint von den Nationalisten für die Souveränität der BRD in Kauf genommen zu werden.

Insgesamt hat sich die NPD mit ihrem Konzept nach einem „Europa der freien Völker“ etwas geschaffen, das vor allem wegen der biologisch-rassistischen Auslegung von Volk keine Alternative zur etablierten Organisationsform der EU und deren inbegriffenen Werte darstellt, sondern eine neue Ordnung Europas anstrebt. Ihr Konzept sieht vor, Nationen

basierend auf den eingeschränkten nationalistischen Vorstellungen der Volksgemeinschaften voneinander zu trennen. Danach wird den einzelnen Volksgemeinschaften wegen ihrer „abendländischen Traditionen“ einen Platz in Europa zugestanden. Gehören diese nicht zum „abendländischen“ Kulturkreis werden sie der Logik der Nationaldemokraten folgend aus Europa ausgeschlossen. Diese Vorstellungen sind nicht nur diskriminierend, sondern außerdem auch nicht mit dem zugrundeliegenden Wertesystem der EU nach universell anerkannten Menschenrechten vereinbar und können somit im bestehenden europäischen Rahmen nicht umgesetzt werden. Es ist fraglich, ob das Konzept des „Europas der freien Völker“ überhaupt realisierbar gewesen wäre, da die Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten das biologisch-rassistische Prinzip der Volkszugehörigkeit als Grundlage der Gliederung hätte anerkennen und teilen müssen. Daher kann die Frage, ob das Konzept ein Rückschritt in die Vergangenheit wäre, hier nicht eindeutig beantwortet werden. Es ist nicht klar, ob die vier Bestandteile des Konzeptes überhaupt zu irgendeiner Zeit (auch vor der Gründung der EG) hätten Anwendung auf Europa finden können. Allerdings kann festgehalten werden, dass die angestrebten Maßnahmen der Nationalisten, die Einbindung der BRD in die EU auflösen und die BRD hinsichtlich ihrer heutigen internationalen Vernetzung isolieren auf den Stand am Ende des Zweiten Weltkriegs zurücksetzen würde. Wie sich Europa nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage des „Europas der freien Völker“ entwickelt und ob es überhaupt Kooperationen zwischen den Staaten gegeben hätte, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Diese Fragen bilden aber Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsarbeiten.

In nachfolgenden Untersuchungen könnten auch noch weitere Themenbereiche mit in die Analyse des europa-politischen Standpunktes der NPD einbezogen werden. Weiterhin können neue Thesen oder das Variieren der zugrundeliegenden Theorien neue Blickwinkel auf das Thema eröffnen. Ein Vergleich zwischen der NPD und der AfD hinsichtlich der europa-politischen Vorstellungen wäre ebenso möglich gewesen, wie das nationaldemokratische Europa-Profil mit dem von international agierenden Parteien des rechten Parteienspektrums zu vergleichen.

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- Abels, Gabriele: Integrationsmodelle und -theorien. In: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden 2012, S. 518-520.
- Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951. In: Bundesgesetzblatt 24. November 1953 II S. 560.
- Alternative für Deutschland (Hrsg., AfD 2013): Bundessatzung der Alternative für Deutschland in Kraft getreten am 14. April 2013. URL: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD_Satzung_1-Bundessatzung.pdf (Abruf am 17. September 2014), Berlin 2013.
- Auel, Katrin: Europäisierung nationaler Politiken. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S. 293-318.
- Auth, Günther: Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt. München 2008.
- Backes, Uwe: Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im europäischen Vergleich. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 301-316.
- Backes, Uwe; Jesse, Eckhard: Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden 2005.
- Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007.
- Bergmann, Jan: Demokratiedefizit. In: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden 2012, S. 209-212.
- Bieling, Hans-Jürgen: Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S. 91-116.
- Blessing, Otto (Hrsg.): Europäisches Europa. Die vierzehn Pressekonferenzen de Gaulles. Troisdorf 1966.
- Bösche, Andreas: Rechtsextremismus im Internet. Schattenseiten des www. Hall 2001.

- Botsch, Gideon: Welches Verständnis von Demokratie hat die NPD?. In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach/Ts. 2008, S. 42-44.
- Bötticher, Astrid; Mareš, Miroslav: Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen. München 2012.
- Brandstetter, Marc: Die NPD unter Udo Voigt. Organisation. Ideologie. Strategie. Baden-Baden 2013.
- Brandstetter, Marc: Die Programmatik der NPD – Vom Deutschnationalismus zum Nationalsozialismus?. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 317-335.
- Braue, Sven; Demuth, Christian; Hanisch, Norbert; Koch, Josephine; Schmidt, Barbara; Wendland, Alexander: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 175-207.
- Braun, Stephan; Hörsch, Daniel (Hrsg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden 2004.
- Brech, Franziska (Brech 2005): Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen - Arbeitsstil - Entwicklungsperspektiven. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_6916-544-1-30.pdf (Abruf am 14. August 2014), Berlin 2005.
- Bringt, Friedemann; Begrich, David: Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus. Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD. In: Heinrich-Böll-Stiftung; Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Berlin/Dresden 2008, S. 44-60.
- Buchstein, Hubertus; Fischer Benjamin: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg Vorpommerns. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 143-166.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg., BMI 2006): Verfassungsschutzbericht 2005. URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2006/Verfassungsschutzbericht_2005_de.pdf?__blob=publicationFile (Abruf am 17. September 2014), Berlin 2006.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg., BMI 2012): Verfassungsschutzbericht 2012. URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/vsb_2012.pdf?__blob=publicationFile (Abruf am 17. September 2014), Berlin 2012.

Bundesverfassungsgericht (Hrsg., BverfG 2014): 2 BvE 2/13 vom 26.02.2014 [Urteil bezüglich Drei-Prozent Sperrklausel im Europawahlrecht]. URL: http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20140226_2bve000213.html (Abruf am 14. August 2014), Karlsruhe 2014.

Bundesverfassungsgericht Pressestelle (Hrsg., BVerfG Pressestelle 2014): Pressemitteilung Nr. 14/2014 vom 26.02.2014 [bezüglich der Drei-Prozent Sperrklausel im Europawahlrecht]. URL: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-014.html> (Abruf am 14. August 2014), Karlsruhe 2014.

Bundeswahlleiter (Hrsg. Statistisches Bundesamt Pressestelle, Bundeswahlleiter 2013): 34 Parteien nehmen an der Bundestagswahl 2013 teil. URL: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/W13011_Wahlteilnahme_Parteien.html (Abruf am 12. September 2014), Wiesbaden 2013.

Bundeswahlleiter (Hrsg., Bundeswahlleiter 2014a): Bundesergebnis. Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2014. URL: http://bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/ (Abruf am 14. August 2014), Wiesbaden 2014.

Bundeswahlleiter (Hrsg., Bundeswahlleiter 2014b): Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung bei den Europawahlen seit 1979. URL: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/downloads/ew_ab79_ergebnisse.pdf (Abruf am 27. August 2014), Wiesbaden 2014.

Bundeswahlleiter (Hrsg., Bundeswahlleiter 2014c): Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969. Bundesergebnis. URL: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1969.html (Abruf am 27. August 2014), Wiesbaden 2014.

Bundeswahlleiter (Hrsg., Bundeswahlleiter 2014d): Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 5. Juni 2014. URL: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_gesamt.pdf (Abruf am 27. August 2014), Wiesbaden 2014.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg., bpb 2013): Wahl-O-Mat Bundestagswahl 2013. URL: <https://www.wahl-o-mat.de/bundestagswahl2013/> (Abruf am 27. August 2014), Bonn 2013.

Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945. In: Bundesgesetzblatt 9. Juni 1973 II S. 431.

Dilling, Matthias; Neu, Viola: Das Wählerpotenzial von Rechts- und Linksaußenparteien – Unideologische Protestwahl? In: Hirscher, Gerhard; Jesse, Eckhard (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven. Baden-Baden 2013, S. 397-434.

Eisenstadt, Shmuel Noah; Giesen, Bernhard: The construction of collective identity. In: European Journal of Sociology Vol. 36/N°1, Mai 1995, S. 72-102.

Eising, Rainer: Europäisierung und Integration. Konzepte in der EU-Forschung. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. 2. Auflage. Opladen 2003, S. 387-416.

Elvert, Jürgen: Die europäische Integration. Darmstadt 2006.

Europäisches Parlament (Hrsg, Europäisches Parlament 2014a): Abgeordnete - Udo Voigt. URL: http://www.europarl.europa.eu/meps/de/124832/UDO_VOIGT_declarations.html (Abruf am 14. August 2014), Straßburg 2014.

- Europäisches Parlament (Hrsg., Europäisches Parlament 2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014 Frankreich vom 25.06.2014. in Zusammenarbeit mit TNS/Scytl. URL: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-fr-2014.html#table02> (Abruf am 14. August 2014), Straßburg 2014.
- Europäisches Parlament (Hrsg., Europäisches Parlament 2014c): Ergebnisse der Europawahl 2014 Vereinigtes Königreich vom 28.05.2014. in Zusammenarbeit mit TNS/Scytl. URL: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-uk-2014.html#table02> (Abruf am 14. August 2014), Straßburg 2014.
- Featherstone, Kevin: Introduction: In the Name of 'Europe'. In: Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): The Politics of Europeanization. New York 2003, S. 3-26.
- Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M.: A Conversant Research Agenda. In: Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): The Politics of Europeanization. New York 2003, S. 331-341.
- Fischer, Gero: Ethnopluralismus, Multikulturalismus und interkulturelle Erziehung. In: Reinalter, Helmut; Petri, Franko; Kaufmann, Rüdiger (Hrsg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Struktur der Entsolidarisierung. Innsbruck/Wien 1998, S. 243-259.
- Fislage, Franziska; Lange, Nico; Saetzler, Theresa (Fislage/Lange/Saetzler 2014): Positionen der Parteien zur Europawahl. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.): Parteienmonitor aktuell. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_37154-544-1-30.pdf?140502120144 (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2014.
- Flemming, Lars: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Aufständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“. Baden-Baden 2005.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg., Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2004): Landtagswahl in Sachsen 19. September 2004. URL: http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NL_Sachsen_2.pdf (Abruf am 24. September 2014), Mannheim 2004.

- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg., Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2006): Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. URL: http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI_BerMeck06.pdf (Abruf am 24. September 2014), Mannheim 2006.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg., Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2014): Europawahl 25. Mai 2014. URL: http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI_Euro_2014_1.pdf (Abruf am 14. August 2014), Mannheim 2014.
- Franz, Frank (Franz 2009): Konzentration auf Sachsen und Werben für den „sächsischen Weg“. vom 07.04.2009. URL: <http://www.npd-fraktion-sachsen.de/konzentration-auf-sachsen-und-werben-fuer-den-saechsischen-weg/> (Abruf am 28. August 2014), Dresden 2014.
- Friedrich Naumann Stiftung (Hrsg., Friedrich Naumann Stiftung 2014): Informationen zur Europawahl am 25. Mai 2014. Ergebnis und Analyse. URL: http://www.freiheit.org/files/62/Analysebericht_EUWahl_2014.pdf (Abruf am 14. August 2014), Berlin 2014.
- Fromm, Rainer; Kernbach, Barbara: Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr. München 2001.
- Gesetz über die politischen Parteien vom 31. Januar 1994. In: Bundesgesetzblatt 4. Februar 1994 I S. 149. Letzte Änderung vom 23. August 2011. In: Bundesgesetzblatt 26. August 2011 I S. 1748.
- Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland in der Fassung vom 11. Oktober 1990. In: Bundesgesetzblatt (13. Oktober) 1990 II S. 1317.
- Giering, Claus: Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration. Bonn 1997.
- Gleixner, Getrud: Das Scheitern der NPD – Ende der Ära Voigt. In: Hirscher, Gerhard; Jesse, Eckhard (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven. Baden-Baden 2013, S. 79-96.

- Greven, Thomas: Rechtsextremistische Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance. In: Greven, Thomas; Grumke Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus?. Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden 2006, S. 15-29.
- Greven, Thomas; Grumke Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus?. Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden 2006.
- Große Hüttmann, Martin; Fischer Thomas: Föderalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Maria (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S. 41-63.
- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. In: BGBl. (23. Mai) 1949 S. 1. letzte Änderung vom 11. Juli 2012 In: BGBl. (16. Juli) 2012 I S. 1478.
- Haas, Ernst B.: The Uniting of Europe. Political, Social, and Economic Forces 1950-1957. 2. Auflage. Stanford 1968.
- Haase, Marianne; Jugl, Jan C. (Haase/Jugl 2007): Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtlingspolitik?p=all> (Abruf am 23. Septmeber 2014), Bonn 2007.
- Heinrich-Böll-Stiftung; Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Berlin/Dresden 2008.
- Hoffmann, Stanley (Hrsg.): Contemporary Theory in International Relations. New York 1960.
- Hoffmann, Stanley: Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe. In: Daedalus Tradition and Changes Vol. 95/N° 3, Sommer 1966, S. 862-915.
- Hoffmann, Stanley: Reflections on the Nation-State in Western Europe Today. In: Hoffmann, Stanley (Hrsg.): The European Sisyphus. Essays on Europe 1964-1994. Boulder/San Francisco/Oxford 1995, S. 211-226.
- Hoffmann, Stanley: The European Community and 1992. In: Foreign Affairs Fall 1989 Vol. 68/N°4, September 1989, S. 27-47.
- Hoffmann, Stanley: The Role of International Organization: Limits and Possibilities. In: International Organization Vol. 10/N° 3, August 1956, S. 357-372.

- Hoffmann, Stanley: The State of War. Essays in the Theory and Practice of International Politics. New York/Washington/London 1965.
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg 1993.
- Jesse, Eckhard: Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden. In: Politische Vierteljahresschrift. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. N°3, 2003, S. 292-301.
- Jesse, Eckhard; Thieme, Tom (Hrsg.): Extremismus in den EU Staaten. Wiesbaden 2011.
- Joas, Ralf: Zwischen Nation und Europa. Die europapolitischen Vorstellungen der Gaullisten 1978 bis 1994. Bochum 1996.
- Kailitz, Steffen (Kailitz 2013): Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) Parteiprofil.
URL: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestag-2013/165506/npd> (Abruf am 12. September 2014), Bonn 2013.
- Kailitz, Steffen: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 337-354.
- Keller, Rainer: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 2. Auflage. Wiesbaden 2004.
- Keller, Rainer: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Auflage. Wiesbaden 2011.
- Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Handbuch Sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2006.
- Kellershohn, Helmut: Bildet der völkische Nationalismus das Fundament der NPD?. In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach/Ts. 2008, S. 53-56.
- Kunz, Rainer; Maier, Herbert; Stammen, Theo: Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik. München 1975.

- Ladrech, Robert: Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France. In: Journal of Common Market Studies Vol. 32/N° 1, März 1994, S. 69–88.
- Landesverband Niedersachsen der NPD (Hrsg. Landesverband Niedersachsen der NPD 2014): Politisches Lexikon. URL: http://www.npd-niedersachsen.de/index.php/menue/56/thema/213/Politisches_Lexikon.html (Abruf am 15. August 2014), Oldenburg 2008-2014.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg., lpb Baden-Württemberg 2014): Europawahl 2014 Parteien. URL: http://www.europawahl-bw.de/parteien_europawahl.html (Abruf am 12. September 2014), Stuttgart 2014.
- Lindberg, Leon N.: The Political Dynamics of European Economic Integration. Stanford 1963.
- Link, Jürgen: Was ist und was bringt Diskurstaktik?. In: kultuRRevolution zeitschrift für angewandte diskurstheorie N°2, Februar 1983, S. 60-66.
- Link, Jürgen; Link-Heer, Ursula: Diskurs/Interdiskurs und Literaturanalyse. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik Vol. 20/N° 77, Januar 1990, S. 88-99.
- Lucas, Hans-Dieter: Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969). Bonn/Berlin 1992.
- Margedant, Udo: Politische Union. In: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden 2012, S. 741-744.
- Moreau, Patrick: Die extrem Rechte in Europa – Ein Vergleich. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 33-54.
- Mudde, Cas: The ideology of the extreme right. Manchester/New York 2000.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg., NPD 2010): Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). URL: http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_parteiprogramm_a4.pdf (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2010.

- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg., NPD 2013a): Die Geschichte der NPD (2004-2009). Teil 6: Einzug in die Landtage ab 2004. URL: <http://www.npd.de/html/243/artikel/detail/141/> (Abruf am 27. August 2014), Berlin 2013.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg., NPD 2013b): Udo Pastör. URL: <http://www.npd.de/html/3471/person/detail/2712/> (Abruf am 28. August 2014), Berlin 2013.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg., NPD 2013c): Ist die NPD eine antidemokratische Partei?. URL: <http://www.npd.de/html/3481/artikel/detail/2108/> (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2013.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg., NPD 2013d): Wer ist denn ein Deutscher? Was versteht die NPD unter "Volk"?. URL: <http://www.npd.de/html/3481/artikel/detail/2100/> (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2013.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg., NPD 2014a): Am Sonntag NPD wählen!. vom 20.05.2014. URL: <http://npd.de/europawahl/> (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2013.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg., NPD 2014b): Am Sonntag NPD wählen! 10 gute Gründe NPD zu wählen. vom 20.05.2014. URL: <http://npd.de/html/3567/artikel/detail/3647/> (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2013.
- NPD-Fraktion Sachsen (Hrsg., NPD-Fraktion Sachsen 2014): Die NPD-Fraktion in Sachsen. URL: <http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fraktion/> (Abruf am 28. August 2014), Dresden 2014.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg., NPD-Parteivorstand 2013): Natürlich Deutsch. Das Programm zur Bundestagswahl 2013. URL: http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_2013_wahlprogramm_netz.pdf (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2013.

- NPD-Parteivorstand (Hrsg., NPD-Parteivorstand 2014): Europa wählt rechts. Das Europaprogramm der NPD. URL: http://npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_201401_europaprogramm.pdf (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2014.
- o.A. (o.A. 1995): Deklaration von Schlaining. Gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung Juni 1995. URL: http://www.friedensburg.at/uploads/files/Deklaration_1995.pdf (Abruf am 08. September 2014), Stadtschlaining 1995.
- Piepenschneider, Melanie: Luxemburger Vereinbarung (Kompromiss). In: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden 2012, S. 630-632.
- Radaelli, Claudio M. (Radaelli 2000): Whither Europeanization?. Concept stretching and substantive change. In: European Integration online Papers Vol. 4/N° 8, Juli 2000. URL: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2000-008.pdf> (Abruf am 15. August 2014), ECSA Austria 1997-2014.
- Radaelli, Claudio M. (Radaelli 2004): Europeanisation: Solution or problem?. In: European Integration online Papers Vol. 8/N° 16, Oktober 2004. URL: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2004-016.pdf> (Abruf am 15. August 2014), ECSA Austria 1997-2014.
- Radaelli, Claudio M.: Harmful Tax Competition in the EU. Policy narratives and Advocacy Coalitions. In: Journal of Common Market Studies Vol. 37/N° 4, Dezember 1999, S. 661-682.
- Radaelli, Claudio M.: The Europeanization of Public Policy. In: Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): The Politics of Europeanization. New York 2003, S. 27-56.
- Renan, Ernest: Was ist eine Nation?. Vortrag in der Sorbonne am 11 März 1882. In: Jeismann, Michael; Ritter, Henning (Hrsg.): Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus. Leipzig 1993, S. 290-311.
- Richtlinie 2004/38/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004. In: Amtsblatt der Europäischen Union (30. April) 2004 L 158/ 77.

- Scherb, Johannes: Offene Koordinierungsmethode. In: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden 2012, S. 706-709.
- Schickert, Petra; Kemper, Markus: Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen. In: Heinrich-Böll-Stiftung; Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Berlin/Dresden 2008, S. 124-134.
- Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Stuttgart 2010.
- Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Sonderausgabe. Band 4 NPD bis WAV. Opladen 1986, S. 1922-1994.
- Schöllermann, Stefan (Schöllermann 2013): Apfel tritt aus der NPD aus. vom 24.12.2013. URL: <http://www.tagesschau.de/inland/npd316.html> (Abruf am 28. August 2014), Hamburg 2014.
- Schorkopf, Frank: Globalisierung der Wirtschaft. In: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden 2012, S. 464-465.
- Seidler, Horst: Rassenhygiene und das völkische Menschenbild. In: Reinalter, Helmut; Petri, Franko; Kaufmann, Rüdiger (Hrsg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Struktur der Entsolidarisierung. Innsbruck/Wien 1998, S. 77-97.
- Sen, Amartya: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München 2007.
- Stammen, Theo: Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). In: Kunz, Rainer; Maier, Herbert; Stammen, Theo (Hrsg.): Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik. München 1975, S. 279-294.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg., Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2014): Medieninformation Nr. 36/2014 vom 12.09.2014 [bezüglich endgültigem amtlichen Wahlergebnisses der Landtagswahl 2014 im Freistaat Sachsen] URL: <http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/lw/lw2014/presse/lwl3614.pdf> (Abruf am 15. September 2014), Kamenz 2014.

- Steglich, Henrik: Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in Deutschland – Die Bedeutung der Wahlkampf-Themen. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 55-74.
- Stiftung Charles de Gaulle (Hrsg., Stiftung Charles de Gaulle 2012a): Charles de Gaulle Biografie (1890-1970). 1962-1968: Konsolidierung des Regimes. URL: <http://www.charles-de-gaulle.de/charles-de-gaulle-1890-1970.html#1962> (Abruf am 23. September 2014), o.O. 2012.
- Stiftung Charles de Gaulle (Hrsg., Stiftung Charles de Gaulle 2012b): De Gaulle und die NATO. URL: <http://www.charles-de-gaulle.de/de-gaulle-und-die-nato.html> (Abruf am 23. September 2014), o.O. 2012.
- Tatje, Claas: Europas Angst vor den Rechten. vom 25. 02. 2014. URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-02/europawahl-euro-krise/komplettansicht> (Abruf am 18. September 2014), Hamburg 2014.
- UNO-Genralversammlung: Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, Oktober 1970 A/RES/2625 (XXV), S. 1-8.
- Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. In: Amtsblatt der Europäischen Union 26. Oktober 2012 C 326, S. 47.
- Vertrag über die Europäische Union. In: Amtsblatt der Europäischen Union 26. Oktober 2012 C 326, S. 13.
- Voigt, Udo (Hrsg., Voigt 2014b): Udo Voigt im Europaparlament: “So entlarvt sich die EU selbst”. vom 02.07.2014. URL: <http://www.udovoigt.de/?p=362> (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2014.
- Voigt, Udo (Voigt 2014a): Die Zeichen in Europa stehen auf Sturm und Veränderung – wir sind mittendrin!. vom 28. 05. 2014. URL: <http://www.udovoigt.de/?p=354> (Abruf am 15. August 2014), Berlin 2014.
- von Alemann, Ulrich: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. 4., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010.

Wiederer, Ralf: Die virtuelle Vernetzung des internationalen Rechtstextremismus. Herbolzheim 2007.

Wolf, Dieter: Neo-Funktionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Maria (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S. 65-90.

Wölk, Volkmar: Welches Gesellschaftsmodell strebt die NPD an?. In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach/Ts. 2008, S. 38-41.

Zeinel Abidine, Susann: Rechtstextremismus im Internet. Angebote für Kinder und Jugendliche und pädagogische Konsequenzen. Saarbrücken 2008.